

Schriften der
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

Saarabstimmungen: 1935 und 1955

Dokumentation einer Vortragsreihe

Herausgegeben von

Wilfried Busemann



universaar

Universitätsverlag des Saarlandes
Saarland University Press
Presses Universitaires de la Sarre

Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes

Die zentrale Aufgabe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes besteht in der Generierung von arbeitsweltorientiertem Wissen und der gegenseitigen Zusammenführung von Wissensbeständen in Wissenschaft und Arbeitswelt mit dem Ziel einer nachhaltigen Kooperation zum Nutzen aller Kooperationspartner/innen. Kooperationspartner/innen sind die Universität des Saarlandes, der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, die Arbeitskammer des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt liegen in den Themenfeldern Mitbestimmung und Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Globalisierung und ihre Auswirkungen, sektoraler Wandel und grenzüberschreitendes Arbeiten.

Mit dieser Publikationsreihe sollen die Ergebnisse der Forschungsprojekte, die im Rahmen der oder in Zusammenarbeit mit der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt durchgeführt wurden, einem breiteren Publikum zur Verfügung gestellt werden.

Wilfried Busemann (Hrsg.)

Saarabstimmungen: 1935 und 1955

Dokumentation einer Vortragsreihe



universaar

Universitätsverlag des Saarlandes

Saarland University Press

Presses Universitaires de la Sarre

© 2016 universaar
Universitätsverlag des Saarlandes
Saarland University Press
Presses Universitaires de la Sarre



Postfach 151150, 66041 Saarbrücken

ISBN 978-3-86223-203-1 gedruckte Ausgabe
ISBN 978-3-86223-204-8 Online-Ausgabe
URN urn:nbn:de:bsz:291-universaar-1470

Buchprojektbetreuung KoWA: Olga Haubrichs
Buchprojektbetreuung universaar: Susanne Alt, Matthias Müller

Satz: Olga Haubrichs
Umschlaggestaltung: Julian Wichert

Gedruckt auf säurefreiem Papier von Monsenstein & Vannerdat

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Inhalt

Vorwort.....	7
<i>Wilfried Busemann</i>	
Einleitung – Tendenzen der saarländischen Zeitgeschichtsforschung.....	9
<i>Frank Hirsch</i>	
Gefangen zwischen „Ja“ und „Nein“. Die Einheitsgewerkschaft des Saarlandes von der Gründung bis zum Abstimmungskampf	15
<i>Wilfried Busemann</i>	
Bürger als Brandstifter!? Vorläufige Überlegungen zu einer Politischen Regionalkultur an der Saar 1870 bis 1970.....	41
<i>Jörg Roesler</i>	
Die große und die kleine (Wieder-)vereinigung	67
Archivalien und Literatur.....	85
Abkürzungen.....	94
Autoren	95

Vorwort

Das vorliegende Büchlein dokumentiert die zu wissenschaftlichen Aufsätzen ausgearbeiteten Beiträge einer kleinen Vortragsreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Universität des Saarlandes im November und Dezember 2015 aus Anlaß der Jahrestage der Volksabstimmungen von 1935 und 1955. Sechzig und achtzig Jahre nach den folgenreichen Ereignissen haben sich die Gemüter sehr wohl beruhigt, indes stößt das Thema weiterhin auf anhaltend großes Interesse, weshalb allein deshalb eine Veröffentlichung gerechtfertigt ist, selbst wenn eine „Gesamtdarstellung“ nicht einmal im Ansatz angestrebt wird.

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt dankt den Autoren der Vorträge bzw. Aufsätze für ihre Bemühungen. Ein besonders herzlicher Dank gilt Reinhard Klimmt als Kommentator eines Vortrages für seine aufschlußreichen Erläuterungen. Ebenfalls gedankt sei den zahlreichen Teilnehmern an den Diskussionen.

Dr. Luitpold Rampeltshammer

Wilfried Busemann

Einleitung – Tendenzen der saarländischen Zeitgeschichtsforschung

Neue Sichtweisen braucht das alte Thema, neue Methoden und neue Fragestellungen. Besonders anschaulich illustrierten die meist angeregten Diskussionen im Rahmen der überdurchschnittlich gut besuchten Ringvorlesung der Kommission für Landesgeschichte im Sommersemester 2015 oder der in diesem Büchlein dokumentierten kleinen Vortragsreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt im Wintersemester 2015/2016 das aktuelle Dilemma: Der allmähliche Abschied von den Zeitzeugen. Mit ihnen versiegt das notwendige Korrektiv zu dem im kollektiven Gedächtnis kolportierten diffusen Hörensagen, dem Halbwissen, den geschichtspolitischen Verzerrungen als Nachklang der von den „Siegern“ des Jahres 1955 über zwei, drei Jahrzehnte verbreiteten Geschichtspropaganda. Selbst leidenschaftliche Gegner des schließlich mehrheitlich abgelehnten Europa-Statuts vermochten mit ihren differenzierten, in der späten Zeit nachdenklichen, ja selbstkritischen statements einstmals verbitterte, gehässige Debatten durch Sachlichkeit zu entschärfen, ohne sich selbst dabei in irgendeiner Weise zu verbiegen. Ihre Urteile, Wertungen, Orientierungen fehlen mittlerweile übrigens auch, wie es scheint, in zahlreichen lokalen „Heimatblättern“ und örtlichen Geschichts-Periodika der Jahre 2014 und 2015, in denen nunmehr vor allem der Kriegsausbruch 1914 oder das Kriegsende 1945 Konjunktur haben. Einschränkend sei auch angemerkt, daß es dagegen immer auch noch diejenigen gab, die unentwegt mit Passion und Pathos die alten Kämpfe gegen „Separatisten, Franzosenknechte und Volksverräter“ weiter ausfochten.

Lange Zeit, von Mitte der 50er Jahre bis etwa Mitte der 70er Jahre befanden sich diese „alten Kämpfer“ in bester Gesellschaft, weil es den Protagonisten der prodeutschen Propaganda, seitdem sie die Schaltstellen der Macht (oder was sie dafür hielten) auf Landes- und Gemeindeebene, in den Parteien, den Gewerkschaften, sogar in Kultur- und Sportvereinen u.v.a.m. ab 1955 besetzten, gelang, die kaum in Frage gestellte Deutungshoheit über die erlebte Vergangenheit zu erringen auf zum Teil skrupellose Weise durch Auslöschung der konkreten Erinnerung an ihre ehemaligen Gegner mittels Aktenvernichtung. Wenigstens drei Motive kennzeichnen diese regionale Zeitgeschichts-Politik:

1. Die dauerhaft feindselige Ausgrenzung der Parteigänger von Hoffmann und Kirn wurde allenthalben funktionalisiert in den alltäglichen großen und kleinen Machtkämpfen um Posten und Pöstchen, zumal die neuen, überwiegend politisch wenig erfahrenen „Machthaber“ befürchten mußten, von den „alten Hasen“ majorisiert zu werden.
2. Nach der entsetzlichen Diskreditierung der vertrauten alten deutschen Werte im Nationalsozialismus rehabilitierte der Erfolg vom 23.10.1955 und seine nachfolgende Überhöhung vermeintlich zeitlose, ja „heilige“ Begriffe wie Volk, Deutschland, deutsche Kultur, Nationalstolz und trug damit wesentlich bei zur Stabilisierung des dominanten national-konservativen Zeitgeist.
3. Dies wiederum verhinderte offensichtlich erfolgreich, vielleicht bis in die Gegenwart, eine kritische Auseinandersetzung mit den möglichen Belastungen der im „Heimatbund“ führenden Politiker, sei es als NSDAP-Mitglied oder gar Parteifunktionär, sei es als Soldat im Vernichtungskrieg gegen osteuropäische Völker, sei es als Profiteur mannigfacher NS-„Wohltaten“ in der Heimat. Wer so etwas ansprach, war im Handumdrehen JoHo-Anhänger und Kommunist.

Während sich die Akzeptanz der prodeutschen Geschichtsdeutung und die durch und durch restaurative Hegemonie inzwischen weitestgehend - Reste finden sich gelegentlich – verflüchtigt haben sorgt die immer noch schwelende Auseinandersetzung um die tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit von verschiedenen Landespolitikern aktuell erheblich für Furore.

Status und Funktion von Zeitzeugen veränderten sich und erfuhren dabei zugleich eine spürbare Aufwertung im Zuge der forcierten Zeitgeschichtsforschung bis zur Mitte der 90er Jahre durch die am Lehrstuhl Hudemann betriebene Aufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte. Den unumstrittenen Höhepunkt markierte die Tagung am 15. und 16. Juni 1990 im saarländischen Landtag, wo die zahlreich anwesenden, durchweg hochkarätigen deutschen und französischen Zeitzeugen intensiv die Gelegenheit nutzten zur Überprüfung und kritischen Kommentierung bis dahin vorliegender wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse. Im Nachhinein wird das damalige Zusammentreffen als der ergiebigste und anspruchvollste Dialog zwischen Zeitgeschichtsschreibung und vormals agierenden Personen in der späten Bundesrepublik (West) eingestuft. Als bleibender Erkenntnis-Ertrag dürfte sich bei einer nicht voreingenommenen Öffentlichkeit die Einsicht durchgesetzt haben, daß die zeitweise mit schrillum nationalen Getöse verbreitete Behauptung, „Frankreich“ (wer auch immer das sei) habe eine rücksichtslose, systematische Annexionspolitik, revanchistische Kolonialisierung, imperialistische Unterjochung eines freien deutschen Stammes an der Saar betrieben, ein für allemal ins reich der Propaganda-Lügen gehört.

Wohl ohne sich dessen seinerzeit bewußt zu sein, präsentierten die Organisatoren einer zweiten Tagung am 7. und 8. März 1997 in der Saarbrücker Congreßhalle weniger eine Zwischen- als eine Art Schlußbilanz des nunmehr recht breiten Spektrums an wissenschaftlichen Arbeiten. Zugrunde lag den bis etwa 1996/97 in rascher Reihenfolge vorgelegten Veröffentlichungen die umfangreiche Erschließung von Quellen-Beständen in französischen Behörden- und Privatarchiven, in denen sich nicht zuletzt die ganze Fülle an heterogenen, konkurrierenden, sich oft gegenseitig behindernden französischen Akteuren widerspiegelt. Thematisch befaßten sich die überwiegend jungen HistorikerInnen neben den Methodenfragen und den Grundlinien der französischen Saar-Politik mit Zielen, Chancen und Handlungsspielräumen saarländischen Politiker, den unverkennbaren demokratischen Defiziten des Hoffmann-Regimes, den Veränderungen gesellschaftlicher Selbst-Wahrnehmung sowie den schließlich abgelehnten Europa-Perspektiven. Als Desiderat der Forschung wurde zu diesem Zeitpunkt schon die dringend notwendige Aufarbeitung bezeichnet der langen Eingliederungsphase nach 1955/1957/1959.

Bei beinahe allen Neuerscheinungen dieser Zeit fiel die starke Präsenz der französischen Quellen auf bei gleichzeitiger „Vernachlässigung“ deutschsprachiger Quellen, galten diese doch als verloren, verschollen, vernichtet - oder aber sie waren nicht zugänglich wegen noch bestehender Sperrfristen oder Bedenken seitens des Datenschutzes. Auf den Vorwurf, sich „fast ausschließlich auf französische Quellen zu stützen“ folgte die gelegentliche Vorhaltung, die neueren geschichtswissenschaftlichen Leistungen gingen nicht immer im gebotenen Maße ein auf die Zeitgeschichts-Debatten für die frühe Bundesrepublik, es fehle an Vergleichen und Einordnungen. Indes war schon bei den informellen Foyer-Gesprächen der „Grenz-Fall“-Tagung 1997 klar herauszuhören, wie sehr den Beteiligten das Problem bewußt war, daß die Faktizität des Jahres 1955 und ihre sofortige prodeutsche Monopolisierung den Blick auf weiterführende Problematiken, wie sie in der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung der 70er, 80er und 90er Jahre diskutiert wurden, ein Stück weit verstellten. Vielfach handelte es sich um zwar in den späten 40er, frühen 50er Jahren ansetzende gesellschaftliche Entwicklungen, deren volle Entfaltung sich aber meist erst in den 60er Jahren vollzog. Provokant formuliert: In dieser Zeitspanne, oft als die „langen Fünfziger Jahre“ bezeichnet, wirken das Referendum von 1955, der Eintritt in den Geltungsbereich des Grundgesetzes 1957 und die Währungsunion von 1959 eher wie Störfaktoren. Aber geht die Saar deswegen einen Sonderweg? Wie verlaufen die Trennlinien und wo überwiegen die Gemeinsamkeiten vor und nach 1955? Wo bringt das Referendum die viel beschworene Epochen-Wende - und wo nicht?

Zu den möglicherweise auch für das Saarland relevanten Kernfragen der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte nach 1945 gehört das ambivalente Verhältnis von Modernisierung und Dynamik versus Beharrung und Restauration. Während sich in jüngster Zeit Ansätze abzeichnen zu einer saarländischen Mobilitäts- und Motorisierungsgeschichte gibt die Geschichte der Modernisierung von Produktionsmitteln und -prozessen in der Industrie weiterhin Fragen auf, die sich geradezu aufzwingen anlässlich des schweren Grubenunglücks in Luisenthal, Februar 1962. In diesen Kontext gehört der ganze Komplex der zunächst verhinderten Gewerkschaftsarbeit und ihre Entfaltung im Rahmen des DGB, der innerbetrieblichen Interessenvertretung in Betriebs- und Personalräten, der Nutzbarmachung der Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Tarifgesetz-Gebung als Selbstintegration der durch den „Verlust des sozialen Besitzstandes“ enttäuschten lohnabhängig Beschäftigten in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse. Historiographisch weitestgehend unerschlossen ist das weite Gebiet der sich entfaltenden Konsumgesellschaft, insbesondere der Bereich der Jugendkultur sowie die Auflösungs-Erscheinungen tradierter Familienstrukturen - und die Kritik daran seitens konservativer Vertreter des Bildungsbürgertums mit Blick auf angeblichen Wertezwergfall und Amerikanisierung. Ganz besonders schmerzhaft macht sich immer wieder das Fehlen bemerkbar einer Aufarbeitung des politischen, jahrzehntelang in interne Machtkämpfe verstrickten politischen Katholizismus zwischen Zweitem Vatikanischen Konzil und heranrauschender „Sex-Welle“.

Wahrscheinlich noch ganz andere Forschungsperspektiven ergeben sich eventuell aus den in den letzten zwanzig Jahren zugänglich gewordenen oder erst in jüngster Zeit zur Kenntnis genommenen „neuen“ Quellenbestände. So halten die verschiedenen Archive im Saarland eine breite, ziemlich geschlossene Überlieferung bereit von inzwischen eingestellten Tageszeitungen, denen eine umfassend angelegte, zugegeben recht zeitintensive Auswertung zu widmen wäre, ohne freilich den spezifischen Quellencharakter von Zeitungen zu ignorieren als zugleich politischen Gesinnungstraktat und schnöde zu verkaufender Ware.

Eine beinahe ähnliche Vielfalt an Arbeitsthemen bietet der sogenannte „Nachlaß Hector“; das sind die Kernakten des von 1948 bis 1955 unter der Leitung von Edgar Hector zunächst als Staatssekretär, dann als Amtschef stehenden saarländischen Innenministeriums. Sie enthalten ungezählte Informationen zur Überwachung der politischen Parteien, zu Umfang und Qualität der Polizeiarbeit und den dort früh einsetzenden Disziplinar-Schwierigkeiten, zum Kontakt der Landesregierung mit der Katholischen Kirche, beispielsweise beim Wiederauf- bzw. Neubau der zahlreichen Gotteshäuser, Kriegsopferversorgung, Kommunalpolitik und sehr viel mehr. In einem eigenen Akten-Fonds sind die Berichte der Geheimpolizei, der berüchtigten - und übrigens überschätzten - P6

gesammelt. Von der Existenz der eigentlich verloren geglaubten Ministerial-Akten erfuhr die Fachwelt erst am Rande der „Grenz-Fall“-Tagung 1997, sie konnten demnach in den damaligen Veröffentlichungen noch nicht berücksichtigt werden. Selbstverständlich müssen nach ihrer systematischen Kenntnisnahme keineswegs weite Teile der Landesgeschichte neu geschrieben werden, aber sie dürfte die Bewertung so mancher bislang umstrittener Themen, z.B. Polizeigeschichte oder Einflußnahmen der Katholischen Kirche, gründlich verändern.

Nachdem Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul für ihre großartige dreibändige Geschichte von Widerstand und Verweigerung an der Saar im großen Stil, aber keineswegs vollständig, die sogenannten Entschädigungs-Akten herangezogen hatten, begann das Landesarchiv um 1993/94 mit der computer-gestützten Erfassung von in den BEG-Ordnern enthaltenen Basis-Daten. Bis heute ist die Gesamt-Verzeichnung immer noch nicht vollständig abgeschlossen. Auf der Grundlage des Bundesentschädigungsgesetzes erhielten die aus dem Saarland stammenden überlebenden Opfer des Nationalsozialismus die Möglichkeit, bewußt fälschlicherweise als „Entschädigung“, sogar irreführend als „Wiedergutmachung“ titulierte Geldleistungen von meist geringer Höhe zu beantragen. Die weit über zehntausend Einzelfall-Akten berichten nicht nur über Terror und Tristesse bis 1945, indes liegt ihre wahrscheinlich noch größere Bedeutung in den - unfreiwilligen? - Informationen darüber, wie das Landesentschädigungsamt als Bundesbehörde ihre überbürokratisierte, feindselige Vergangenheitsbewältigung gestaltete auf Kosten der Opfer. Ohne Übertreibung läßt sich sagen: Die Entschädigungsakten müssen betrachtet werden als eine Hauptquelle für die Geschichtspolitik an der Saar bis in die 70er Jahre hinein. Da inzwischen die Sperrfristen so gut wie aufgehoben sind dank des neuen Landesarchiv-Gesetz, ist ihr Zugang im Landesarchiv jetzt erheblich erleichtert. Grundsatzfragen des Datenschutzes von Einzelpersonen harren derweil wohl immer noch einer endgültigen Klärung.

Vor noch gar nicht allzu langer Zeit erreichte die saarländische HistorikerInnen-Zunft die im Prinzip erfreuliche Nachricht, im „Archiv der sozialen Demokratie“ bei der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung sei nunmehr das sogenannte „DGB-Archiv“ archivalisch erschlossen, so daß sich die dortigen „Saarland-Betreffe“ ab etwa 1949 relativ mühelos erschliessen und auswerten lassen. Wiewohl über die Gesamtbedeutung dieses endlich ermöglichten Zugangs noch keine belastbaren Aussagen möglich sind, scheint wenigstens die regionale Gewerkschafts-Geschichtsschreibung dadurch eine erhebliche Belebung zu erfahren. Sehr aufschlußreich dürfte der Vergleich ausfallen der Bonner Funde mit den doch sehr umfangreichen Gewerkschaftsbetreffen im NL Hector. So weit bekannt, sind die im AdsD aufbewahrten immerhin mehrere tausend Akten der SPD Saar immer noch nicht erschlossen.

Ein höchst vorläufiges Fazit muß notwendigerweise ambivalent ausfallen. Einerseits scheint es nach dem „Großen Ratschlag“ von 1997 ruhiger geworden zu sein in Sachen Landesgeschichte, andererseits werden aus SPD-Kreisen und aus der Arbeitskammer durchaus ambitionierte Projekte angekündigt ausgerechnet zu der lange im Dornröschenschlaf befindlichen Regionalgeschichte sozialer Bewegungen. Darüber hinaus stehen die hier kurz vorgestellten Quellenbestände und die noch kürzer skizzierten allgemeinen Forschungsfragen in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Namentlich für die wünschenswerte weitere Annäherung an die BRD-Geschichte müssen noch andere, aussagestärkere Quellen erschlossen werden.

Welche das sein werden, muß die Zukunft zeigen.

Frank Hirsch

Gefangen zwischen „Ja“ und „Nein“. Die Einheitsgewerkschaft des Saarlandes von der Gründung bis zum Abstimmungskampf

Die *Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das Saarland* hat sich nicht im kollektiven Gedächtnis der Saarländerinnen und Saarländer verankert. Im Gegenteil scheint sie völlig aus der Erinnerung gelöscht zu sein. Das mag mit der relativ kurzen Zeit ihrer Existenz zusammenhängen. Dabei nahm die Einheitsgewerkschaft im gesellschaftlichen Leben des autonomen Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg einen bedeutenden Stellenwert ein. Demgegenüber stellen Johannes Hoffmann, Gilbert Grandval, die Halbe Fünf, die saarländische Olympia- oder Fußballnationalmannschaft durchaus noch gängige und bekannte Größen dar, die bis heute vielen Menschen ein Begriff sind.

Dennoch wirkte die Einheitsgewerkschaft in viele Bereiche hinein und entfaltete zahlreiche sozial- und wirtschaftspolitische Aktivitäten. Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses versammelte sie rund 35 Prozent der saarländischen Arbeitnehmerschaft hinter sich. Nicht zuletzt waren sie und ihre Mitglieds- gewerkschaften im Vorfeld der Saarabstimmung 1955 von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ziel der folgenden Ausführungen ist es daher, zum einen die Einheitsgewerkschaft als bedeutende saarländische Organisation der Nachkriegszeit mit ihren Leistungen und Verdiensten, aber auch mit ihren Konfliktlagen und Widersprüchen darzustellen. Zum anderen soll ihre Rolle beim Abstimmungskampf um das Saarstatut analysiert und die zwiespältige Haltung bei der höchst umstrittenen Frage um die Zukunft des Saarlandes dargestellt werden.¹ Es wird sich zeigen, dass sie als Akteur zur Schärfe des Konflikts erheblich beitrug und die Dynamik in der Mitte der 1950er Jahre mitbestimmte, aber auch von den Ereignissen hinweggetragen wurde – in einer Weise, die schließlich das Ende der Gewerkschaft bedeutete und einen Neuanfang notwendig machte.

1 Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Vortrag, den der Autor am 12. November 2015 für die Kontaktstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KOWA) an der Universität des Saarlandes gehalten hat. Grundlage bildete die Neuveröffentlichung Frank Hirsch: *Die Einheitsgewerkschaft im Saarstaat 1945-1955/57. Demokratisierungsbeitrag, Krisenerfahrung und Sozialkonflikt* (Schriftenreihe der Arbeitskammer des Saarlandes zur Arbeits- und Sozialgeschichte 1), Saarbrücken 2015.

Staat machen unter schwierigen Voraussetzungen

Die Ausgangslage im Saarland stellte sich – wie im besiegten Deutschland insgesamt – als sehr schwierig dar: Es waren große Verluste an Menschenleben zu beklagen, die nun als Arbeitskräfte und Fachleute fehlten; Städte und Industrieanlagen waren zerstört oder nicht in kurzer Zeit nutzbar zu machen; die politische Ordnung war zusammengebrochen und der weitere Weg Deutschlands und seiner Teile war ungewiss. Das Machtvakuum füllten zunächst amerikanische Militärbehörden, die recht bald den deutschen Südwesten an die Franzosen abtraten als den „Gastsieger“ – wie der Historiker Alfred Grosser einmal spöttelnd sagte. Annexionspläne haben die Franzosen recht schnell begraben, das Ziel blieb aber eine enge Bindung des Saargebietes, das aus der Besatzungszone administrativ herausgetrennt wurde, an den französischen Staat.² Wie schon 25 Jahre zuvor nach dem Ersten Weltkrieg verfolgte Frankreich eine eigene Saarland-Politik.

Gleichzeitig zu der französischen Politik, die über 10 Jahre maßgeblich von Gilbert Grandval geprägt wurde, der zunächst Militärgouverneur, später Hoher Kommissar und schließlich Botschafter im Saarland gewesen war, kristallisierte sich schon recht früh die andere dominierende Gestalt der saarländischen Politik dieser Jahre heraus: Johannes Hoffmann (JoHo). In ihm fand Grandval insofern einen kongenialen Partner, als dass Hoffmann einen strikten profranzösischen Kurs verfolgte. Hoffmann ordnete alles diesem Ziel unter, was in der Folge zu gravierenden demokratischen Defiziten führte.³

Bei der Analyse zu berücksichtigen ist zudem die Wirtschaftsstruktur des Saarlandes, die Ergebnis der französischen Zielsetzungen war. Es waren besonders zwei Stoßrichtungen, die wichtig waren: erstens die Nutzung der saarländischen Schwerindustrie, die als Energie- und Rohstofflieferant von Interesse war. Und zweitens, eng damit verknüpft, die Schwächung des deutschen Rüstungspotentials.

2 Weiterführend zu den französischen Nachkriegsplanungen bezüglich der Saar vgl. Dietmar Hüser: Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld, in: Rainer Hudemann/Burkhard Jellonek/Bernd Rauls (Hrsg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960, St. Ingbert 1997, S. 97-120.

3 Zu diesen zentralen Akteuren vgl. Heinrich Küppers: Johannes Hoffmann (1890-1967). Biographie eines Deutschen (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 54), Düsseldorf 2008. Eine eigene Biografie zu Gilbert Grandval steht bislang aus. Vgl. aber Dieter Marc Schneider: Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945-1955, in: Stefan Martens (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Francia Beihefte 27), Sigmaringen 1993, S. 201-243. Zu den demokratischen Defiziten vgl. Johannes Schäfer: Das autonome Saarland. Demokratie im Saarstaat 1945-1957, St. Ingbert 2012.

Die primär auf Schwerindustrie konzentrierte ökonomische Struktur garantierte in den Jahren des Nachkriegsaufschwungs hohes Wachstum und geringe Arbeitslosigkeit. Zum Sozialprodukt in Höhe von 243 Milliarden Franken im Jahr 1954 trug die Industrie 137 Milliarden Franken bei. Die Arbeitslosenquote im Zeitraum von 1948 bis 1954 schwankte zwischen 1,1 und 2,6 Prozent. Was zu einer Zeit als Segen bezeichnet werden muss, konnte sich unter den Bedingungen eines konjunkturellen Abschwungs als Fluch erweisen. Ein „Geburtsfehler“ des Saarlandes bildete die Konzentration auf Kohle und Stahl beim Zuschnitt des Landes. Beide Industriesektoren waren von derart überragender Bedeutung für die saarländische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, dass Krisen sich sofort verheerend auf die Gesamtheit auswirkten. Von rund 410.000 Erwerbspersonen bei 950.000 Einwohnern arbeiteten im Jahr 1951 mit 110.000 mehr als ein Viertel direkt im Bergbau oder auf der Hütte. Nimmt man die von Kohle und Stahl abhängigen Zuliefer- und Abnehmerbetriebe sowie die weiteren Industriezweige wie Maschinenbau oder Baugewerbe noch hinzu, arbeitete weit über die Hälfte im sekundären Sektor.⁴

Diese lediglich an ein paar Zahlen verdeutlichte Grundstruktur der saarländischen Wirtschaft und Gesellschaft bildete den Rahmen, oder gleichsam die Bühne, auf der die Gewerkschaften agieren mussten. Sie prägten Mentalitäten und bestimmten die politische Agenda. Das bewirkte aber auch, dass fast unvermeidlich tiefgreifende Konflikte in die Einheitsgewerkschaft und ihre Teilgewerkschaften hinein getragen wurden. Es war letztlich die Frage nach der Zukunft des Saarlandes, die schließlich die Differenzen und Gegensätze offenlegte.

Eine neue Gewerkschaft entsteht

Die ersten gewerkschaftlichen Gehversuche nach dem Krieg begannen hoffnungsvoll und durchaus erfolgreich. Die saarländischen Gewerkschafter, die die Diktatur überstanden hatten, waren sich insgesamt einig, dass die Konsequenz aus der Diktatur und ihrem Unrechtsregime nur sein könne, dass man eine Einheitsgewerkschaft als starkes oppositionelles Gegengewicht zur Kapitalmacht etablierte. Diese würde die Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften – freie (das heißt sozialdemokratische), christliche, „gelbe“ (das heißt liberale) sowie kommunistische Gewerkschaften – aufheben.

4 Zu den Zahlen vgl. Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.): Statistisches Handbuch für das Saarland 1955, Saarbrücken 1956. Die Angaben zur Zahl der Erwerbspersonen variiert in der Literatur. Wichtig bleibt die Feststellung, dass die Schwerindustrie ein gesamtwirtschaftliches Übergewicht besaß.

In einer Vielzahl von schriftlichen Dokumenten und Reden ist belegt, dass Gewerkschafter gerade darin einen der Faktoren sahen, weshalb Hitler seine Macht so schnell konsolidieren und ausbauen konnte.⁵ Die aus Zuchthäusern, dem Exil oder der inneren Emigration zurückgekehrten Gewerkschafter betonten die Bedeutung einer vereinten Arbeitnehmervertretung. Auch die amerikanischen Militärbehörden erblickten in einer starken Gewerkschaftsbewegung ein Mittel, um eine gefestigte Zivilgesellschaft zu entwickeln.⁶ Um dieses Ziel mit einer geeinten Organisation zu erreichen, mussten notwendigerweise parteipolitische und weltanschauliche Positionen zurücktreten. Die Einheitsgewerkschaft stand also vor der schwierigen Aufgabe, sozialpolitisch zu wirken ohne zu sehr eine bestimmte ideologische Richtung zu verfolgen. Dies schränkte zwar die Handlungsspielräume der Funktionäre ein und barg die Gefahr, dass es entlang der ideologischen Trennlinien innerhalb der Vereinigung zu Konflikten kommen konnte. Es bestand aber auch die Chance, durch geschlossenes Auftreten entsprechend starken Druck auf Politik und Arbeitgeberverbände auszuüben.

Viele Altgewerkschafter zeigten sich von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugt, um den Wiederaufbau einer wirksamen Arbeitnehmervertretung voranzubringen. Sie engagierten sich in diesem Sinne bereits im befreiten Saarland noch vor Ende des Krieges. Das allgemeine Versammlungsverbot wurde am 8. April 1945, also einen Monat vor der Kapitulation Deutschlands, von alten Gewerkschaftern und Bergleuten der Gruben Dechent und Kohlwald missachtet. Sie trafen sich in einer Gaststätte in Wiebelskirchen und besprachen die weiteren Schritte für die Etablierung einer neuen Organisation zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen. Schon zwei Wochen später stießen Arbeiter aus den Gruben König, Reden und Heinitz hinzu. Zu diesem Zeitpunkt erwogen die Aktivisten bereits die Gründung einer Einheitsgewerkschaft und sprachen sich für die Überwindung des Systems der Richtungsgewerkschaften aus.⁷

Die französische Militärregierung musste vor dem Ergreifen erster offizieller Schritte von den guten Absichten und den positiven Auswirkungen erst überzeugt werden. Sie erwies sich als wesentlich restriktiver als die amerikanischen Besatzungstruppen, die sehr viel mehr bereit waren, erste Aktivitäten seitens der

-
- 5 Gleich in der ersten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ wurde auf dem Titelblatt unter der Überschrift „Ein Wille – Ein Weg!“ die gewerkschaftliche Einheit beschworen. Vgl. *Die Arbeit*, Nr. 1 v. Juli 1946, S. 1.
 - 6 Vgl. dazu Alain Lattard: *Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949* (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 11), Mainz 1988, S. 79.
 - 7 Vgl. Hans-Christian Herrmann: *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955* (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 28), Saarbrücken 1996, S. 285f.

besiegten Deutschen in bestimmten Bereichen zuzulassen. Im Saarland waren es besonders unverdächtige und herausragende Persönlichkeiten wie Peter Zimmer, der vor der Gleichschaltung Sekretär des Bergarbeiterverbandes war und auf die Genehmigung einer Arbeitnehmervertretung bei den Besatzungsbehörden drang. Der für die gesamte französische Besatzungszone zuständige Militärgouverneur Marie-Pierre Koenig legalisierte mit seiner Verordnung zur „Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechts im französischen Besatzungsgebiet“ vom 10. September 1945 schließlich die bereits entfalteten gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Die auf Einzelinitiativen beruhenden Zusammenschlüsse auf betrieblicher Ebene nahmen seit Kriegsende im Laufe der Zeit stetig zu und sorgten damit für eine Verdichtung gewerkschaftlichen Engagements im Saarland. Noch vor der offiziellen Zulassung durch General Koenig versammelten sich Repräsentanten der betrieblichen Vertretungen am 1. Juli 1945 im St. Ingberter Karlsbergsaal. Unter Leitung von Heinrich Wacker, Geschäftsführer des saarländischen Werkmeisterverbandes vor 1935, wurde ein Vorstand gewählt, der den Aufbau und die Satzung einer Einheitsgewerkschaft vorbereiten sollte. In St. Ingbert trafen sich erstmals führende Gewerkschafter aus der Vorkriegszeit und begannen dort die Aufbauarbeit an einer regionalen Gewerkschaftsorganisation.⁸ Die Anfangszeit wurde geprägt von Improvisation, dem Kampf gegen Mangel und Unsicherheit sowie der Ungewissheit um die Zukunft. In den ersten Nachkriegsmonaten konzentrierte sich die Arbeit im Wesentlichen daher darauf, die Produktion von Kohle und Stahl, Maschinen und Konsumgütern wieder in Gang zu bringen und den zahlreichen Kriegsrückkehrern Arbeit zu verschaffen.

Nach diesen ersten Aktivitäten auf lokaler Ebene und den ersten regionalen Treffen erstarkte der Wunsch nach einer anerkannten und modern verfassten gewerkschaftlichen Organisation. Am Ende dieses Prozesses, dem eine Reihe von informellen und nicht dokumentierten Gesprächen zwischen den Gewerkschaftern und der Militärregierung vorangegangen waren, stand der „Antrag auf Genehmigung der Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das Saarland“ vom 23. Oktober 1945.⁹ Der Gründungsprozess verlief vor dem Hintergrund der allgemein schwierigen Lage im Saarland im Übrigen vergleichsweise reibungslos. Im Antrag an die französischen Militärbehörden kündigten die führenden Gewerkschafter an der Saar die Gründung der Einheitsgewerkschaft für den 29. Oktober 1945 an. Die konstituierende Versammlung fand um 9 Uhr morgens in der Brauerstraße 6-8 in Saarbrücken statt,

8 Die historische Forschung ist sich über die Gründungssitzung der Einheitsgewerkschaft uneins. Wichtig bleibt jedoch, dass sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt führende Gewerkschafter für eine Dachgewerkschaft einsetzten. Vgl. Hirsch 2015, S. 39.

9 Den Antrag im Wortlaut vgl. Landesarchiv Saarbrücken, Best. Regierungspräsidium 115.

wo schon vor der Machtübernahme durch Hitler der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Sitz hatte.

Nicht nur mit der Wahl des Ortes knüpfte man an alte Entwicklungslinien an. Es waren viele altgediente Gewerkschafter, die während der Diktatur im Exil lebten oder die Zeit in der inneren Emigration verbrachten und den Aufbau maßgeblich prägten. Das verwundert kaum, denn in den zwölf Jahren Diktatur (im Saarland zehn Jahre) konnte kein gewerkschaftlicher Nachwuchs reifen. Die Altgewerkschafter verfügten zudem über entsprechende berufliche Netzwerke, persönliche Kontakte und umfangreiche Erfahrungen, die einen Neuanfang erleichterten. Dabei stammten die Unterzeichner der Gründungsurkunde aus ganz unterschiedlichen Milieus und spiegelten damit den Willen wider, die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen unter einer Dachgewerkschaft zu vereinen.

Einheit in der Vielfalt?

Drei biographische Skizzen sollen an dieser Stelle die Erfahrungshorizonte und weltanschaulichen Hintergründe kurz andeuten. Der langjährige Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft, Heinrich Wacker, stammte ursprünglich aus dem ostschwäbischen Aalen. Er kam in den 1920er Jahren ins Saargebiet und sammelte dabei erste Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit. Seit 1922 leitete er den Werkmeisterverband und engagierte sich an führender Stelle beim „Massenselbstschutz“, der sich im Vorfeld der Saarabstimmung von 1935 gegen Übergriffe von Nationalsozialisten organisierte. Als überzeugter Sozialdemokrat floh er nach Frankreich, wurde später jedoch festgesetzt und interniert. Nach dem Waffenstillstand schlug er sich vom tschechischen Karlsbad ins Saarland durch, wo er sofort mit der Arbeit an einem organisatorischen Neuaufbau der Gewerkschaften begann. Für die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes saß er im Landtag und er gehörte zeitweilig auch dem Parteivorstand an. 1951 schied er als erster Präsident der Einheitsgewerkschaft aus und übernahm das Amt des Präsidenten der neu gegründeten Arbeitskammer des Saarlandes. Zusammen mit dem Eisenbahn-Gewerkschafter Eduard Welter befürwortete er eine enge Bindung des Saarlandes an Frankreich.¹⁰

Nikolaus Fliegler repräsentiert im Kontrast zu Wacker das katholische Gewerkschaftsmilieu. Er wurde 1888 in Beckingen geboren und engagierte sich von 1922 bis 1935 in der Völklinger Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Im Kreistag von Saarbrücken vertrat er die Zentrumspartei. Auch er musste als Oppositioneller das Saargebiet nach der Abstimmung 1935 verlassen und kehrte nach dem Krieg in die Heimat zurück.

10 Vgl. Herrmann 1996, S. 524f.

Dort unterstützte er die Gründung der Einheitsgewerkschaft und wurde erster Vorsitzender des Industrieverbandes Metall.¹¹

Eine dritte biographische Skizze verdeutlicht die gemeinsamen und unterschiedlichen Erfahrungshintergründe der Gewerkschaftsbewegung. Aloys Schmitt, 1905 in Wiebelskirchen geboren, gehörte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zur Vitus-Heller-Bewegung. Als links-katholische Organisation stritt sie für Pazifismus, strengen Katholizismus und Antikapitalismus. Nach dem Krieg gehörte er zu den ersten Gewerkschaftern, die wieder aktiv wurden. Schmitt engagierte sich im Industrieverband Bergbau und wurde 1948 erster Vorsitzender. Zugunsten von Paul Kutsch verzichtete er auf den Vorsitz und brachte sich besonders publizistisch ein. Als einer der entschiedensten Oppositionellen gegen den profranzösischen Kurs der Saarregierung gelang ihm nach der Saarabstimmung 1955 ein nahtloser Übergang in den Deutschen Gewerkschaftsbund, zu dessen Vorstand er gehörte.¹²

Die drei vorgestellten Funktionäre der ersten Stunde prägten die Gewerkschaften in der Phase ihres Entstehens. Sie brachten ihre unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen mit ein und waren zunächst Träger des Gedankens der Einheitsgewerkschaft.¹³ Stärker als in den westlichen Besatzungszonen spielten im Saarland Remigranten eine herausragende Rolle, das heißt die Erfahrungen von Exil, Verfolgung und Unsicherheit verband die meisten führenden Gewerkschafter.

Die erste Krise:

Die Abspaltung der christlichen Gewerkschaften

Die Einheitsgewerkschaft entwickelte sich sehr schnell zu einem der wichtigsten gesellschaftlichen Akteure im Saarland. Die Mitgliederzahl stieg schnell und erreichte auf ihrem Höhepunkt zu Beginn der 1950er Jahre 120.000 Frauen und Männer. Das entsprach einem Organisationsgrad von über 35 Prozent.¹⁴ Das verschaffte der Einheitsgewerkschaft weitreichenden Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit wachsender Bedeutung nahmen proportional dazu auch die Gegner und Befindlichkeiten zu.

11 Vgl. Luitwin Bies: Wegweiser durch das andere Völklingen und den Warndt, Völklingen 1992, S.12.

12 Vgl. Herrmann 1996, S. 520f.

13 Vgl. Harald Glaser: Die Erinnerung an die Saarabstimmung 1935 und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik im „autonomen“ Saarland (1945 bis 1955), in: Stefan Berger (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen 60), Essen 2015, S. 139.

14 Vgl. Hirsch 2015, S. 46.

Eine erste Konfliktlinie ergab sich in Frontstellung gegen die Regierung Hoffmann. Johannes Hoffmann entwickelte sich nach seiner Rückkehr ins Saarland schnell zu einer der führenden politischen Köpfe. Seine profranzösische Haltung machte ihn zum idealen Partner der Besatzungsbehörden, die das Saarland in erster Linie wirtschaftlich, aber auch politisch und kulturell eng an sich binden wollten. Hoffmann argwöhnte, dass die Einheitsgewerkschaft mit ihrem mehrheitlich sozialdemokratischen Kern und den relativ starken kommunistischen Kräften die christlichen Gewerkschaften an den Rand drücken werden. Als überzeugter und streng gläubiger Katholik wollte er die christlichen Positionen gestärkt wissen und – das war wohl der Hauptgrund – ein Gegengewicht zur Einheitsgewerkschaft aufbauen. Auch wenn eindeutige Beweise für eine direkte Einflussnahme durch die saarländische Regierung fehlen, gibt es doch eine ganze Reihe von Indizien, die darauf hinweisen.¹⁵ Hans Ruffing versorgte Johannes Hoffmann mit internen Informationen, zu denen er als Mitglied des Vorstandes der Einheitsgewerkschaft unmittelbaren Zugang hatte. Versuche, die christliche Position innerhalb der Einheitsgewerkschaft zu stärken, sind frühzeitig gescheitert – zu mächtig waren die Kräfte der freien Gewerkschaftsrichtung.

Neben Ruffing gehörten besonders Peter Gier und Jakob Michely zu den treibenden Kräften einer eigenständigen christlichen Gewerkschaft an der Saar. Gier berichtete Hoffmann von unzufriedenen christlichen Arbeitern, die sich in der Einheitsgewerkschaft nicht heimisch fühlten. Er versprach Hoffmann nach Gründung eines eigenständigen Staates eine christliche Gewerkschaft.¹⁶ Michely bereitete die Abspaltung publizistisch vor und bemühte sich, die christlichen Gewerkschaften in einem besonders günstigen Licht erscheinen zu lassen.¹⁷

Vergegenwärtigt man sich die Rolle, die eine Gewerkschaft in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen spielt oder spielen sollte, war dies ein bemerkenswerter Vorgang. Das Selbstverständnis, ein oppositionelles Gegengewicht zu den Mächtigen und prinzipiell staatsfern zu sein, fehlt völlig. Im Gegenteil sah sich die Gewerkschaft als Unterstützungsorganisation zu Gunsten der Regierung.

Die zentrifugalen Kräfte innerhalb der Einheitsgewerkschaft gab es allerdings bereits seit ihrer Gründung. Das Konzept einer Gewerkschaft, die alle weltanschaulichen Richtungen vereint und allen auch eine Stimme geben muss, war zwar nicht neu, aber in der praktischen Umsetzung ohne direktes Vorbild.

15 Vgl. Wilfried Busemann: Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945 (Arbeitskammer des Saarlandes Beiträge 2/2005), Saarbrücken 2005, S. 29.

16 Vgl. Hirsch 2015, S. 94f.

17 Eine Artikelserie von Michely in „Die Arbeit“, in der er aus historischer Perspektive eine sehr wohlwollende Haltung einnahm, deutet die ideologischen Gräben bereits an. Vgl. Die Arbeit, August 1946 - Juni 1947.

Positionen und Einfluss mussten daher von Grund auf ausgehandelt werden, so dass sich (gefühlte) Verlierer kaum vermeiden ließen. Unter den Anhängern der christlichen Gewerkschafter machte sich schnell der Eindruck breit, sie würden marginalisiert. Dazu kam, dass unter ihnen geeignete Funktionäre schwerer zu finden waren, als unter freien oder kommunistischen Gewerkschaftern, die ihrerseits in vielen Fragen tonangebend waren.

Die Unruhe in der Einheitsgewerkschaft äußerte sich in immer wiederkehrenden Appellen in der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ zur Einheit. Zum Beispiel wurde Jakob Sommer, ein vor dem Krieg engagierter Funktionär des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter, zitiert, der pathetisch zur Einheit aufrief: „Deshalb muß die Parole jetzt lauten: Alle schaffenden Kräfte – hinein in die Einheitsgewerkschaft! [...] Heute gilt es: Vereint marschieren und vereint schlagen!“¹⁸ Daneben kam es zu Solidaritätsbekundungen seitens christlicher Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft. Ein bedeutender Teil wagte jedoch schließlich den Schritt der Abspaltung und erfuhr dabei die Unterstützung seitens der konservativen Politiker. Gilbert Grandval, zunächst zögerlich, genehmigte am 25. November 1947 die neue christliche Gewerkschaft, nachdem der Antrag bereits im März gestellt wurde. Das Schreiben ging interessanterweise nicht an den Antragsteller Hans Ruffing, sondern direkt an Ministerpräsident Hoffmann.¹⁹

Das Kalkül der christlichen Gewerkschaften ging jedoch nicht auf. Trotz der starken konfessionellen Prägung der saarländischen Arbeiter und der langen Tradition christlicher Gewerkschaften in der Region blieben die Mitgliedszahlen weit hinter den Erwartungen zurück. Auf ihrem Höhepunkt versammelte die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute nicht mehr als 20.000 Arbeiter hinter sich, was weniger als die Hälfte des Industrieverbandes Bergbau auf der Seite der Einheitsgewerkschaft ausmachte.²⁰ Neben der Bergarbeitergewerkschaft wurden bis März 1948 noch weitere christliche Teilgewerkschaften etwa für den öffentlichen Dienst, die kaufmännischen Berufe oder für das Baugewerbe gegründet. Doch auch diese konnten die Mitgliedszahlen und demnach auch den Einfluss der Industrieverbände der Einheitsgewerkschaft nicht erreichen.

18 Vgl. ebd., Nr. 4 v. 4. Oktober 1946, S. 3.

19 Vgl. Nachlass Grandval, Dossier 8, in: Rainer Hudemann/Armin Heinen (Hrsg.): Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch, Saarbrücken 2007, S. 329f.

20 Vgl. zur Selbstdarstellung der CGS Hans Ruffing (Hrsg.): Bericht über die Erste ordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute am 17. und 18. Juni 1950 in Saarbrücken (Schriftenreihe der Christlichen Gewerkschaften Saar 1), Saarbrücken 1950. Die Angaben zu den Mitgliederzahlen sind zum Teil widersprüchlich und lassen sich kaum zuverlässig überprüfen.

Die Abspaltung beherrschte eine gewisse Zeit die Diskussionen in der Einheitsgewerkschaft und die Schlagzeilen in der „Arbeit“. Sie stellte eine Belastung dar, nicht zuletzt auch wegen der fehlenden Beiträge durch übergetretene Mitglieder und den verlorenen Einfluss. Die publizistische Gegenwehr und die Betonung der Notwendigkeit von Einheit und Geschlossenheit verhinderten aber, dass die christliche Gewerkschaft ein ebenbürtiger Gegenspieler geworden ist. Dazu kam das Misstrauen vieler Arbeiter bei so viel Staatsnähe, was sich etwa bei den Verhandlungen zu den Konventionen zwischen dem Saarland und Frankreich zeigte. Bei dem Abkommen ging es um Zugriffsrechte der Franzosen auf die Saarkohle. Die christlichen Gewerkschafter erwiesen sich bei dieser Gelegenheit als viel kompromissbereiter als die Einheitsgewerkschafter.²¹ An der Frage der Zukunft der Saargruben im Speziellen und der Zukunft des Saarlandes im Allgemeinen entzündete sich schließlich ein existenzieller Konflikt, der letzten Endes zum Zerfall der Einheitsgewerkschaft führte und die Pläne eines autonomen Saarstaates zur Makulatur machte.

Die Konfliktlinien deuten sich an

Nach der Etablierung des saarländischen Staates mit französischer Unterstützung und eigener Verfassung 1947 kehrte für die Gewerkschaften zunächst oberflächlich Ruhe ein. Die Gründungsphase der 14 Teilgewerkschaften war abgeschlossen. Die Industrieverbände (IV) der großen Branchen wie Bergbau, Metall, Transport und Verkehr oder auch Eisenbahn wuchsen rasch zu starken Gewerkschaften mit hohem Organisationsgrad heran. Bis 1950 waren sie damit beschäftigt, an der Lösung der dringendsten sozialen und gesellschaftlichen Probleme zu arbeiten. Sie kämpften für bessere Löhne und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, sie halfen beim Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Doch der ungeklärte Status des Saarlandes in Bezug auf das Verhältnis zu Frankreich und Deutschland sollte sich als schwere Belastung auch für die Einheitsgewerkschaft herausstellen, die schließlich zu ihrem Ende führen sollte. Auslösendes Moment für einen Konflikt, der sich über Jahre hinzog und die saarländische Gesellschaft spaltete, waren die so genannten Saar-Konventionen.²²

Die französische und die saarländische Regierung vereinbarten am 3. März 1950 nach langen und kontroversen Verhandlungen in Paris die Konventionen, die die Beziehungen beider Länder auf eine rechtliche Grundlage stellten. Einen wesentlichen Bestandteil bildeten die Bestimmungen zu den Saargruben. Sie wurden für 50 Jahre zum Abbau der Steinkohlenvorkommen an Frankreich

21 Vgl. ebd., S. 35f. Der IV Bergbau hingegen lehnte die Bestimmungen zum Saarbergbau kategorisch ab.

22 Vgl. Schäfer 2012, S. 145f.

verpachtet. Im Gegenzug verzichtete Frankreich auf bisher im Raum stehende Eigentumsansprüche und war bereit, dem Saarland in Fragen der Autonomie weiter entgegenzukommen.²³ Die bereits 1948 errichtete Régie des Mines de la Sarre, die die Gruben verwaltete, erhielt zudem beachtliche Steuervorteile und führte nur geringe Beträge an den saarländischen Haushalt ab. Ein weiterer Aspekt der Konventionen betraf den Abbau der Warndtkohle. Die französische Houillères du Bassin de Lorraine (HBL) erhielt das Recht, die saarländische Kohle von Frankreich aus unter der Grenze hindurch zu fördern. Das sorgte bei Bergleuten und Gewerkschaftern für großen Unmut, galten die Kohlevorkommen des Warndt als Zukunftsreserve des Saarbergbaus.²⁴

Über die Besitzverhältnisse der Gruben und die Ausbeutungsrechte entbrannte eine starke Kontroverse. Dieser konfliktreiche Komplex fügte sich zudem in einen größeren Kontext, nämlich die grundsätzliche Frage nach der Zukunft des Saarlandes im Allgemeinen. Das betraf das Verhältnis zu Frankreich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und die immer noch staatsrechtlich ungeklärte Frage der Abtrennung von Deutschland und die Etablierung eines eigenständigen Staates. Mit der Verfassung von 1947 und den Konventionen deutete vieles auf eine starke Autonomie mit Anlehnung an Frankreich hin. Treibende Kraft war besonders Johannes Hoffmann. Gleichwohl fühlten sich die Saarländer sprachlich und kulturell Deutschland verbunden. Der Konflikt um die Gruben war nun geeignet, der oppositionellen Stimmung Gestalt zu verleihen und daran die Konfliktlinien zu bestimmen. Am Problem der Gruben machte sich daher das politische Dilemma des Saarlandes fest und gewann an Schärfe. Schon die Tatsache, dass die Vertreter des IV Bergbau die Verhandlungen zu den Konventionen vorzeitig verließen und die Verhandlungen unbeirrt weitergeführt wurden, deutete bereits auf die Verwerfungen hin. Die Verhandlungsführer der Einheitsgewerkschaft, Heinrich Wacker und Eduard Welter, hingegen zeigten sich der profranzösischen Linie aufgeschlossen und unterstützten die Position der saarländischen Regierung.²⁵ Es zeichnete sich daher keine Frontlinie zwischen Regierung und Gewerkschaft ab, sondern zwischen profranzösischen und prodeutschen Kräften.

23 Vgl. Armin Heinen: Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955 (Historische Mitteilungen 19), Stuttgart 1996, S. 354f.

24 Vgl. zu diesem Themenkomplex Harald Glaser: Warndtkohle, Saarfrage und Grubensteuer. Die Verpachtung von Kohlefeldern im Warndt an lothringische Bergwerke und ihre politischen Folgen, in: Saarbrücker Hefte 108 (2013), S. 71-88.

25 Vgl. Heinen 1996, S. 74.

Der Industrieverband Bergbau vertrat unter dem Vorsitz von Aloys Schmitt eine eindeutige Position: „Die Saargruben dem Saarvolk.“²⁶ Er sah in der Kohlepolitik der Regierung einen Verrat an den saarländischen Interessen. Damit stand er automatisch in Widerspruch zur offiziellen Linie der saarländischen Regierung und ihrer frankreichfreundlichen Politik. Diese Haltung der Bergarbeitergewerkschaft verschärfte den Gegensatz zur Regierung, aber auch zur Spitze der Einheitsgewerkschaft. Auf den gut besuchten Gewerkschaftsversammlungen des IV Bergbau wurde der Ton zunehmend rauer. In einem Memorandum forderte er die Klärung strittiger Fragen und die angemessene Berücksichtigung des Saarlandes in der Eigentümerstruktur. Positive Reaktionen auf diese Diskussionsgrundlage sind allerdings nicht überliefert. Es setzte damit ein Prozess der zunehmenden Entfremdung und des Zerwürfnisses innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ein, an deren Ende letztlich der Zerfall der Einheitsgewerkschaft stand. Die Verschärfung des Konfliktes ist besonders mit der Person Paul Kutsch verbunden.

Der Konflikt eskaliert

Im März 1952 wurde Paul Kutsch zum Präsidenten der Einheitsgewerkschaft gewählt. Damit begann ein Prozess, in dem der seit Längerem schwelende Unfriede in offene Konfrontation umschlug. Dass Kutsch seine Linie der Ablehnung der profranzösischen Politik konsequent verfolgen würde, zeigen viele Beiträge in der saarländischen Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“.²⁷ Der aufmerksame Beobachter konnte auch außerhalb der inneren Zirkel schnell erkennen, dass sich ein Paradigmenwechsel bei der Einheitsgewerkschaft vollzog: Die Forderungen gewannen an Schärfe und die positiven Berichte über den DGB mit der deutschen Perspektive nahmen zu. Gleichzeitig war viel Skepsis in Bezug auf die Rolle der Franzosen im Saarland im Allgemeinen, in Bezug auf den Bergbau im Speziellen zu spüren.

Die Spaltung vertiefte sich mit Kutsch an der Spitze zusehends und brachte die Einheitsgewerkschaft in den kommenden Jahren an den Rand des Zerfalls. Die Bruchlinie bildete die Frage nach dem Status des Saarlandes. Begleitet von persönlichen Animositäten standen die Gewerkschafter vor der Entscheidung, sich auf eine Seite zu schlagen: Der Blick nach Frankreich oder der Blick nach Deutschland. In ihr verdichtete sich augenscheinlich die große Auseinandersetzung, die im Abstimmungskampf 1955 ihren Höhepunkt erreichen sollte und das politische Klima im Land auf Jahre vergiftete.

26 Zur Politisierung dieser Frage vgl. Herrmann 1996, S. 343.

27 Bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt positionierte sich Kutsch prodeutsch. Vgl. beispielhaft für die oppositionelle Haltung *Die Arbeit*, Nr. 2 v. 5. Februar 1949, S. 1.

Die atmosphärischen Störungen der saarländischen Gewerkschaftsbewegung blieben dem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht verborgen.²⁸ Der DGB beobachtete mit Sorge die Situation an der Saar aufmerksam und versuchte in zahlreichen Treffen und Gesprächen zwischen den verfeindeten Gruppen zu vermitteln. In einem Aktenvermerk vom 19. Juni 1952, Kutsch war erst wenige Monate Präsident der Einheitsgewerkschaft, berichtete Albin Karl, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, über eine Unterredung mit einigen Gewerkschaftern aus dem Saarland in Frankfurt am Main. Als Wortführer trat Eduard Welter, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, auf, der vehement für die Gewerkschaftseinheit eintrat und den wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich befürwortete.²⁹ Bei der Sitzung behauptete er, dass Paul Kutsch mit den Kommunisten gemeinsame Sache mache und seine fragwürdigen Entscheidungen mit deren Hilfe durchsetze. Dieser Vorwurf war in den frühen 1950er Jahren angesichts des aufziehenden Kalten Krieges und dem zunehmenden Ost-West-Gegensatz schwerwiegend.

Die Anschuldigung schreckte die Gewerkschafter an der Saar derart auf, dass sich der DGB bereits vier Tage später zu einem weiteren vermittelnden Treffen in Frankfurt veranlasst sah.³⁰ Diesmal wehrte sich Kutsch in einer scharfen Rede gegen die vorgebrachten Anfeindungen. Durchaus süffisant bemerkte er, dass sich der IV Eisenbahn unter Welter negativ entwickelte, während der IV Bergbau unter seiner Leitung weiter an Einfluss gewonnen habe. Welter spinne Intrigen gegen ihn und um die Einigkeit sei es in der Einheitsgewerkschaft schlecht bestellt.³¹

Unterstützt wurde er von seinem Kollegen Kurt Conrad, der vermutete, dass Flugblätter gegen Kutsch von „hoher Stelle“ in Umlauf gebracht worden seien. Er sei daher verwundert, dass Welter sich darauf und auf die Informationen von Polizeifunktionären und gleichgeschalteter Presse berufe. Die Debatte verlief in der Folge weiter hitzig.³² Welter verwahrte sich gegenüber dem Vorwurf, er intrigiere. Er wolle lediglich informieren. Albin Karl sah sich an diesem Punkt gezwungen, zur Mäßigung aufzurufen. Die Gewerkschaftsbewegung an der Saar sei gestört und die Atmosphäre unangenehm.

28 Der DGB entsandte eigens Karl Dinges als Saarreferenten, der umfangreich über die Vorgänge im Saarland berichtete.

29 Vgl. Herrmann 1996, S. 526f. Eduard Welter wurde auch von anderen führenden Gewerkschaftern unterstützt, darunter Johann Dreher vom IV Bergbau und Klaus Heinz vom IV Verkehr und Transport.

30 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/355.

31 Zum Kommunismusvorwurf vgl. ebd.

32 Vgl. ebd.

Die folgenden Jahre waren von Zerwürfnissen und Streit geprägt, in der nicht nur der DGB meist in Person von Albin Karl eingriff, sondern auch der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) unter der Leitung des Niederländers Jacobus Hendrik Oldenbroek mit Sitz in Brüssel wiederholt zu vermitteln versuchte.

Paul Kutsch wandte sich am 25. Oktober 1952 schriftlich an Albin Karl und berichtete über ein neues Komplott.³³ Obwohl als Präsident der Einheitsgewerkschaft rechtmäßig eingesetzt, habe der Vorstand eine Resolution verfasst, nach der ihm das Vertrauen entzogen werde und man sich von ihm distanzieren. Daraufhin habe der Vorstand des IV Bergbau eine Gegenresolution verfasst, die ihm demonstrativ den Rücken stärkte. Damit wurde deutlich – und die Presse berichtete darüber ausführlich –, dass es zwischen der Einheitsgewerkschaft und dem IV Bergbau zum Bruch gekommen war und die Differenzen nahezu als unüberbrückbar erschienen. Die Gewerkschaftsbewegung steckte in einer bedrohlichen Krise, die dazu führte, dass die Gräben immer tiefer und deutlicher aufgerissen wurden. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu schwerwiegenden Übergriffen, die die gewerkschaftliche Unabhängigkeit schwer erschütterten und der saarländischen Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden zufügten.

Zehn Tage vor der Landtagswahl, am 20. November 1952, holte die Staatsmacht in Verbindung mit führenden Gewerkschaftern zum Schlag gegen die Gewerkschaftsopposition aus.³⁴ Paul Kutsch wollte an diesem Tag wie gewohnt sein Büro im Gewerkschaftshaus in der Saarbrücker Brauerstraße aufsuchen. Als er vor Ort in seinem Wagen ankam, hatte sich bereits eine größere Menschenmenge vor dem Gebäude versammelt, die ihm und seinen Mitarbeitern den Zutritt verwehrte. Man teilte ihm mit, man habe wegen seines schädlichen Verhaltens ein Ausschlussverfahren eingeleitet. In dieser unübersichtlichen Situation tauchte schließlich noch die Polizei auf, die Kutsch festhielt. Sie konnte zwar Dienstaussweise vorlegen, jedoch keinen richterlichen Beschluss, der zu schwerwiegenden Eingriffen in die Grundrechte ermächtigt hätte. Nichtsdestotrotz wurden der Dienstwagen und Unterlagen beschlagnahmt. Die Sekretärin von Kutsch, Hanne Ott, die sich bereits im Gewerkschaftshaus befand, wurde unter lautstarken Protesten hinausgetragen.³⁵ Offenbar in engem Kontakt zur Polizei stand der Sozialreferent der Einheitsgewerkschaft, Sebastian Glöbel, der während der NS-Diktatur SS-Sturmführer war und jetzt als Wortführer auftrat.

33 Vgl. ebd.

34 Der DGB nahm die Ereignisse an der Saar mit großer Sorge wahr, was sich in zahlreichen Dokumenten niederschlug. Vgl. ebd. und 24/347.

35 Über diese zunächst grotesk anmutende Szenerie berichtete auch die westdeutsche Presse zum Teil ausführlich. Vgl. Der Spiegel, Nr. 48 v. 26. November 1952, S. 9-14.

Aufgrund dieses lautstarken und handgreiflichen Widerstandes blieb Kutsch und seinen Leuten nicht anderes übrig, als sich zu ersten Beratungen über das weitere Vorgehen in das nahe gelegene Gasthaus Jung zurückzuziehen.

Sechs Tage später wurde Kutsch vom Gewerkschaftsausschuss von leitenden Funktionären mitgeteilt, dass er des Amtes des Präsidenten enthoben und von der Mitgliedschaft in der Einheitsgewerkschaft ausgeschlossen sei. Karl Dinges, Saarreferent des DGB, berichtete an Albin Karl über den Vorgang aus dem pfälzischen Zweibrücken. In seinem Bericht zweifelte er die Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Gewerkschaftsausschusses an, da die Anhänger Kutschs die Sitzung vorzeitig verlassen hätten, wodurch das Gremium seine Beschlussfähigkeit verloren habe. Zudem sei ein Ausschluss aus der Einheitsgewerkschaft gar nicht möglich, da nur die Teilgewerkschaften Mitglied der Einheitsgewerkschaft sein könnten, aber keine natürlichen Personen. Der Ausschluss konnte daher schon aus rein formalen Gründen nicht vollzogen werden.³⁶ Schwerer als die Frage symbolischer Handlungen und der Aussperrung von den Büroräumen wog das Problem der Kontensperrung. Der Industrieverband Bergbau hatte keinen Zugriff auf das Vermögen in Höhe von 70 Millionen Franken und war daher in seiner Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt.

Damit jedoch nicht genug: Es wurde zudem eine Spaltung der Gewerkschaft vollzogen, indem am 21. Dezember 1952 die Industriegewerkschaft (IG) Bergbau gegründet wurde. Am vorherigen Tag entschied das Landgericht Saarbrücken noch, dass das Vorgehen der Regierung für illegal erklärte und die Zwangsmaßnahmen aufhob.³⁷ Offenbar sollte die Neugründung der IG Bergbau ein Wiedererstarken des IV Bergbau behindern und die Gewerkschaftsbewegung schwächen. Zum Vorsitzenden der neuen Gewerkschaft wurde der SPS-Landtagsabgeordnete Hermann Petri bestimmt.³⁸ Sie bekam direkt die Tariffähigkeit zuerkannt, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt wurden. Laut den gesetzlichen Bestimmungen mussten mindestens 10 Prozent einer Berufsgruppe einer Gewerkschaft angehören. Im Bergbau lag die Grenze folglich bei 6000 Mitgliedern, die die IG mit ihren 188 Gründungsmitgliedern weit verfehlte. Im Gegenzug wurde dem IV Bergbau die Tariffähigkeit aberkannt, wodurch er von zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben ausgeschlossen war. Der starke Gegenwind von saarländischer Regierung und einigen Gewerkschaftern führten jedoch dazu, dass sich die Reihen schlossen und der Zusammenhalt demonstrativ dokumentiert wurde.

36 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/355.

37 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/347.

38 Zu diesen Ereignissen s. die Berichte beim DGB vgl. ebd.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung des IV am 31. Dezember 1952 stärkten 273 Delegierte Paul Kutsch den Rücken und sprachen ihm ihr Vertrauen aus, während lediglich 13 gegen ihn stimmten.

Der DGB beobachtete die Situation im Saarland mit großer Sorge, sah er die Unabhängigkeit der Gewerkschaften existenziell bedroht. Die zuvor zu beobachtende Zurückhaltung und die neutrale Haltung gab der DGB spätestens zu diesem Zeitpunkt auf und ergriff nach diesem schwerwiegenden Anschlag auf die gewerkschaftliche Autonomie Partei. Dies äußerte sich darin, dass er eine sorgfältig geplante Unterstützungskampagne anlaufen ließ. Für die deutschen Kollegen bedeuteten die Vorgänge an der Saar einen unrechtmäßigen Eingriff in die verbürgten Rechte einer Gewerkschaft. Aus Solidarität, aber auch aus der Befürchtung einen Präzedenzfall vor sich zu haben, bezog der DGB Stellung und begann dem IV Bergbau auf vielfältige Weise zu unterstützen. Ihm ging es nicht nur um die Einflussnahme im Saarland aus deutscher Perspektive, sondern auch ausdrücklich um die Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte.

Das Verbot des Industrieverbandes Bergbau

Die Staatsmacht holte jedoch noch zu einem weiteren schweren Schlag aus. Der für seine harte Linie bekannte saarländische Innenminister Edgar Hector verfügte am 5. Februar 1953 die Auflösung des IV Bergbau. In seiner sehr knapp gehaltenen Begründung verwies er lediglich auf die Verfassung, nach der die anerkannten Berufsorganisationen wie Gewerkschaften ausschließlich zur Wahrnehmung beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Interessen berufen seien. Der IV Bergbau habe sich jedoch entgegen dieser ausdrücklichen Beschränkungen unter der Leitung von Paul Kutsch politisch engagiert.³⁹ Hauptargument von Hector bildete die Ablehnung der Saar-Konventionen, wodurch die staatliche Unabhängigkeit des Saarlandes infrage gestellt worden sei. Zudem sei dem IV Bergbau Hilfe durch ausländische Organisationen – gemeint war wohl der DGB – zuteil geworden. Dass es sich bei der Begründung um ein vorgeschobenes Argument handelte, musste im Grunde genommen jedem augenblicklich klar werden, denn eine Bergbaugewerkschaft, die sich nicht zu Fragen der Besitzverhältnisse der Gruben und deren Förderbedingungen äußern durfte, konnte ihre Aufgaben kaum konsequent verfolgen. Es musste im Gegenteil als Willkür erscheinen, einer Gewerkschaft das Recht abzusprechen, zu zentralen wirtschaftlichen und sozialen Problemen Stellung zu beziehen. Der Beschluss des Ministers demonstriert eindrucksvoll die innere Logik des Saarstaates. Die politische Führung war von tiefem Misstrauen gegenüber der saarländischen Bevölkerung erfüllt und ordnete alles dem Ziel eines autonomen Staates mit

39 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/355.

der engen Anbindung an Frankreich unter. Aus dieser Sicht konnte die autoritäre ausgerichtete Landesregierung nicht anders reagieren als mit harten Maßnahmen gegen die Opposition.

Es kann kaum ein Zufall gewesen sein, dass gerade zu der Zeit des Verbotes wichtige Weichenstellungen bei den Planungen zu einem geeinten Europa anstanden. Die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zur Bildung einer europäischen Armee fanden unter Hochdruck statt. Zudem wurden zahlreiche Gespräche über das weitere Zusammenwachsen Europas geführt. Die nicht abschließend geklärte Saarfrage wirkte dabei immer wieder als Hemmschuh. Das entschiedene Einschreiten der saarländischen Regierung gegen die oppositionelle Gewerkschaft signalisierte jedoch, dass sie einen eindeutigen Weg mit einem festen Ziel eingeschlagen hat. Für Adenauer hingegen bildete das Saarland ein Hindernis bei den Bestrebungen, die Westbindung der Bundesrepublik voranzutreiben. Frankreich sah in der Saar zum einen den Zugriff auf den wichtigen Energieträger Kohle gewährleistet und gleichzeitig das deutsche Rüstungspotenzial geschwächt.

Das Verbot des Industrieverbandes Bergbau und die Aberkennung seiner Tariffähigkeit bildete allerdings noch nicht das Ende des skandalösen Vorgangs. Zwar hielt die große Mehrheit der Mitglieder dem IV die Treue und nur wenige verließen ihn in Richtung der neu gegründeten IG Bergbau, die nie zu einer Massenorganisation heranwuchs. Doch erschwerte die Illegalität die Arbeit erheblich. Ohne Tariffähigkeit konnte der IV wichtige Kernaufgaben einer Gewerkschaft nicht wahrnehmen. Die Gefahr, für die Mitglieder mit der Zeit unattraktiv zu werden, wuchs und der andauernde Stillstand setzte die Führung unter Paul Kutsch zusätzlich unter Druck. Erschwerend kam hinzu, dass auch andere Bereiche der gewerkschaftlichen Arbeit gestört wurden. So bearbeitete die Sozialabteilung des IV trotz der ungeklärten Lage nach wie vor etwa 3000 Streitfälle ihrer Mitglieder gegen Knappschaft oder Berufsgenossenschaft. Trotz erteilter Vollmachten erhielt er im Gegensatz zur CGS und IG Bergbau keine Akten ausgehändigt.⁴⁰

Gewerkschaftliche Solidarität und Gegenmaßnahmen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften beobachteten die Vorgänge an der Saar sehr aufmerksam nicht nur, weil sie ihre Kollegen aus Solidarität unterstützen wollten, sondern auch weil sie einen Präzedenzfall fürchteten. Die grundsätzlich kämpferische und oppositionelle Haltung von Gewerkschaften führte immer auch zu mächtigen

40 Vgl. zu dieser erheblichen Benachteiligung AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/347.

Gegnern in Wirtschaft und Politik. Um Überlegungen in die Richtung einer Zurückdrängung der Gewerkschaften entschieden entgegenzutreten, engagierten sich DGB und IBFG ideell und materiell.⁴¹

An erster Stelle der Bemühungen stand die als willkürlich erachtete Auflösungsverfügung von Minister Hector, die rückgängig gemacht werden musste. Darüber hinaus betrachtete man die Existenz von drei Bergarbeitergewerkschaften – IV, IG und GCS – als kontraproduktiv. Um eine schlagkräftige Organisation zu sein, müssten die Partikularinteressen zurückstehen. In diesem Sinne beschworen DGB und IBFG wiederholt das Konzept der Einheitsgewerkschaft. Sie beschäftigten sich in erster Linie mit sich selbst, statt sich um die Belange ihrer Mitglieder zu kümmern. Die harten Fronten ließen allerdings eine Annäherung nicht mehr zu und zwangen DGB und IBFG dazu, eine eindeutige Position zu beziehen und in scharfer Form gegen das Vorgehen zu protestieren. Dazu gehörte, dass sich der IBFG an das Internationale Arbeitsamt in Genf und den Europarat in Straßburg wandte. Ziel dieser Aktivitäten war, den Konflikt auf die internationale Bühne zu bringen und den Druck auf die saarländische Regierung damit zu erhöhen. Flankierend wurden die drei westlichen Siegermächte unterrichtet.⁴²

Der Industrieverband Bergbau selbst ließ sich nicht beirren und gab trotz des begrenzten Handlungsspielraums nicht auf. Besonders die Öffentlichkeitsarbeit wurde verstärkt. Wichtig war die finanzielle Unterstützung durch den DGB, da der IV keinen Zugriff mehr auf sein Vermögen hatte und daher in seinem Aktionsradius erheblich eingeschränkt war. Da diese Unterstützungsleistungen illegal waren, mussten die Gelder geheim über die Grenze von Rheinland-Pfalz aus geschmuggelt werden. Aktenkundig wurde zum Beispiel eine Quittung, die der Neunkircher Gewerkschaftssekretär Robert Bach dem Überbringer Paul Kutsch über die Summe von 416.320 Franken ausstellte.⁴³ Neben den finanziellen Zuwendungen erhielt der IV Bergbau auch Sachleistungen wie zum Beispiel die Wochenzeitung des DGB „Welt der Arbeit“, die an rund 1100 Funktionäre im Saarland verteilt wurde.⁴⁴ Mit diesen Presseerzeugnissen und weiteren Schulungsmaterialien sollten zum einen der Gruppenzusammenhalt gestärkt, zum anderen aber auch Fakten und Meinungen im Sinne der Sache vermittelt werden.

41 Neben Geld- und Sachleistungen umfasste die Unterstützung auch Versuche der direkten Einflussnahme. Der Generalsekretär des IBFG Oldenbroek protestierte gegen das Verbot bei einem Treffen mit saarländischen Ministern. Vgl. ebd.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/355.

44 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 5/DGAL000014.

Darüber hinaus bot der DGB den IV-Mitgliedern die Teilnahme an Freizeiten, der Kindererholung oder auch dem Ferienwerk an.⁴⁵

An diesen wenigen Beispielen zeigt sich, dass die Arbeit im Untergrund als Form des Widerstandes gewählt wurde. Warum nicht die naheliegende offene Konfrontation etwa mit einem Streik gewählt wurde, bleibt ungeklärt. Denkbar ist, dass der IV erst das Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht abwarten wollte. Vielleicht aber fürchtete er auch eine weitere Eskalation und schärfere Sanktionen. Zumindest war es nicht ausgeschlossen, dass neben dem IV Bergbau auch befreundete Gewerkschaften ins Visier der saarländischen Regierung gerieten. Und die gerade einmal wenige Jahre zurückliegende Diktatur weckte unguete Erinnerungen daran, wie schnell Gewerkschaften und Gewerkschafter verschwanden.

Trotz der finanziellen Hilfen des DGB plagte die Geldnot den IV Bergbau. Neben dem Problem, ohne gefestigte organisatorische Strukturen kaum Mitgliedsbeiträge eintreiben zu können, konnte er wegen der Beschlagnahmung des Gewerkschaftsvermögens auf keine Rücklagen zurückgreifen. Ihn plagte die Sorge, 250.000 Franken als Sicherheit für die Anwalts- und Gerichtskosten aufzubringen. Erschwerend kam hinzu, dass ein Antrag auf Freigabe des Geldes durch das Gericht ohne Angabe von Gründen am 23. April 1953 abgelehnt wurde. Der Prozess geriet dadurch ernsthaft in Gefahr.⁴⁶

Die Kontakte zum DGB wurden indessen intensiviert. In einem Brandbrief an Albin Karl zum Beispiel wies Aloys Schmitt Mitte des Jahres 1953 auf die aktuellen Vorgänge im Saarland hin.⁴⁷ Er warnte eindringlich vor dem Vorschlag der saarländischen Regierung, das Verbot unter der Bedingung des Ausscheidens von Kutsch, Bach und Schmitt aufzuheben. Schmitt sah die Gefahr, dass es eine IG Bergbau mit den Mitgliedern und dem Vermögen des IV Bergbau geben würde. Von Seiten des IV werde der Vorschlag als durchsichtiges Manöver abgelehnt, die Führung zu spalten und der Öffentlichkeit ein versöhnliches Gesicht zu präsentieren. Schmitt berichtete außerdem von gezielt gestreuten Gerüchten, nach denen etwa Paul Kutsch Gelder von der Schwerindustrie erhalten habe. Offenbar sollte die Glaubwürdigkeit Kutschs unterminiert werden. Im August 1953 tauchte plötzlich die Meldung auf, dass sich die zerstrittenen Bergbaugewerkschaften IG und IV auf eine Lösung geeinigt hätten.⁴⁸

45 Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 24/347.

46 Vgl. ebd. Die zur Verwaltung des Gewerkschaftsvermögens eingesetzte Treuhand handelte nach Angaben von Robert Bach im Sinne der Regierung parteiisch.

47 Vgl. ebd.

48 Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens: Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989, S. 264.

Es gäbe einen neuen Anlauf mit der Neugründung des Industrieverbandes unter Ausschluss des bisher tätigen Spitzenpersonals. Ergebnis war eine weitere Gewerkschaft, die allerdings nie über 10.000 Mitglieder – meist Rentner – hinauskam. Der recht unbekannt gewerkschafter Jakob Görgen wurde deren erster Vorsitzender. Paul Kutsch erblickte darin eine Art kalten Putsch, um den nach wie vor aktiven IV Bergbau nach dem Scheitern der IG Bergbau zu entmachten. Die Wahl des gleichen Namens sollte offenbar für Verwirrung sorgen und die Bergarbeiter verunsichern. Bezweckt wurde damit, sich als legitimen Nachfolger zu präsentieren. Aber auch diese Rechnung ging nicht auf. Es existierten also vier Bergbaugewerkschaften gleichzeitig im Saarland: der IV Bergbau (alter Verband), der IV Bergbau (neuer Verband), die IG Bergbau und die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute.

Das Comeback des alten IV Bergbau

Für den IV Bergbau (alter Verband) war die Lage zur Jahresmitte 1953 denkbar ungünstig. Zwar verschwand die IG Bergbau recht schnell in der Bedeutungslosigkeit, doch bildete die Uneinigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine schwere Last. Betroffen waren auch die anderen 13 Industrieverbände, die sich einer Positionsbestimmung kaum entziehen konnten. Bemerkenswert war der Umstand, dass 30.000 Bergleute dem alten IV trotz Verbot, Schikanen und unklarer Zukunft die Treue hielten. Sie zogen die in der Illegalität agierende Gewerkschaft den staatstreuen Konkurrenzorganisationen vor und warteten erst einmal ab. Den Funktionären musste aber klar sein, dass der alte IV in seiner schwierigen Position kaum mehr als wenige Jahre überdauern könnte. Es sollte die internationale Großwetterlage sein, die schließlich Bewegung in die festgefahrene Situation bringen sollte: Die Saarfrage kam auf die Tagesordnung und beeinflusste damit auch die innenpolitischen Verhältnisse.

Zuvor gelang es dem IV aber durchaus, weiterhin weite Teile der Bergarbeiterschaft an sich zu binden. Symptomatisch für die nach wie vor große Zustimmung war die außerordentliche Betriebsratswahl auf der Grube König am 27. April 1954, die als Demonstration von Kampfwillen und Entschlossenheit gedeutet werden kann. Der alte Industrieverband Bergbau erreichte mit weitem Abstand 1368 Stimmen, die christliche Bergarbeitergewerkschaft 519 Stimmen und der neue Industrieverband Bergbau nur 343 Stimmen.⁴⁹ Das Oppositionspotenzial trat bei dieser Wahl deutlich zutage. Die umstrittene saarländische Energiepolitik und die politischen Repressionen forderten den energischen Widerstand heraus.

49 Vgl. Robert H. Schmidt: Saarpolitik 1945-1957, Bd. 1: Politische Struktur, Berlin 1959, S. 460.

Die Betriebsräte als Basisorganisation in den Unternehmen bereiteten der Regierung Kopfzerbrechen, unterminierten sie doch die Versuche, den alten IV systematisch zu zerstören. Die Betriebsräte waren ein Instrument, mit dem man die Bergleute unmittelbar erreichen und beeinflussen konnte. Hier den Hebel anzulegen und den Platz des Industrieverbandes zu besetzen, stellte für die saarländische Regierung einen naheliegenden Schritt dar. Es verwundert aus dieser Perspektive kaum, dass nun plötzlich, nach einer sechsjährigen Hängepartie mit zahlreichen Verzögerungen, das Betriebsverfassungsgesetz am 7. Juli 1954 im Landtag durchgepeitscht wurde.⁵⁰

Als zentrales Instrument der Regierung erwies sich § 11, der festlegte, dass nur Personen auf Vorschlag einer *anerkannten* Gewerkschaft in den Betriebsrat gewählt werden dürfen.⁵¹ Das Ziel dieser Bestimmung war offensichtlich: Der verbotene IV Bergbau konnte somit aus den Betriebsräten herausgedrängt werden. Diese als „lex Kutsch“ bezeichnete Regelung führte neben anderen Einwänden allerdings zum Bruch der Regierungskoalition zwischen CVP und SPS. Die CVP regierte mit ihrer absoluten Mehrheit künftig alleine und bestimmte den christlichen Gewerkschafter Johann Klein zum Nachfolger von Arbeitsminister Kirn.

Nachdem dem alten IV auch dieser Bereich als Betätigungsfeld verwehrt wurde, wäre er mit Sicherheit mit der Zeit in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Doch die Verhandlungen um den weiteren Weg des Saarlandes zwischen dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France kamen im Herbst 1954 zu einem Abschluss. Am 23. Oktober 1954 wurde im Rahmen der Pariser Verträge das „Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Statut der Saar“ geschlossen.⁵² Darin wurde vereinbart, dass genau ein Jahr später die saarländische Bevölkerung darüber in einem Plebiszit befinden sollte. Artikel 6 schrieb vor, dass die „politischen Parteien, die Vereine, die Zeitungen und die öffentlichen Versammlungen“ keiner Genehmigung unterworfen werden dürfen und dass „jede von außen kommende Einmischung, die zum Ziele hat, auf die öffentliche Meinung an der Saar einzuwirken, insbesondere in Form der Beihilfe oder der Unterstützung für politische Parteien, für Vereinigungen oder die Presse“ untersagt wird.

Der „Ausbruch der Freiheit“ begann am 23. Juli 1955, wodurch nicht nur die bislang verbotenen Parteien auf der Bildfläche erschienen, sondern eben auch der alte IV Bergbau. Dieser entfaltete auch direkt zahlreiche Aktivitäten.

50 Zur schwierigen Geburt des Gesetzes vgl. Hirsch 2015, S. 185-197.

51 Vgl. Hans Dratwa: Das saarländische Betriebsverfassungsgesetz mit Erläuterungen für die betriebliche Praxis, Saarbrücken 1954, S. 67.

52 Vgl. zum Statut Schäfer 2012, S. 172-178.

Damit traten – beflügelt durch die neue Situation – die finanziellen Sorgen in den Hintergrund und im Gegenzug die Arbeit im Vorfeld der Abstimmung in den Vordergrund. Als oppositionellem Zentrum gelang es dem IV erheblich auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Auch wenn sich der Einfluss nicht quantifizieren lässt, so müssen die vielen Tausend Mitglieder als wichtige Multiplikatoren gelten. In Reden und Vorträgen, durch Druckerzeugnisse und Aufrufe erreichte der Industrieverband viele Menschen und warnte vor der autoritär agierenden Regierung. Zusammen mit den prodeutschen Parteien bildete der IV eine starke Front gegen die Statutbefürworter.

Zur Einheitsgewerkschaft bestanden zu diesem Zeitpunkt keine Verbindungen mehr. Auf dem 3. Landeskongress am 18. und 19. Juni in Dudweiler kam es zu hitzigen Debatten und handfesten Auseinandersetzungen.⁵³ Die anwesenden Delegierten entschieden mehrheitlich, dass der alte Verband kein Mitglied der Einheitsgewerkschaft mehr sei. Die Verbindungen waren zu diesem Zeitpunkt bereits seit Langem spärlich und feindselig. Mit dem Landeskongress wurde der Bruch auch formal vollzogen. Stattdessen erfolgte die Aufnahme des neuen Verbandes, der vom saarländischen Landtag per Gesetz am 13. Juli 1955 das Vermögen des alten IV zugesprochen bekam.⁵⁴ Wohl nicht zufällig fiel der Beschluss noch gerade zehn Tage vor der Aufhebung aller Beschränkungen.

Das politische Klima war angesichts der anstehenden Abstimmung vergiftet und aggressiv. Dass das Statut nicht ohne weiteres mehrheitsfähig war, konnte man bereits beim Metallarbeiterstreik vermuten. Auslöser waren gescheiterte Tarifverhandlungen in der Metallbranche, die nach einer Urabstimmung am 21. Februar 1955 zum Streik führten. Alle größeren und die überwältigende Mehrheit der kleineren Betriebe wurden von etwa 70.000 Arbeitern bestreikt.⁵⁵ Der federführende IV Metall sah sich in der Folge von Regierung und Arbeitgeberern erheblich unter Druck gesetzt. Schließlich wurde ein Schlichtergremium eingesetzt, das gegen die Stimmen der Gewerkschafter einen Schlichterspruch für allgemeingültig erklärte und damit dem Streik offiziell ein Ende setzten wollte. Die Empörung der Metallarbeiter war entsprechend groß, zumal man mit dem Ergebnis überhaupt nicht zufrieden war. Unbeirrt davon setzten sie den Streik in den meisten Unternehmen fort. Rund 4000 Arbeiter der Völklinger Hütte zogen am 24. Februar 1955 in einem Demonstrationzug nach Saarbrücken. Die Polizei reagierte darauf mit Gewalt.

53 Zum Bericht des Saar-Referenten des DGB Karl Dinges vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 5/DGAL000157.

54 Zum Gesetzeswortlaut vgl. Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 95 v. 5. August 1955, S. 1f.

55 Vgl. Robert H. Schmidt: Saarpolitik 1945-1957, Bd. 3: Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung (1954-1957), Berlin 1962, S. 136-141.

Mit Wasserwerfer und Knüppeln zeigte sich die Staatsmacht vor dem Landtag von ihrer hässlichen Seite.⁵⁶

Als Folge verkündete die Einheitsgewerkschaft, inzwischen unter der Leitung von Richard Rauch, dass die arbeitende Bevölkerung am 25. Februar 1955 in einen Generalstreik treten werde. Das öffentliche Leben stand für diesen Tag still und nur in wenigen Betrieben wurde die Arbeit aufgenommen. Die Forderung nach höheren Löhnen stand da schon längst nicht mehr im Mittelpunkt, sondern das gewaltsame staatliche Vorgehen und das Gefühl der Unterdrückung. Konnte die Regierungspartei CVP noch Ende 1954 auf hohe Zustimmungswerte bauen, begann nicht zuletzt mit dem Februarstreik eine Erosion der Unterstützung der saarländischen Autonomiepolitik.

Die zunehmende Politisierung des Konflikts bewog viele Gewerkschafter, die zuvor eher zurückhaltend die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beobachteten, sich eindeutig zu positionieren. Das trug zur Verfestigung der Fronten bei und nutzte letzten Endes besonders den prodeutschen Vertretern. Zum Beispiel wechselte der zweite Vorsitzende des neuen IV Bergbau kurioserweise zum alten Verband. Einen geschlossenen Übertritt aller anwesenden Funktionäre gab es auf einer Bezirkskonferenz in Illingen. Ähnliches wird von Gewerkschaftern aus Neunkirchen und St. Wendel berichtet.⁵⁷ Ergebnis dieser Entwicklung war schließlich, dass der alte IV Bergbau seine Position stärken konnte und als Sieger aus dem langjährigen Konflikt hervorgegangen ist.

Mit neuem Selbstbewusstsein entwickelte er sich zu einem stimmungswaltigen Akteur im Abstimmungskampf. Am 9. Oktober 1955, also kurz vor dem Plebiszit, riefen Kutsch und seine Mitstreiter auf der 4. Revierkonferenz dazu auf, gegen das Statut zu stimmen. Es könne, so die Redner, in der Frage der Saargruben und ihrer Zukunft keine neutrale Haltung geben, auch wenn die Einheitsgewerkschaft das behaupte und sich aus diesem Konflikt heraushalte. Die Verpachtung der Gruben, der Abbau der Warndtkohle durch eine französische Gesellschaft und die massiven Eingriffe des Staates in die gewerkschaftliche Unabhängigkeit ließen keinen anderen Schluss zu als mit „Nein“ zu stimmen.

So wie der alte IV Bergbau gefestigt aus dem langjährigen Konflikt hervorging, so steuerte die Einheitsgewerkschaft im Gegenzug ihrer Bedeutungslosigkeit entgegen. Mit der Gründung des DGB Saar am 18. Oktober 1955 verließen immer mehr Mitgliedsgewerkschaften die Einheitsgewerkschaft und schlossen sich der prodeutschen Konkurrenz an. Zwar gehörte der DGB Saar noch nicht offiziell zum DGB, doch signalisierte der Name unzweifelhaft die politische Verortung. Die rasant schwindenden Mitgliedszahlen der Einheitsgewerkschaft

56 Vgl. ebd., S. 142f.

57 Zu diesen Vorgängen vgl. DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 5/DGAL000157.

brachten bereits vor der Abstimmung die Frage der Auflösung auf. Die erfolgte aber erst danach am 4. Februar 1956.⁵⁸ Der formelle Beitritt des DGB Saar zum DGB erfolgte auf einem Außerordentlichen Bundeskongress in Saarbrücken am 3. Februar 1957. Die alten Industrieverbände, die sich dem DGB Saar anschlossen, integrierten sich in der Folgezeit in die westdeutschen Industriegewerkschaften.

Der IV Bergbau und das Ende des Saarstaates

Welchen Anteil der IV Bergbau am Abstimmungsergebnis hatte, lässt sich nicht genau beziffern. Er beeinflusste durch seine Redner und Funktionäre sowie durch seine Publikationen mit Sicherheit das Verhalten einer Reihe von Wahlberechtigten. Das Ergebnis der Abstimmung war zumindest eindeutig: Rund Zweidrittel der Wählerschaft beantwortete die Frage auf dem Abstimmungszettel „Billigen Sie das mit Zustimmung der Regierung des Saarlandes zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik am 23. Oktober 1954 vereinbarte Europäische Statut für das Saarland?“ mit Nein. Die Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs haben den Fall einer Ablehnung erst gar nicht vorgesehen, so dass nach diesem eindeutigen Votum neu verhandelt werden musste. Das Ergebnis ließ indessen nur eine logische Schlussfolgerung zu: Die Saarländerinnen und Saarländer lehnten einen autonomen Staat ab und sahen sich weiterhin als Teil Deutschlands. Das Experiment eines unabhängigen Saarlandes war gescheitert. Folglich trat das Saarland nach den Bestimmungen des Artikels 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik bei. Der Luxemburger Vertrag vom 27. Oktober 1956 regelte die Probleme, die sich aus dem Beitritt in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ergaben.⁵⁹

Der alte IV Bergbau hatte damit sein Ziel erreicht. Kapitel VI des Luxemburger Vertrages betraf den Bereich des Bergbaus. Die Forderung nach Verstaatlichung wurde zwar nicht erfüllt, im Gegenteil stellte der Vertrag eine typische Kompromisslösung dar. Doch das absehbare Ende des französischen Einflusses auf den Saarbergbau veranlasste die Gewerkschaftsführer ihre oppositionelle Haltung aufzugeben und die verhandelten Beschlüsse mitzutragen. Die Gegenleistungen an den französischen Staat erwiesen sich sogar als Glücksfall, denn die Abnahmegarantien für die Saarkohle durch Frankreich, das sich eigentlich einen billigen Zugang zu Energie sichern wollte, wuchsen sich während der bald aufkommenden Kohlekrise zu einer schweren Hypothek für Frankreich aus. Die saarländischen Bergleute profitierten hingegen vom gesicherten Absatz.

58 Darüber berichtete zum Beispiel die Zeitung des DGB Saar, vgl. Saar-Echo, Nr. 4 v. 23. März 1956, S. 3.

59 Wichtige Elemente bildeten die Warndkohle und die Kanalisierung der Mosel. Vgl. Schäfer 2012, S. 186f.

Im Nachhinein profitierten der IV Bergbau und seine Funktionäre von ihrem harten Konfrontationskurs gegen die Regierung Hoffmann und deren Ziele.

Der Industrieverband Bergbau ging mit dem Übertritt zur Bundesrepublik in der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) auf.⁶⁰ Die Zeit des Streits und der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung kam damit zu einem Ende. Die führenden Persönlichkeiten des alten IV etablierten sich auch im neuen Bundesland. Paul Kutsch bekam zwei Jahre vor seinem Tod im Jahr 1959 das Große Bundesverdienstkreuz verliehen und Kurt Conrad gehörte den Kabinetten Ney und Reinert als Arbeitsminister an. Ihre Gegenspieler auf der profranzösischen Seite kehrten in großer Zahl den Gewerkschaften den Rücken und betätigten sich in anderen Berufen.

Die Geschichte des IV Bergbau demonstriert auf eindruckliche Weise den besonderen Charakter des Saarstaates in der Zeit von 1945 bis 1955. Auffällig war, dass eine große Zahl der Führungspersönlichkeiten ein ähnliches Schicksal als Verfolgte des Naziregimes in Exil und innerer Emigration teilte. Johannes Hoffmann und Edgar Hector als exponierte Repräsentanten der staatstragenden CVP verfolgten ein eindeutiges Ziel: Das Saarland sollte einen eigenständigen Staat mit Loslösung von Deutschland und enger Anlehnung an Frankreich bilden. Sie trauten den Saarländerinnen und Saarländern nicht so recht über den Weg und versuchten daher auch mit zweifelhaften Mitteln, den vorbestimmten Kurs beizubehalten. Dazu waren ihnen auch Bespitzelung, Polizeigewalt, Zensur, Ausweisungen von Oppositionellen und Verbote recht. Die gewerkschaftliche Opposition hingegen kämpfte für demokratische Prinzipien und eine offene Gesellschaft. Der IV Bergbau verfolgte auch ein Ziel, nämlich die Verstaatlichung der Saarkohle. Die Politik der engen Bindung an Frankreich spielte zunächst eine geringe Rolle. Erst mit der zunehmenden Frontstellung gegen die Regierung geriet die Frage über die Zukunft der Saar in den Fokus der Gewerkschaften, die letztlich auch zur Spaltung der Bewegung an der Saar führen sollte. Es waren schließlich die umstrittenen Methoden der Regierung, die die Saarländer auf Abstand zu den Europäisierungsplänen der Saar brachten. Gerade die Gewerkschafter des IV Bergbau bildeten eine Bastion gegen die Übergriffe und für die Demokratisierung der Gesellschaft.

60 Bis zum November 1955 hatten sich bereits fünf Industrieverbände für den Beitritt zum DGB entschlossen. Den restlichen blieb letztlich nichts anderes mehr übrig als dem Beispiel zu folgen. Vgl. AdsD, DGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation 5/DGAL000157.

Wilfried Busemann

Bürger als Brandstifter!?!¹

Vorläufige Überlegungen zu einer Politischen Regionalkultur an der Saar 1870 bis 1970

Lange Zeit war das alte Geraune² in Vergessenheit geraten – um nun wiederaufzutauchen als handfeste geschichtspolitische „Röder-Kontroverse“. Zur Debatte steht die Biographie des langjährigen (1959 – 1979) saarländischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder, dem man neuerdings einerseits nachsagt, kein „Ehrenmann“ gewesen zu sein unter anderem wegen seines für einen Saarländer ungewöhnlich frühen Eintritts in die NSDAP am 1.8.1933 und seines inzwischen umstrittenen Wirkens in den Niederlanden vor und während des Krieges.³ Und von dem es andererseits heißt, er sei „nur“ ein „Opportunist“⁴ gewesen wie viele andere auch. Die aktuellen Versuche einer Ehrenrettung variieren zwischen unbeholfener Hagiographie⁵, berechtigten Bedenken bezüglich der Quellenlage⁶ und kurzen Erinnerungen an die unbestreitbar großen Verdienste des späten Röder für die Republik⁷.

-
- 1 Für zahlreiche Hinweise und Kritiken danke ich Heike und Friedrich Pingel, Husum, Joachim Heinz, Dudweiler, und Ellen Widmaier, Dortmund. Der vorliegende Aufsatz vereint Überlegungen, die keinen Anspruch auf Originalität erheben können, weil sie in anderen Regionen der Republik zum Teil schon seit Jahrzehnten – wie auch die „veraltete“ Literatur nachweist, ausführlich besprochen werden.
 - 2 Voltmer, Erich, Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar, Dillingen 1979, S. 69 über Gerüchte aus dem Lager ehemaliger CVP-Politiker zu Beginn der 60er Jahre und 1979 im Zusammenhang mit der Filbinger-Affäre.
 - 3 Später, Erich, Das Wort des Führers ist unser Befehl. Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot, in: saarbrücker hefte, Nr. 89, Frühjahr 2003, Saarbrücken 2003, S. 95 - 103; Später, Erich, Der Landesvater. Die NS-Vergangenheit Franz-Josef Röders, in: saarbrücker hefte, Nr. 110/111, Sommer 2014, Saarbrücken 2014, S. 7 - 14. Außerdem: Klausch, Hans-Peter, Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, hrsg. von „Die Linke“-Fraktion im Landtag des Saarlandes, Saarbrücken 2013.
 - 4 Saarbrücker Zeitung, 11.11.2015, Interview mit Prof. Dr. Dietmar Hüser, Universität des Saarlandes.
 - 5 Küppers, Heinrich, Franz Josef Röder (1909 - 1979). Baumeister des Bundeslandes Saarland, St. Ingbert 2015
 - 6 Wettmann-Jungblut, Peter, Im Schatten der Geschichte. Fakten und Überlegungen zu Franz Josef Röders Vergangenheit vor 1945, in: saargeschichten, Ausgabe 4 - 2013, Saarbrücken 2013, S. 4 - 13.
 - 7 Herrmann, Hans-Christian, Eine Sternstunde auf großer Bühne. Wie und warum der saarländische

Freilich behandeln die vorliegenden Beiträge⁸ aus verschiedenen Gründen kaum oder gar nicht die zentrale Frage: Wie schafft Röder, wie schafft eine ganze, 1935 den Rechtsstaat ablehnende und 1955 anscheinend rückfällig werdende Generation den Übergang zur Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie werden sie die Stützen der modernen westdeutschen Nachkriegsgesellschaft? Vollzieht sich der Bruch mit der bisherigen dominanten antidemokratischen Politischen Kultur⁹ als langwieriger, letztlich einsichtiger Lernprozeß, als stets anpassungsbereiter Konformismus, als sich anbietender Opportunismus? Oder als Entfremdung von der „guten, alten Zeit“ und als Wertewandel? Wie vor allem sieht die Ausgangssituation aus; welche Politische Kultur ist den Menschen an der Saar, namentlich den Basis-Eliten, zu eigen und welche „Werte“ prägen sie bis weit nach 1955? Welche Ideen, Normen, Indoktrinationen beeinflussen das politische Denken und Handeln, die vorherrschenden deutsch-nationalen Vorstellungs-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster seit etwa der Reichsgründung 1871?

Das kollektive Gedächtnis verweist im Nachhall der prodeutschen Propaganda von 1955 auf Liebe zum deutschen Vaterland, ins Blut übergegangene deutsche Kultur, tief verwurzelte Bindung an das deutsche Volkstum und derlei nie in Frage gestellte National-Floskeln, die auch schon, genauso inbrünstig, im Nationalsozialismus, teilweise bereits im Kaiserreich verbreitet wurden. Wie ist die Liebe zum deutschen Vaterland 1955 möglich, in dessen Namen, mit dessen überwiegender Zustimmung noch zehn Jahre zuvor ein Regime gegen die Menschlichkeit wütete, bis buchstäblich alles in Scherben fiel? Es dürfte im Saarland 1955 nur sehr wenige Menschen gegeben haben, die nicht in irgendeiner Form, vielleicht für den Rest ihres Lebens darunter gelitten haben - sei es

Ministerpräsident Franz-Josef Röder 1976 die Aussöhnung mit Polen rettete, in: saargeschichten, Ausgabe 2 - 2015, Saarbrücken 2015, S. 4 - 9.

- 8 Vor allem Klausch, Braune Spuren, steht im Zentrum einer sehr lebhaften Kritik. So verweisen praktisch alle Beiträge zu Kartmann, Norbert (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung. 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2014, den von Klausch praktizierten Ansatz in den vorwissenschaftlichen Raum.
- 9 Nach nunmehr jahrzehntelangem inflationären Gebrauch wirkt der Begriff „Politische Kultur“ recht abgedroschen. Linsmayer, Ludwig, Politische Kultur im Saargebiet 1920 - 1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992, weist die Analyseperspektiven des Begriffs für die Region an der Saar recht überzeugend auf. Insbesondere die Überlegungen hierzu: „Grundprobleme politischer Kulturanalyse“, S. 11 - 18, und die Zusammenfassung: „Bilanz und Plädoyer für eine „politische Kulturanalyse“, S. 437 - 456, fließen ein in den vorliegenden Beitrag, ohne freilich eine definitivische Festlegung vorzunehmen. Diese muß einer eingehenden, noch zu erstellenden Erforschung der „Politischen Regionalkultur an der Saar 1870 bis 1970“ vorbehalten bleiben.

als Soldat, als Kriegsgefangener, als Kriegsversehrter, sei es als ausgebombter Zivilist, als Evakuierter, als traumatisierter Überlebender, ganz zu schweigen von den Hinterbliebenen der zahllosen Toten. Und dennoch obsiegt die als Patriotismus nicht einmal notdürftig getarnte sture Unbelehrbarkeit? Oder der Glaube, 1955 sei „Das Wunder an der Saar“¹⁰ geschehen. Sollten tatsächlich gute Geister deutschen Geistes miraculös über das Saarland gekommen sein?

Eine eindimensionale Erklärung¹¹ schließt sich selbstverständlich aus, dennoch soll an dieser Stelle die spezifisch saarländische Politische Kultur seit 1871 zur Diskussion stehen. Die folgenden Ausführungen können, nicht zuletzt aufgrund des unzureichenden Forschungsstandes, viele Fragen noch gar nicht beantworten, darum sollen sie eher dazu dienen, erst einmal die hoffentlich richtigen Fragen zu stellen und Möglichkeiten anzudeuten, wie sie beantwortet werden können.

Insofern die Grundzüge und Wurzeln deutscher politischer Kultur inzwischen hinlänglich bekannt sind, reicht es, sie hier nur cursorisch andeutend in Erinnerung zu rufen¹². Den Ausgangspunkt bildet der nach 1871 auch an der Saar bis zur „Politischen Religion“ übersteigerte deutsche Reichs-Nationalismus und die damit einhergehende Staatsideologie. Zu nennen sind die schon lange vorher eingeübte, im Kaiserreich vertiefte semi-absolutistische Regierungsweise; die Funktionalisierung von Religion als Legitimation des kaiserlichen Gottes-Gnadentum in all seinen Spielarten, sei es die verspießerte lutherische Obrigkeitgläubigkeit, sei es der unduldsame, antimoderne Teil der Katholischen Kirche und ihres politischen Armes, der Zentrumspartei. Kurz genannt sei ebenfalls der von Hegel als Zusammenfassung aller sittlichen Kräfte idealisierte preußische Staat und die Träger der dann versimpelten Staatsidee in

10 Schneider, Heinrich, Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart 1974.

11 Völlig ungenügend, deswegen ärgerlich fällt der von Klausch, Braune Spuren, vorgelegte „Erklärungsversuch“ aus, der in schlimmster DKP-Manier der 70er Jahre, diesem unerträglich primitiven Stacheldraht-Bolschewismus, mit dem Nachweis welcher zwischen 1947 und 1970 gewählter Landtagsabgeordneter vor 1945 als NSDAP-Mitglied geführt wurde, die unausgesprochene Ansicht verknüpft, nach der Befreiung vom Nationalsozialismus habe sich an der Saar nicht wirklich etwas geändert. Die alten Nazi-Eliten konnten demnach unbehelligt weitermachen bis mindestens 1970 und dabei - quasi en passant - 1955 für das „richtige“ Ergebnis sorgen. Gleichermäßen skrupellos wie grotesk liest sich die Behauptung auf Seite 16, von den weiterhin bestehenden „politischen und ideologischen Schnittmengen“ zwischen Liberalen, Konservativen und Faschisten.

12 So weit nicht anders nachgewiesen, orientieren sich die Ausführungen an Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, 7. Aufl., Göttingen 1994. Der Autor betont, ebda., S. 228, „daß Formulierungen und Urteile oft bewußt zugespitzt worden sind.“ Wesentlich weniger streitbar, dafür materialgesättigt: Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 - 1914, München 1995.

der Bürokratie und dem Bildungsbürgertum, den berühmt-berüchtigten Stützen von Thron und Altar.

Hinzu kommt ein einstmals progressiver antifeudalistischer, in den Jahrzehnten nach der gescheiterten 48er-Revolution zu einer Ansammlung von Feindbildern verkommener Nationalismus, der auf der einen Seite nur noch ein primitives Schwarz-Weiß-Denken kennt: Hier das beinahe heilige, eigentlich auserwählte Volk, die geeinigte, mannigfaltige Gegensätze nur mühsam verschleiernde angebliche Volksgemeinschaft – dort die inneren und äußeren Feinde wie – hier an der Grenze besonders brisant – der französische „Erbfeind“ oder die Konstituierung der „Volksgemeinschaft“ erst ermöglichenden „Volksverräter“: wahlweise Katholiken, Sozialdemokraten, Elsaß-Lothringer, Polen, Feministinnen – und immer wieder: Juden. Nur zur Erinnerung die Schlagworte: Kulturkampf, Sozialistengesetz, Zabern-Affäre 1913, Schwachheit des Weibes, Antisemitismus-Streit 1879/1880. Der berühmte Satz: „Die Juden sind unser Unglück“ stammt nicht von Adolf Hitler, er floß dem seinerzeit einflußreichsten deutschen Historiker Heinrich von Treitschke¹³ 1879 aus der schwarz-weiß-roten Feder und richtete Unheil an bis in katholische Bürgerschichten.

Aus all diesen Ansätzen entwickelt sich gärend eine Gedanken- mehr noch Gefühlswelt, deren Wesensmerkmale unter anderem sind eine zutiefst antidemokratische Grundhaltung, Autoritätsgläubigkeit und Staatsvergottung, Verachtung und Haß gegenüber angeblich Volksfremden, Militarismus, Chauvinismus sowohl gegenüber Völkern als auch Frauen, Nibelungentreue zu Thron und Altar, Hurrapatriotismus, Untertanengeist. Am Ende aller Indoktrination, Manipulation, Suggestion in der „Untertanenfabrik“ steht ein in Autorität, Zucht, Gehorsam gepreßter Mensch, auf den die von Adorno, Frenkel-Brunswick und anderen aus Umfragen ermittelten Wesensmerkmalen der autoritären Persönlichkeit¹⁴ zutreffen: Bindung an kleinbürgerliche Werte, gehorsame Unterordnung unter Autorität und deren Überhöhung, ja Anbetung; Ausgrenzung, Geringschätzung und Verfolgung von Individuen und sozialen Gruppen mit abweichenden Meinungen; vorurteilsbeladene und fanatisch-fundamentalistische Denkweisen, Überbetonung von Macht (Ruf nach dem starken Führer – nach Bismarcks

13 Vollständig lautet die verheerende Behauptung: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!“, zitiert nach Langer, Ulrich, Heinrich von Treitschke. Politische Biographie eines deutschen Nationalisten, Düsseldorf 1998, S. 306.

14 Erinnert sei an die bekannte „F-Skala“ in: Adorno, Theodor Wiesengrund, Studien zum autoritären Charakter, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1980, S. 81 - 84. Thimme, Annelise, Weltanschauung und Werte einer bürgerlichen Partei, in: Geiß, Immanuel; Ullrich, Volker (Hrsg.), 15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU?, 4. Aufl., Reinbek 1972, S. 40 - 51, hier: S. 46, überträgt diesen Katalog auf die Geisteswelt der Deutsch-Nationalen Volks-Partei bis 1933.

Ende), Identifikation mit Machtmenschen, allgemeine Feindseligkeit und latente bis offene Aggressions-Bereitschaft; Glaube an irrationale Wirkmächte sowie die Projektion unbewußter, emotionaler Triebe auf die Außenwelt. Früher taten sich Historiker und Historikerinnen schwer, die politisierte Sex-Besessenheit der autoritären Persönlichkeit wissenschaftlich zu erfassen, doch spätestens seit dem steigenden Interesse am bürgerlichen Antifeminismus, kann auch dieser Teilaspekt angemessen berücksichtigt werden.¹⁵

Über die Sozialisationsinstanzen, in denen die Milch der frommen Denkungsart so über alle Maßen großzügig eingeschenkt, eingetrichtert wird, ist ebenfalls schon alles gesagt und geschrieben, so daß auch an dieser Stelle kurz und bündig Verknappung ausreicht. Bekanntlich agiert in der primären Sozialisationsagentur, der im Kaiserreich an Bedeutung zunehmenden Kleinfamilie, zum Teil durch das BGB bis in die 1970er Jahre legitimiert der Vater als Herr im Haus, dessen Willen sich die von ihm abhängige, weitestgehend unmündige Ehefrau und die Kinder unterordnen müssen. In seiner Rolle als Mann und Patriarch profitiert das Familienoberhaupt von der autoritären Ideologie. Er erhält dabei Unterstützung und Bestätigung, erfährt aber zugleich auch mehr oder weniger subtile Kontrolle durch die unvermeidlichen, auf den saarländischen Dörfern in allen Familien verkehrenden katholischen Geistlichen oder ihren Gehilfen, den Honoratioren aus Vereinen und Volksschulen.

So unzureichend namentlich die Volksschulen in ihrer pädagogischen Qualität auch sein mögen, funktionieren sie doch bestens als Drill- und Dressuranstalt. Spätestens an diesem Ort wird klar, daß die Erziehung zu „Guten Deutschen“ als Indoktrination verläuft, als eine Zwangsvermittlung, der sich die wehrlos ihr ausgelieferten Kinder kaum erwehren können. Um so mehr ist dann danach zu fragen, warum zu dem Zeitpunkt, wo sie sich später als Erwachsene diesem Zwang möglicherweise entziehen können, sie schließlich doch als brave Untertanen mitlaufen und sich der Schulzeit eher wehmütig als traumatisiert erinnern.

15 Die hinlänglich bekannten Wesensmerkmale der autoritären Persönlichkeit werden an dieser Stelle nicht aus nostalgischen Gründen erwähnt. Vielmehr wirkt es erstaunlich und beunruhigend, daß dieser Ansatz oder seine inzwischen erarbeiteten Modifikationen und Modernisierungen bisher noch nicht befragt wurden, ob sie für die regionalgeschichtliche Forschung fruchtbar gemacht werden können. Es wäre zu einfach, dieses Defizit nur mit der überlangen Dominanz einer „prodeutschen“ Deutungshoheit zu erklären.

Als sehr anschauliches Beispiel hierfür – und einiges andere mehr – können die Lebenserinnerungen des Bergmannes Hans Meiser¹⁶ aus dem saarländischen Holz, heute ein Ortsteil von Heusweiler, gelesen werden, der im katholischen Umfeld sozial und politisch fest eingebunden, sehr wohl dies und das kritisch betrachtet, so zum Beispiel die Faulheit des Lehrers, niedrige Löhne auf der Grube, Selbstherrlichkeit der Unteroffiziere, aber das Große und Ganze nie in Frage stellt, weil er seit dem lebhaft-wohlwollend erinnerten Kommuniions-Unterricht genau das befolgt, was die katholischen Priester vorgeben. Charakteristisch für die trotz der unangenehmen Erfahrungen mit den Kehrseiten der wilhelminischen Gesellschaft unverbrüchliche Treue und Liebe zu Kaiser und Vaterland ist die verklärende Darstellung der mit großem Gottvertrauen überstandenen Militärzeit. Statt aus dem am eigenen Leib erlebten Mißständen beim Kommiß die nötigen Konsequenzen zu ziehen, sich also davon zu distanzieren, entweicht dem Autobiographen kein Wort des Mißfallens am maßlosen preußisch-chauvinistischen Militarismus. Nein, im Gegenteil wird der detailversessene Rückblick getragen von einem Grundton des Stolzes und des gehobenen Selbstwertgefühls ob der exzessiv eingeschliffenen deutschen Manneszucht.

So sehr die von Johannes Meiser aufgeschriebenen Lebenserinnerungen als Quelle wegen ihres hohen Seltenheitswertes einen Glücksfall darstellen, so wenig kann die hier mitgeteilte Indoktrinations-Geschichte als Einzelfall behandelt werden. Möglicherweise hätte Meiser einen idealen Arbeitnehmer auf der Neunkirchener Hütte abgegeben. Das hier praktizierte despotische „System Stumm“ gilt als „Extrembeispiel“¹⁷, welches das gesamte Leben der Hüttenarbeiter gleichsam totalitär innerhalb und außerhalb des Betriebes reglementieren wollte nicht allein im Sinne der betriebswirtschaftlichen Profitmaximierung und der radikal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern eben auch zum Schutze von Kaiser und Reich, von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Mittels der vom Fabrikherrn oktroyierten Arbeitsordnung sollte die Formierung der Verhaltensmuster zur Erlernung von Respekt vor Betriebs-Eigentum, zu bedingungslosem blindem Gehorsam und Unterwerfung erreicht werden - mit teilweise grotesken Vorschriften – wie es auch das Dienst-Reglement des Heeres anstrebte. Zugespitzt formuliert: Die Deformation der Persönlichkeitsstruktur durch Zwang, Erpressung, Manipulation und Gehirnwäsche.

16 Meiser, Johannes, „Auch dafür danke ich dem lieben Gott!“. Erlebnisse und Erinnerungen eines alten Bergmanns, herausgegeben von Heidelinde Jüngst-Kipper und Dr. Karl Ludwig Jüngst, Saarbrücken 2005.

17 Trinkaus, Fabian, Arbeiterexistenzen und Arbeiterbewegung in den Hüttenstädten Neunkirchen/Saar und Düdelingen/Luxemburg (1880 - 1935/40). Ein historischer Vergleich, Saarbrücken 2014, S. 390.

Tendenziell totalitär entartete dieser Herrschaftswahn durch die umfassenden, massiven Eingriffe in das Privatleben der Arbeitnehmer, die ohne Zustimmung der Werksführung nicht heiraten, keine Prozesse gegeneinander führen durften (zur Sicherung der ausgeprägten Betriebs-Hierarchie). Über ein ausgeklügeltes, gleichwohl nicht immer erfolgreiches Spitzel- und Überwachungssystem ermittelte Aktivitäten, die Stumm auslegen konnte als Störung der öffentlichen Ordnung, Unruhe-Stiftung, „Unsittliche Lebensführung“, Verstoß gegen den bürgerlichen Sittenkodex (z.B. „Wilde Ehe“), Alkohol-„Mißbrauch“, führten zum Verlust des Arbeitsplatzes und der Wohnung, kurzum: Ins soziale Elend für die ganze Familie. Das kollektive Gedächtnis erinnert noch heute die Kontrolle der politischen Gesinnung, den fanatischen Antisozialismus, den Kampf gegen jede, selbst katholische oder liberale Sozialreform, die „Schwarzen Listen“, die Unterdrückung jeder Form von eigenständigem politischen Engagement.¹⁸

Am konkreten Beispiel der kulturpolitischen Rezeption der Schlacht von Spichern beschreibt Fabian Trinkaus¹⁹ in einem kleinen, 2013 erschienen Büchlein wie in Saarbrücken im ganz großen Stil die eigentümliche Verbindung von Reichsnationalismus und Sozialmilitarismus in das Denken und Fühlen breiter Schichten der Bevölkerung implantiert wurde bis zum bei manchem Zeitgenossen heiß ersehnten Kriegsausbruch 1914. Anfangs noch begrenzt auf die kleine Gruppe des staatsnahen Bürgertums, geraten die Spicherntage am Ende des Kaiserreiches zu Volksgemeinschaft vorgaukelnden Massenspektakel, dessen Sog sich kaum jemand entziehen kann, ohne sich selbst auszugrenzen. Zu den Trägern der mit viel Geschichtsklitterung, pathetisch-patriotischem Bombast, heroisierender Selbstverliebtheit einhergehenden Geschichtspopaganda treten neben den aktiven Soldaten die Verbände der Reserveoffiziere, in deren Reihen keine Sozialdemokraten, Linksliberale, zu fromme Katholiken, nationale Minderheiten und vor allem keine Juden geduldet werden. Während die studentischen Verbindungen und die Verbände der Alten Herren als akademische Ableger des durch und durch militarisierten Zivillebens klein aber oho sind, insofern ihnen eine durchschlagende Multiplikatorenfunktion anhängt und ihre kumpanen- bis komplizenhafte Vernetzung staatstragend wirkt, kann die Bedeutung der Kriegervereine, des Flottenverbandes, des Kyffhäuserbundes, diesen Brutstätten des „kleinbürgerlichen Gesinnungsmilitarismus“ auf keinen Fall zu hoch eingeschätzt werden, weil es ihnen gelingt, Millionen von Männern, darunter

18 Trinkaus, Arbeiterexistenzen, Fabrikordnung: S. 290 - 311, Einflußnahmen außerhalb des Werkses: S. 376 - 391.

19 Trinkaus, Fabian, Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreiches, Trier 2013. Von Interesse im Zusammenhang mit saarländischer „Politischer Kultur“ sind die Kapitel 3 - 5, S. 83 - 148.

auch viele Arbeiter, massenwirksam an sich zu binden. Hans-Ulrich Wehler faßt die Folgen dieser permanenten ideologischen Mobilmachung so zusammen:

„Militärische Gewohnheiten drangen im Deutschen Kaiserreich immer tiefer in das tägliche Leben ein: der Kommandoton und das Strammstehen, die herablassende Behandlung des Bürgers durch den Offizier, des „Publikums“ durch den Subalternbeamten mit der „Zwölfender“-Vergangenheit eines Berufssoldaten. Im Verhaltensstil, in der Sprache und Denkweise wurde die Dominanz des Militärs bereitwillig akzeptiert, imitiert und verinnerlicht. Seine Werte und Normen rückten an die Spitze der Ansehensskala. Der spätf feudale Ehrenkodex des Berufsoffiziers galt dem bürgerlichen Ehrbegriff als haushoch überlegen... Auch der bürgerliche Reserveoffizier partizipierte noch am Glanz und Dünkel des professionellen Kriegers“.²⁰

Diese permanente weltanschauliche Aufrüstung, die feldgraue Übertünchung des Alltagslebens bis in den letzten Winkel als ein Grundpfeiler der sich radikalierenden national-konservativen Staatsideologie, der damals vorherrschenden Politischen Kultur im Kaiserreich dürfte wegen des breiten Forschungsstandes zur Genüge bekannt sein. Erst in jüngerer Vergangenheit ist ein anderes Beispiel als Forschungsgegenstand stärker in den Vordergrund getreten. Ungefähr ab 1890 erwächst als negative Reaktion²¹ - nicht nur von Männern! - auf die fundamentalen Umbrüche im Frauenleben, als Abwehr der weiblichen Bildungsbestrebungen (z.B. Frauen-Studium), als Kritik an der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen (vor allem in Büros) und als oft gehässige Entgegnung auf Forderungen nach politischer und sexueller Selbstbestimmung in der antifeministischen Gegenbewegung ein militanter Feind, dessen frappierende Wirkungsmacht sich vorwiegend erklärt aus der Radikalisierung der politischen Diskurse in Kreisen des hurra-patriotischen Bürgertums und ihren meist uralten frauenfeindlichen Einstellungen. Mit dem Anspruch unwiderlegbarer wissenschaftlicher Letzt-Begründung schwadronieren antifeministische Wissenschaftler von der naturgegebenen, gottgewollten „weiblichen Sonderanthropologie“ und „beweisen“ die generelle Minderwertigkeit von Frauen, ihre physio-psychologische Unterlegenheit sowie die mit Feminismus beinahe zwingend einhergehende Unfruchtbarkeit. Den politisierenden Biologismus treiben Antifeministen auf die Spitze im Rahmen der Rassenhygiene und der Sorge um die „Aufartung und Reinerhaltung des deutschen Blutes“, um damit Forderungen nach sexueller Autonomie von Frauen zu diffamieren und zugleich die einzige Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter zu verewigen.

20 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 881.

21 Planert, Ute, Antifeminismus im Kaiserreich: Indikator einer Gesellschaft in Bewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 38, Bonn 1998, S. 93 - 118. Ausführlich und anschaulich: Planert, Ute, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Tradition und politische Mentalität, Göttingen 1998.

Zunächst ernste, dann tragische Folgen hat diese Einstellung spätestens seit dem Herbst 1915 als Vertreter des Bürgertums, unter anderem Kommunalpolitiker, ebenso rücksichtslos wie gefühllos den zunehmend an den Wucherpreisen für Lebensmittel leidenden Soldatenfrauen, immer mehr Krieger-Witwen, vorwerfen, selbst Schuld zu sein an ihrer Not, weil sie zu dumm sind, weil sie mit Geld nicht haushalten können, es vielmehr immer noch, putzsüchtig wie sie eben sind, es für Glitter und Tand verplempern.²²

Unverkennbar bewirken der Verlauf des Krieges und die Niederlage 1918 zahlreiche Einschnitte auf den verschiedensten Gebieten, namentlich Republikanisierung und formale Demokratisierung des Reiches, indes bleibt die kulturelle Hegemonie des deutsch-nationalen Gemenges aus völkischer Hybris, Autoritätsfixierung und struktureller Demokratie-Abstinenz weitestgehend unerschüttert. Von Demokratie im Saarland kann ohnehin kaum die Rede sein angesichts des rigorosen, französisch dominierten Völkerbunds-Regimes²³, so daß hier die eigentliche, für die Weimarer Republik auf die Jahre 1918/19 datierte Demokratiegründung erst nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt²⁴.

In manchen Fällen müssen sogar Zuspitzungen festgestellt werden, so zum Beispiel im von Ludwig Linsmayer glänzend beschriebenen Kriegerdenkmals-Kult.²⁵ Demzufolge verurteilt kein Kriegerdenkmal den Krieg als solches, und kein Denkmal stellt die Frage nach den Verantwortlichen für den Krieg. Schließlich gilt das Gedenken als Bekenntnis zu Deutschland nur den eigenen Toten, nicht jedoch den Gefallenen der Kriegsgegner. Zu den Ritualen der Einweihung von Denkmälern auf der Grundlage eines „sich als christlich gerechtfertigt ausgebenden Nationalismus“ gehören die

22 Die „Rheinische Zeitung“, die SPD-Tageszeitung für Köln und Umgebung berichtet durchgehend ab Frühjahr 1915 bis zum Kriegsende über derlei bourgeoise Dünkel. Zur Lage der Arbeiterfrauen: Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Viertes Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 -1949, München 2003, S. 94 - 102; Außerdem z.B.: Münkler, Herfried, Der Große Krieg. Die Welt 1914 - 1918, Bonn 2014, S. 563 - 566, S. 581 - 593, zur Lage der Frauen: z.B. ebda., S. 577 - 581.

23 Einschlägig hierzu das Kapitel „Die Grundzüge der Regierungsweise unter der Führung Raults“, in: Zenner, Maria, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920 - 1935, Saarbrücken 1966, S. 42 - 57.

24 Prägnant das Zitat bei Heinz, Joachim, „Nie zu Hitler!“. Die antifaschistische Einheitsfront-Kundgebung 26. August 1934, Sulzbach/Saar. Begleitbuch zur Ausstellung der Stiftung Demokratie Saarland, Saarbrücken 2009, S. 7, Fußn. 4, aus Plotho, E.v., Saar- und Ruhrfrage im englischen Unterhaus, Potsdam 1923, nach dem im englischen Unterhaus der Abgeordnete Asquith erklärt, „man mag die geschichtlichen Berichte über Rußlands Vorgehen in der polnischen Frage durchblättern, man wird kein ärgeres Beispiel despotischerer Gesetzgebung, keine schlimmere Unterdrückung der Grundrechte freier Staatsbürger entdecken, als dies hier zu finden ist.“

25 Linsmayer, Politische Kultur, S. 38 - 84: „Der Kriegerdenkmalskult“.

Auftritte von Vereinen und Verbänden als patriotische Selbstinszenierung und Imagepflege bei gleichzeitiger Problem-Verschleierung und Konfliktverdrängung mit dem Ziel einer vermeintlichen inneren Befriedung. In der Hierarchie der jährlich stattfindenden Festumzüge manifestieren sich außer der Bestätigung und Verfestigung der bestehenden sozialen Ordnung auch nationalistische Integrations- und Erinnerungsdiktate. Kurzum: Die Dorfgemeinschaft marschiert als Opfer- und Volksgemeinschaft unter Mißachtung der je individuellen Bedürfnisse, ohne der eigenen, privaten Trauer ein persönliches Gepräge zu geben.

Im Gefolge des frenetisch beseelten Hochgefühls anlässlich des Referendums am 23.10.1955 erhält der Begriff „Wiederaufbau“ eine spezifische Konnotation, als die nun vom Heimatbund gestellte neue Landesregierung die Instandsetzung alter, den Bau neuer Kriegerdenkmäler großzügig finanziert, auf daß die interessierten Verbände ihre „Gemeinschaftsfeiern“ erneut würdig begehen können.²⁶

Zutiefst nachdenklich macht es, wenn die durch die Einführung des Volkstrauertages 1925 eingeleitete Formierung und Enteignung der Trauerarbeit auch heute noch, neunzig Jahre später, völlig sinnentleert, aber hochhoffiziell zelebriert wird, ohne sich der offensichtlichen Unzeitgemäßheit der Gedenkformen bewußt zu sein.²⁷

26 Flender, Armin, Die Inszenierung der Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dillmann, Edwin; Dülmen, Richard van (Hrsg.), Lebenserinnerungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945 - 1995, St- Ingbert 1996, S. 14 - 39, hier S. 33 ff.

27 So gaben in Hanweiler am Volkstrauertag 2015 das örtliche Blasorchester, der Katholische Kirchenchor und die Freiwillige Feuerwehr bereitwillig den Rahmen für eine beinahe groteske, weil durch und durch anachronistische Inszenierung. Es wurde ein Trauermarsch geblasen, ein frommes Trauerlied gesungen, an die Bereitschaft zur allzeit notwendigen Erinnerungsarbeit appelliert - ohne freilich zu sagen, woran sich die - im übrigen nicht sehr zahlreichen - Anwesenden erinnern sollten. Und es wurde zum Abschluß mehr oder weniger gemeinsam die Nationalhymne, dritte Strophe, gesungen. Rechts und links vor dem Denkmal mit der bezeichnenden Aufschrift: „Den Opfern der Kriege“ standen jeweils zwei junge Feuerwehrmänner im Großen Dienstanzug mit Knobelbechern, Koppel und Wehrmachts-Stahlhelm, weiß eingefärbt und brennenden Pechfackeln. Neben dem Denkmal, einem etwa zwei Meter hohen, ein Meter breiten Obelisken, waren zwei Stelen aufgestellt mit Opferschalen obendrauf, in denen tief schwarz qualmendes Feuer brannte. So ungefähr imaginierten um etwa 1880 nationalstolz volkstümelnde Esoteriker den Opfer-Altar, vor dem sie der nach Walhall eingegangenen germanischen Helden gedachten. Als die derzeitige Ortsvorsteherin Anfang des Jahres 2015 auf diesen ärgerlichen Anachronismus aufmerksam gemacht wurde, sagte sie mit lebhaftem Interesse eine öffentliche Diskussion zu, auf der über neue Formen des Gedenkens nachgedacht werden sollte. Diese Diskussion hat bis heute nicht stattgefunden. Eingedenk teilweise heftiger Reaktionen verschiedener Einwohner im Dorf wird sie wahrscheinlich auch nicht stattfinden. Zum Ende des Trauer-Treffens vor dem Kriegerdenkmal verkündete die Ortsvorsteherin, am Soldatenfriedhof werde nun eine Gebinde niedergelegt zu Ehren der Gefallenen. Auf dem Friedhof des Dorfes findet sich ein Gräberfeld für die bei den Kämpfen an der Oberen Saar im Februar 1945 ums Leben gekommenen deutschen Kombattanten. Etwas weniger als die Hälfte der kleinen Grabplatten enthalten den Hinweis auf die SS-Zugehörigkeit

Linsmayer greift in seiner Studie von 1992 unter vielem anderen auch noch antidemokratische Verfehlungen auf, wie sie ebenso aus anderen Regionen des Reiches, Westfalen oder Rheinland, sattsam bekannt sind. Da während der auf halben Weg steckengebliebenen „Novemberrevolution“ vor allem die alten Eliten der Kommunalpolitik und der Gemeindeverwaltungen nicht entlassen werden, kommen nur zu oft hinhaltendes Lavieren, Boykott, offensichtliche Sabotage vor bei Veranstaltungen von Sozialdemokraten, den wenigen Linksliberalen und dem linken, demokratischen Flügel der Zentrumspartei, in einem Wort: Verfassungspatrioten, mit denen Republik und Verfassung als demokratische Errungenschaften gefeiert und ins politische Bewußtsein der Bevölkerung gerückt werden sollen. Das bekannteste Beispiel an der Saar ist die 1928 mit Gemeinderatsmehrheit beschlossene Verfassungsfeier in der Landeshauptstadt.²⁸ Ein anderes Beispiel ist der immer wieder festzustellende Machtmißbrauch von katholischen Klerikern auf den Dörfern.

Während der Völkerbundszeit verschlechterte sich das ohnehin negative Frankreich-Bild im allgemeinen und im besonderen die Einstellung²⁹ zu den für francophil gehaltenen oder als solche denunzierten Saarländern. Galt Frankreich vor der Kriegsniederlage schon – wie angedeutet – als Erbfeind, so entartet es jetzt zum Existenz bedrohenden Aggressor, dem alle Gehässigkeiten und Widerwärtigkeiten dieser Welt zugetraut werden müssen. In dieser Situation nur irgend etwas Positives zu finden an französischer Kultur, am *savoir vivre*, erfüllt beinahe den besonders verwerflichen Straftatbestand des Hoch- und Landesverrates. Tatsächliche oder nachgesagte Francophilie wird als gleichsam kriminelles Delikt wahrgenommen. Nicht bei allen, aber bei vielen Saarländern – und das Jahre vor dem Nazi-Regime.

Bevor ich etwas sage über des Schicksal angeblich Francophiler im Nationalsozialismus, ist es Zeit für ein erstes Zwischenergebnis. Peter Müller, der damalige Ministerpräsident des Saarlandes, wurde 2005 aus Anlaß des 70. Jahrestag der Abstimmung vom 13.1.1935 gefragt, ob die Saarländer seinerzeit trotz oder wegen Hitler für Deutschland gestimmt haben. Über die Antwort

des Toten. Ein Hinweisschild am Eingang des Friedhofes titulierte diese Grabstätte nicht als Soldatenfriedhof. Nein! Da steht gut leserlich, weil das Schild relativ neu ist: „Ehrenfriedhof“! SS und Ehre quasi in einem Atemzug zu nennen, macht nachdenklich.

28 Linsmayer, Politische Kultur, S. 119 - 131: „Die republikanischen Verfassungsfeiern“, zur Feier 1928 in Saarbrücken: S. 123.

29 Lempert, Peter, „Das Saarland den Saarländern!“: Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918 - 1935, Köln 1985. Lempert benutzte für seine Arbeit ausschließlich deutsche und französische Behördenakten, darunter auffallend viele nach 1935 angefertigte Gestapo- und Spitzel-Berichte, ohne deren Zuverlässigkeit überzeugend zu untersuchen, die notwendige Quellenkritik hierzu, vgl. S. 17, bleibt aus.

„Trotz Hitler“ gab es dann einige Diskussionen, nicht aber über die Frage. Diese ist aus meiner Sicht falsch gestellt, weil sie nachträglich insinuiert, die Wahlberechtigten hätten sich entscheiden können zwischen Freiheit und Barbarei. Diesen Entscheidungshorizont hatten die meisten gar nicht vor Augen, nachdem zuvor bereits drei, vier Generationen fast täglich eine Politische Kultur eingetrichtert worden – und lokale Eliten und Honoratioren selbst Teil sowie Profiteure dieser Politischen Kultur geworden waren, die demokratische Grund- und Freiheitsrechte entschieden ablehnte und nur autoritäre Lösungen zuließ. Ob die Menschen schließlich aus voller antidemokratischer Überzeugung oder aus Gewöhnung an Obrigkeit abstimmten, spielt dann fast keine Rolle. Die überwiegende Mehrheit hätte statt Hitler auch für jeden anderen Nicht-Demokraten, außer Kommunisten, votiert.

Unter den Nationalsozialisten war nicht francophil, wer francophil war, wer französische Schallplatten hörte, französische Filme im Kino ohne Untertitel ansah; francophil war, wer von den NS-Machthabern zum Francophilen gemacht wurde. Mithin konstituiert diese völlig willkürlich gehandhabte Definitionsmacht³⁰ auf ihre Weise einen Teil der nationalsozialistischen, alsbald großdeutschen Volksgemeinschaft. So weit die Bezichtigung von bedrohlicher materieller Relevanz sein kann, erzwingt allein die Gefahr, dermaßen durch beispielsweise Denuntiation der Nachbarn beschuldigt zu werden, systemkonformes, gutdeutsches Verhalten.³¹

Davon abgesehen muß zur Politischen Kultur in der Zeit des Nationalsozialismus an dieser Stelle nicht viel gesagt werden, weitere Verkürzungen, Vereinfachungen oder Auslassungen, wie zuvor für das Kaiserreich, wären darüber hinaus fahrlässig. Nur zwei Basis-Fakten sollen im Schlagwort erinnert sein: Die Politische Kultur in Deutschland nach 1933, beziehungsweise an der Saar nach 1935 beruht keineswegs auf irgendwelchen nationalsozialistischen Neuschöpfungen. Eigenständige Beiträge von NS-Größen wie Alfred Rosenberg, dem Chefideologen der NSDAP sind nicht nachweisbar. Im Zusammenhang mit

30 Kunkel, Ernst, „Für Deutschland - gegen Hitler“. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933/1935, Saarbrücken, ohne Jahr (1968), S. 69, beklagt, daß Behörden und Gerichte noch in den 60er Jahren sich den NS-Standpunkt zur „Francophilie“ zu eigen machen.

31 Nach der Befreiung von Nationalsozialismus werden die wegen „Francophilie“ drangsalierten Opfer des Nationalsozialismus in den Entschädigungsverfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz, BEG, grundsätzlich nicht anerkannt: Busemann, Wilfried, „Was geht vor in den Köpfen dieser Richter?“. Die Beurteilung der „Francophilie“ im Landesentschädigungsamt Saarbrücken, in: Heinen, Armin; Hüser, Dietmar (Hrsg.), Tour de France. Eine historische Rundreise. Festschrift für Rainer Hudemann, Stuttgart 2008, S. 57 - 63. Kunkel, „Für Deutschland“, S. 70, befindet, daß die „Francophilen“, die nach dem BEG Wiedergutmachung zu erreichen suchen, „... zu den Prügelknaben der saarländischen Gerichte und Behörden gehören“.

dem Ende der urheberrechtlichen Schutzfrist des Hitlerschen Propaganda-Buches „Mein Kampf“ zum 31.12.2015 und der im Januar 2016 erfolgten Veröffentlichung einer sorgfältig kommentierten Neuausgabe erinnerten Teilnehmer der breiten öffentlichen Kontroverse hierzu daran, wie sehr es dem Autor gelang, das politische Denken und Fühlen breiter, vor allem, aber nicht nur, kleinbürgerliche Schichten auf den Nenner zu bringen: „Das Buch war so erfolgreich, weil es überhaupt nicht mehr gelesen werden mußte. Lebensgefühl und Weltanschauung eines Großteils der deutschen Bevölkerung stimmten mit dem überein, was in „Mein Kampf“ dargeboten und propagiert wurde“.³²

Neuartig ist allein die Praxis der Radikalisierung, Brutalisierung und totalitären Entmenschlichung, weitestgehend im Rahmen einer anscheinend modernen industriell-rationalen Logik.

Aus unserer heutigen Sicht muß der ungeheure moralische Bankrott des Nationalsozialismus, der seit 1870/71 zunehmend pervertierten Staats- und Gesellschaftsidee, der Politischen Kultur bei mitdenkenden, mitfühlenden Zeitgenossen, bei Augenzeugen einen schweren sozialpsychologischen Schock verursachen und zu der Einsicht führen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, ein kompletter, jetzt aber demokratischer Neuanfang zwingend geboten ist. Es fällt schwer zu glauben, in diesem als „Zusammenbruchsgesellschaft“³³ titulierte Elend aus Wohnungsnot, Hunger, Brennstoffmangel, Heimatlosigkeit, Sorge um Verschollene, Kriegsgefangene – und möglicherweise auch Entnazifizierung habe es nicht wirklich Momente des Innehaltens, Gewährwerdens, der gleichermaßen bitteren wie schrecklichen Erkenntnis gegeben. Wenigstens war davon später, nach den Wiederaufbau in der Kriegsgeneration anscheinend wenig die Rede, so weit mich zum Beispiel meine persönlichen Erinnerungen nicht täuschen. Wie andernorts sitzen die saarländischen Eliten von 1955 in der selbst gestellten Falle, denn das eigene Verhalten, Beteiligungen, Verantwortlichkeiten bis 1945 zu befragen, hätte auch bedeutet, den eigenen, über Politische Kultur abgesicherten sozialen Status in Frage zu stellen und die dahinter stehenden gesellschaftlichen Hierarchien. Das wäre einer Selbst-Demontage gleich gekommen, zu der die Alliierten nicht fähig und nicht willig waren.

32 Glaser, Hermann, Zur Mentalitätsgeschichte des Nationalsozialismus - Ein Weg, um den Erfolg von „Mein Kampf“ zu verstehen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 43 - 45, 2015, S. 25 - 31, S. 26. Ebda., S. 26, bezeichnet Glaser Hitler als „... Inkarnation des oft in seiner Abgründigkeit nicht erkannten oder verharmlosten Kleinbürgers“ beziehungsweise „... als Inkarnation bourgeoiser Durchschnittlichkeit“ und als „deutschen abgründigen Spießler“.

33 Den nicht unproblematischen Begriff benutzt Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Bonn 1982, S. 37 - 65.

Für das, was sich an Stelle dessen zuträgt, haben kritische Zeit-Beobachter wie Walter Dirks³⁴, 1950, oder Helmut Schelsky³⁵, 1955, beide heute noch bekannt für ihr eher moderates politisches Profil, den Begriff der „Restauration“ in die Debatte eingeführt. Schelsky erklärt die restaurativen Tendenzen in den 50er Jahren „zum beherrschenden sozialen Zeitgefühl unserer westdeutschen Situation“³⁶ und definiert sie als bewußten oder unbewußten Rückgriff auf politisch-gesellschaftliche Leitbilder der 20er Jahre und sogar des Kaiserreiches.³⁷ Die inzwischen überholten Prinzipien und Dogmen sollen namentlich den Verbleib der bisherigen, häufig im Nationalsozialismus kompromittierten Eliten - bekanntestes Beispiele: Juristen³⁸ und Mediziner³⁹ - in ihren bisherigen Positionen legitimieren.

Bezogen auf das Saarland lassen sich für restauratives Gedankengut oder Auftritte ohne Mühe zahllose Beispiele aufführen. Die Quellen dafür sind bekannt, frei zugänglich, also ohne Sperrfristen – aber noch nicht systematisch ausgewertet. Als Primärquelle⁴⁰ sei hier zurückgegriffen auf den Nachlaß Hector⁴¹, das sind die Kern-Akten des saarländischen Innenministeriums für die Zeit von 1947 bis 1955, und hier speziell auf die sogenannten P6-Akten. P6 steht als Kürzel für die gleichermaßen legendäre wie berüchtigte Geheimpolizei des

-
- 34 Dirks, Walter, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik, hrsg. von Eugen Kogon und Walter Dirks, 5. Jg., Heft 9 (1950), S. 946.
 - 35 Schelsky, Helmut, Über das Restaurative in unserer Zeit (Artikel von 1955), in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik, Taschenbuchausgabe München 1979, S. 405 - 415.
 - 36 Schelsky, Über das Restaurative, S. 410.
 - 37 Erste Überlegungen zum Zusammenhang von „Wiedergutmachung“ und Restauration an der Saar in: Busemann, Wilfried, „Wiedergutmachung“, Restauration und Wertewandel im Saarland nach 1945. Vorüberlegungen, in: Herrmann, Hans-Christian; Bauer, Ruth (Hrsg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 371 - 394, hier: S. 375 und S. 392.
 - 38 Zur Entwicklung bei den saarländischen Rechtsanwälten nach 1945: Wettmann-Jungblut, Peter, Rechtsanwälte an der Saar 1800 - 1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, Blieskastel 2004, S. 325 - 365.
 - 39 Über Aufarbeitung der NS-Medizin und der Entnazifizierung saarländischer Ärzte: Tascher, Gisela, Staat, Macht und ärztliche Berufsausübung 1920 - 1956. Gesundheitswesen und Politik: Das Beispiel Saarland, Paderborn 2010, S. 269 - 283.
 - 40 Ebenfalls sehr ergiebig für das Themas Politische Kultur an der Saar nach 1945 erweisen sich die Tageszeitungen, nicht zuletzt die „Frauenseiten“ und das Feuilleton.
 - 41 Weiterführende Angaben zum Nachlaß Hector bei: Busemann, Wilfried, Der konkrete Charme der verweigten Anpassung. Beobachtungen zur saarländischen Polizeigeschichte 1947 - 1955. Eine Ehrenrettung, in: saarbrücker hefte, Nr. 100, Winter 2008, Saarbrücken 2008, S. 84 - 89, hier: S. 84f.

Hoffmann-Regimes⁴² – und für das Scheitern des auf altbekannten Elemente Politischer Kultur basierenden autoritären Sonderwegs an der Saar nach 1945, insofern die mit uneinsichtigem Obrigkeitendenken abverlangte saarländische „Verfassungstreue“ gerade preußisch-patriotisch präformierten Polizeibeamte in dramatische Loyalitätskonflikte stürzte.⁴³

Spektakulär wirken die verschiedenen, politisch begründeten Theater-Skandale. Als am 28.6.1949 im Stadttheater Saarbrücken, dem Geschenk des Führers, im III. Akt von Carl Zuckmayers – fürwahr kein wilder Theater-Berserker – „Des Teufels General“⁴⁴ der Satz fällt: „Ich habe mich geschämt, ein Deutscher zu sein!“, klatscht ein einzelner Besucher auf offener Szene Beifall, woraufhin ein Großteil des Publikums mit Pfui-Rufen, Zischen und Pfiffen antwortet. Nach der Vorstellung heißt es, ein Amerikaner oder ein Franzose hätte sich zu so etwas nie hinreißen lassen.⁴⁵ Zuckmayers „Gesang im Feuerofen“ thematisiert, erneut im Stadttheater, am 21.4.1951 ein von der Wehrmacht an französischen Resistance-Kämpfern verübtes Massaker. Mit großem Unmut nehmen die Theatergänger die Inszenierung auf, viele verlassen die Aufführung mit erheblicher Lautstärke und behaupten, das Stück habe mit der Realität nichts zu tun; es müsse sofort abgesetzt werden, andernfalls komme es zu „nachhaltigen Demonstrationen“.⁴⁶ Bemerkung am Rande: Noch anlässlich der Wehrmacht-Ausstellung in Saarbrücken 1999 hieß es immer wieder, die Wehrmacht sei „sauber geblieben“. Aus UfA-Filmen vor 1945 bekannte Unterhaltungstars wie Johannes Heesters und Rudolf Platte spielen mit ihren Tournée-Truppen, großzügig unterstützt aus

42 Eine historiographisch fundierte Polizeigeschichte für das Saarland bleibt weiterhin ein Desiderat der Forschung. Kunz, Ulrike, Geschichte der saarländischen Polizei 1945 - 1959, Merzig 2010, benutzt nicht einmal die Primärquelle für Polizeigeschichte, den Nachlaß Hector, und ist deswegen unbrauchbar. Fälschlicherweise wird P6, ebda., S. 221, als „Staatssicherheitsdienst“ bezeichnet - und maßlos überschätzt.

43 Busemann, Konkreter Charme, S. 85 - 88. Zur besonderen Rolle der saarländischen Polizeigewerkschaft, GdP, als Katalysator von Werte-Erosion und Wertewandel in der Polizei zwischen den späten 40er bis zu den 70er Jahren: Busemann, Wilfried, Innerer Frieden. Demokratische Potentiale stärken. Der Beitrag der GdP Saar zur Stabilisierung des Inneren Friedens, in: Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saar (Hrsg.), GdP-Saarland wird 60 - Herzlichen Glückwunsch!, Saarbrücken 2008, S. 17 - 24.

44 In diesem in Theatern und Kinos außerordentlich erfolgreichen Stück betreibt der Autor Zuckmayer selbst schon eine verharmlosende Einebnung von Geschichte, weil er die dem „General“ zugrundeliegende historische Figur des Generalluftmeisters Ernst Udet glorifiziert. Hierauf weist erneut hin: Ohler, Norman, Der totale Rausch. Drogen im Dritten Reich, 4. Aufl., Köln 2015, S. 133 f.

45 Landesarchiv Saarbrücken, Nachlaß Hector (im weiteren: LASB, NL Hector), P6, carton 82, chemise „juin - juillet“ (1949), SB, 29.6.1949, ohne Quelle.

46 LASB, NL Hector, P6, carton 85, „jan. - avril“ (1951), SB, 26.4.1952, Quelle: 224, Zitat ebda.

Bonn, im Januar und Februar 1951 in allen größeren Städten des Saarlandes, um an der Saar wie es in der Quelle heißt, „eine Heim-ins-Reich-Stimmung zu entwickeln“.⁴⁷

Kritisch beäugt seit Herbst 1949 die Landesregierung an nationalistische Gefühle appellierende Karnevalsvereine⁴⁸ sowie die von deutsch-nationalen Kulturpolitikern betriebene Zusammenfassung von Gesangs-, Turn- und Theatervereinen, die Lenkung der bestehenden Volkshochschulen, die Wiederezulassung des „Historischen Vereins für die Saargegend“ wegen seiner reaktionär-nationalistischen Tendenzen oder die Unterwanderung des Katholischen Lehrervereins durch national gesinnte Persönlichkeiten.⁴⁹ Sorge bereiten die Umtriebe des alten „Stahlhelm“-Verbandes und die als Kameradschaftstreffen getarnten Treffen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere.⁵⁰

Aufgebrachte Eltern plädieren für eine schärfere Zensur amerikanischer Unterhaltungs- und Abenteuerfilme⁵¹; katholische Geistliche polemisieren gegen die Verfilmung der „Kartause von Parma“, weil das Buch von Stendhal⁵² auf dem vatikanischen Index steht – und Johannes Hoffmann ruft Eltern, Schule, Kirche auf, die Jugend so zu erziehen, daß sie Schundfilme aus sich heraus ablehne.⁵³

Im September 1950 tuscheln die Anwohner des Saarbrücker Stadtteils St. Johann über die aus ihrer Sicht zu hohen Kosten für den Innenausbau der Neuen Synagoge am Beethovenplatz, es heißt, „daß hier übertriebene und unvereinbare Ausgaben von Steuergroschen der Allgemeinheit gemacht würden, die keiner Rechtfertigung standhielten“.⁵⁴ Zur gleichen Zeit, September 1950, unterstellt eine auflagenstarke saarländische Illustrierte den Opferverbänden der Nazi-Verfolgten hohe kriminelle Energie⁵⁵; übrigens ein Grundverdacht, der sich

47 LASB, NL Hector, P6, carton 85, „septembre - dec.“ (1951), SB, 9.11.1951, Quelle: „X“, Zitat ebda.

48 LASB, NL Hector, P6, carton 84, chemise „jan. - fev.“ (1950), SB, 16.2.1950, Quelle: „H“; außerdem: carton 88, chemise „janv. - aout“ (1953), SB, 27.5.1953, Quelle: „IX“-1-.

49 LASB, NL Hector, P6, carton 83, chemise „aout - dec.“ (1949), SB, 21.11.1949, Quelle: „.“

50 LASB, NL Hector, P6, carton 86, chemise „mars - mai“ (1952), (ohne Datum, ohne Quelle); carton 88, chemise „janv. - aout“ (1953), SB, 4.3.1953, Quelle: „Hr.“X-1.

51 LASB, NL Hector, P6, carton 83, chemise „oct. - dec.“ (1949), SB, 12.10.1949, Quelle: „228“; siehe auch: Saarbrücker Zeitung, 12.10.1949. Außerdem: ebda., SB, 13.10.1949, Quelle: „158“.

52 LASB, NL Hector, P6, carton 82, chemise „juin - juillet“ (1949), SB, 20.7.1949, Quelle: „006“.

53 LASB, NL Hector, P6, carton 83, chemise „oct. - dec.“ (1949), SB, 20.11.1949, Quelle: „227“.

54 LASB, NL Hector, P6, carton 84, chemise „juillet - decembre“ (1950), SB, 13.9.1950, keine Quelle, „Betrifft: Gerüchte“, Zitat ebda.

55 Illus. Illustrierte des Saarlandes, Nr. 39, 29.9.1950, S. 2. Siehe außerdem: Der Spiegel, Nr. 35, 31.8.1950, S. 8.

bis in die späten 70er Jahre hält so lange die Opfer-Entschädigung noch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Der Verkaufserfolg dieser Wochenzeitung beruht auch auf großen Reportagen wie „Die Gefangenen von Stalingrad“ oder der groß aufgezogenen Veröffentlichung des „Tagebuches der Eva Braun“, die allerdings eingestellt werden muß⁵⁶, als bekannt wird, daß es sich hierbei um eine von Luis Trenker lancierte Fälschung handelt.

Entgegen der späteren prodeutschen Propagandalüge, gegen das höhere Beamtenum in Stadt und Land seien rigoros politische Säuberungen exekutiert worden zum Nutzen und Vorteil fachlich nicht qualifizierter Emigranten⁵⁷, behauptet sich in den verschiedenen Führungsetagen von Verwaltungen, Gerichten, Krankenhäusern und auch Polizeirevieren die alte Garde. Zeitig im Jahre 1949 kritisieren höhere Beamte die Annahme französischer Orden durch Saarländer mit scharfen Worten, es ist die Rede von „Taktlosigkeit und Judaslohn“.⁵⁸

56 Zeit im Bild, Nr. 22, 11.6.1948, Editorial: „Zeit im Bild. Die Saarbrücker Illustrierte Zeitung, stellt mit dieser Ausgabe ihr Erscheinen ein. Sie verabschiedet sich hiermit von ihrer treuen Leserschaft. Die Redaktion bedauert, daß durch die Einstellung des Erscheinens, einer Maßnahme, die unabhängig von ihrem Willen (im Original gesperrt gedruckt, W.B.)erfolgt, die Veröffentlichung der Memoiren der Eva Braun unterbrochen wird und entschuldigt sich deshalb bei Lesern und Abonnennten. Zeit im Bild. Der Chefredakteur.“ Ab dem 25.6.1948 erscheint die Fortsetzung als „Illus. Illustrierte des Saarlandes“.

57 LASB, HL Hector, P6, carton 83, chemise „aout - septembre“ (1949), SB, 28.9.1949, Quelle: „152“: Tatsächlich bemängeln Beamte in leitenden Stellungen allgemein die stark zunehmende Zahl der Beamten und speziell die Zunahme von Beamten in „gehobenen Stellungen“, die die formellen Voraussetzungen der Qualifikation nicht erfüllen, so daß sie auf den Sachverstand ihrer Untergebenen angewiesen sind. In diesen Beschwerden manifestieren sich gleichermaßen alte preußische Standesdünkel wie auch - hier allerdings unausgesprochen - Vorbehalte gegen die OdN. Generell werden überlebende Opfer des Nationalsozialismus, die als eine Art „Wiedergutmachung“ in Verwaltungen angestellt werden, von den „Kollegen“ diskreditiert und mit tiefen Mißtrauen beobachtet. Hierzu z.B. Busemann, Wilfried, Den eigenen Weg gehen. Die Selbstfindung der Sozialdemokratie an der Saar 1945 - 1968, St. Ingbert 2013, S. 147, Fußn. 48.

58 LASB, NL Hector, P6, carton 82, chemise „- juin“ (1949), SB, 28.2.1949, Quelle: „P“, Zitat ebda.

Zu einem vom evangelischen Kirchenrat Wehr protegierten Bewerber auf einen leitenden Posten im Kultusministerium lautet der Befund: „Seiner Abstammung und Gesinnung nach ist er ausgesprochener Nationalist, in dem sich die preußische Tradition verkörpert. Als Sohn eines ostpreußischen Militäranwärters war er von je her Vertreter der Ideale dieser Kaste“.⁵⁹

Viele dieser Einzelfälle sprechen in ihrer Eindeutigkeit für sich, andere Ermittlungen eignen sich aufgrund ihrer Mehrdeutigkeit weniger gut. Im Bemühen, sich im katholischen Leben an der Saar durch gute Beziehungen zum Klerus und den Pfarrgemeinden festzusetzen, läßt sich die Regierung Hoffmann⁶⁰ kaum überbieten; dennoch hegen offizielle Stellen, nicht nur die P6, gegen Teile des katholischen Spektrums ein ausgeprägtes Mißtrauen. Zu den üblichen Verdächtigen zählen an dieser Stelle die katholischen Studentenverbindungen und ihre Alten Herren. Sorgen bereitet im April 1952 die Kontaktaufnahme zum Generalsekretär des Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine, Dr. Konrad Repgen, einem eventuell zu diesem Zeitpunkt bereits im Opus Dei aktiven Historiker.⁶¹ Unter dem Wahlspruch: „Pro fide et patria“ - Für Treue und Vaterland - soll eine 1952 im engen Kontakt mit saarländischen Alte-Herren-Verbände gebrachte christliche Burschenschaft gegründet werden.⁶² Höchst alarmiert zeigen sich die Geheimdienstler, als die Alten Herren mehrerer Korporationen sich zum saarländischen „Waffenring“ zusammenschließen; am 28.11.1953 wird eine sogenannte „Waffenring-Kneipe“ von über 200 schlagenden Alten Herren besucht.⁶³

59 LASB, NL Hector, P6, carton 83, chemise „aout - septembre“ (1949), SB, 29.9.1949, Quelle: „“, Zitat ebda.

60 LASB, NL Hector, P6, carton 86, chemise „mars - mai“ (1952), SB, 3.4.1952, Quelle: „NE“-IX-2-: Die Hoffnung der CVP auf eine Besserung der Beziehungen zwischen dem Bistum Trier und der JoHo-Regierung nach dem Tode des alten Bischofs Bornewasser werden heftig enttäuscht, weil der neue Bischof Wehr die alte Politik fortsetzt - trotz persönlicher Bekanntschaft mit dem Ministerpräsidenten.

61 LASB, NL Hector, P6, carton 86, chemise „mars - mai“ (1952); SB, 21.4.1952, Quelle: „C“-IX-2-

62 LASB, NL Hector, P6, carton 86, chemise „jan. - fev.“ (1952), SB, 4.2.1952, Quelle: „Un“-IX-1-.

63 LASB, NL Hector, P6, carton 88, chemise „sept. - decembre“ (1953), SB, 28.10.1953, Quelle: „Ni“-IX-1-; ebda., SB, 3.12.1953, Quelle: „Ni“.

Dagegen ignoriert der Generalverdacht, alle in Westdeutschland immatrikulierten saarländischen Studenten seien stramme Nationalisten⁶⁴ die geltenden Prüfungsordnungen an der neuen Universität des Saarlandes, die sich überwiegend an französischen Vorbildern orientieren, so daß ein nach diesen Vorschriften abgelegtes Examen östlich des Saarlandes nicht anerkannt werden kann. Das schränkt die Berufsaussichten von Jung-Akademikern erheblich ein.⁶⁵

Weitere Unsicherheiten in der Eindeutigkeit - und nebenbei: auch der Glaubwürdigkeit - der in den P6-Akten enthaltenen Befunde ergeben sich aus den Quellen selbst und den damit verbundenen politischen Absichten. So machen die Quellen keinen Unterschied zwischen der an und für sich schon unübersichtlichen Situation bei den katholischen Studentengruppen und unverkennbar reaktionären schlagenden Verbindungen. Das politische Ziel, über einen loyalen, autonomiegewogenen Beamten-Apparat zu verfügen, der zudem von nationalsozialistischen Altlasten gereinigt ist, kann, wenn die Berichterstatter Gespenster sehen, zu krassen Fehlurteilen führen, vorzugsweise gegenüber Protestanten. Anhand der Auseinandersetzung um die Filmzensur läßt sich im übrigen nachweisen, daß autoritär-hierarchisches Obrigkeitsdenken kein Alleinstellungs-Merkmal der prodeutschen Opposition, sondern auch in regierungsnahen Kreisen weit verbreitet ist. Daraus läßt sich die naheliegende Vermutung ableiten, daß das breite soziale Umfeld der katholischen Kirche, dem die Hoffmann-Regierung sich so stark verbunden fühlt, selbst auch Träger der Politischen Kultur ist, an dem Hoffmann und seine Parteigänger kurze Zeit später scheitern.

Spätestens drei Monate vor der Volksabstimmung, mithin ab dem 23. Juli 1955, entlädt sich ein sich lange zuvor schon zusammenziehender prodeutscher Orkan⁶⁶ mit einer patriotisch-demagogischen Wucht, den viele, die den NS-Propaganda-Furor selbst bewußt erlebt haben, nicht mehr für möglich gehalten hätten. In allen Pfarrgemeinde-Sälen, in Vereins-Häusern, Club-Räumen, Hinterzimmern von Gasthäusern, auf offener Straße tobt eine Schlacht, deren vaterlandstreuen Kombattanten die meist aufgebauscht skandalisierten Schlagstock-Attacken⁶⁷ des Hoffmannschen „Saarbataillons“ ein willkommener Vorwand

64 LASB, NL Hector, P6, carton 84, chemise „jan. - fev.“ (1950), SB, 3.11.1949, Quelle: P.

65 LASB, NL Hector, P6, carton 85, chemise „mai - aout“ (1951) SB, 11.6.1951, ohne Quelle. Außerdem z.B. ebda., carton 87, chemise „juin - septembre“ (1952), SB, 20.8.1952, Quelle: x-1.

66 Zum Abstimmungskampf zum Beispiel: Ames, Gerhard; Linsmayer, Ludwig (Hrsg.), JA und NEIN. Das Saarreferendum von 1955, Saarbrücken 2005, S. 72 - 153.

67 Fotografien von Zusammenstößen mit der Polizei sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder neu veröffentlicht worden. Anschaulich zum Beispiel: Linsmayer, Ludwig (Hrsg.), Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2006, S. 204 und S. 205. Darüber hinaus finden sich in dem Band viele weitere beeindruckende Foto-Dokumente. Außerdem die Foto-Strecke: „Bilder der Gewalt“ in Ames; Linsmayer, JA und NEIN, S. 146 - 149.

war, mit noch größerer Härte zurückzuschlagen. Ungezählt sind die rhetorischen Entgleisungen, Drohungen, Einschüchterungen, die schrillen Exzesse eines Heinrich Schneiders⁶⁸, Hubert Ney, Erwin Albrecht⁶⁹, Kurt Conrad⁷⁰ und all der anderen unter den deutschen Fahnen versammelten, oft genug enthemmten kleinen Lautsprecher. Dort, wo die Polizei nicht einschreitet, eventuell selber mitsingt oder -summt, erschallen die alten deutschen Lieder; mag „Deutschland, Deutschland über alles“ gerade noch angehen, so muß das Absingen des Horst-Wessel-Liedes, der SA-Hymne „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen“ als gezielte Provokation verstanden werden und auch als Demonstration der neuen alten Stärke.⁷¹ Über derlei Maßlosigkeiten und Überschreitungen rümpfen Zeitungsleser in Paris die Nase, manch anderer Zeitgenosse zeigt sich entsetzt, in der Bonner SPD-Baracke fühlt man sich abgestoßen, zumal Mahnungen und Warnungen an die Saar-Genossen keinerlei mäßigende Wirkung zeigen.⁷² Zu sehr erinnert die „Deutsche Wiedergeburt“ an die alten Appelle und Machenschaften. Obwohl mittels Zeitungsartikeln, Polizei- und Spitzel-Berichten die allerorten an der Saar in Erscheinung tretenden extrem nationalen Rüpeleien sehr dicht als Quelle überliefert sind, hat sich noch kein Historiker, keine Politologin ans Werk gemacht, die so erhaltenen Aussagen ideologiekritisch zu analysieren.⁷³

Im Handumdrehen geht es nicht mehr um das Statut und die Annahme oder Ablehnung der europäischen Lösung, statt dessen lautet die plumpe, platte, polemische Parole: „Der Dicke muß weg!“ Nein oder Ja zu sagen zum Europäischen Statut, hängt davon ab, wie stark die Überzeugung ist, mit der vagen Aussicht auf irgendeine Europäisierung, von der niemand wissen kann, was das sein wird, eine gesicherte, aussichtsreiche, vielleicht aufstiegsorientierte Zukunft zu erreichen. Wer im Kalten Krieg auf Nummer sicher gehen, wer eine politisch belastbare Alternative haben will, kann mit dem Statut nichts anfangen.

68 Später, Das Wort des Führers, S. 95 - 103.

69 An den in Vergessenheit geratenen Skandal erinnert: Später, Erich, Mord nach Paragraphen. Die NS-Vergangenheit des CDU-Politikers Dr. Erwin Albrecht, in: saarbrücker hefte, Nr. 91, Frühjahr 2004, Saarbrücken 2004, S. 13 - 18.

70 Über die wenig ruhmreiche Rolle Conrads und anderer prodeutscher Sozialdemokraten als Agitatoren im Abstimmungskampf: Busemann, Eigener Weg, S. 112 ff.

71 Ausführlicher zum Kontext: Busemann, Eigener Weg, S. 112

72 Hierzu: Busemann, Eigener Weg, S. 113, Zeitzeugen-Aussage Susanne Miller am 18.12.1999 in Bonn.

73 Im LASB NL Hector dürften einige tausend Blätter allein hierzu erhalten sein.

Den Dicken loszuwerden, bedeutet nicht automatisch, auf irgendeinen Weg in die Bundesrepublik zu gelangen, eine „Kleine Wiedervereinigung“ steht nicht zur Wahl. Und eine Wahlkampagne zu führen auf der Grundlage einer ausschließlich negativen Kern-Aussage, wirkt zunächst einmal destruktiv. Inwieweit den prodeutschen Propagandisten oder den in ihren Sog geratenen Anhängern diese Perspektive bewußt ist, kann heute mit Sicherheit nicht mehr festgestellt werden. Zuerst strebt man die Abwahl des alten Regimes an, um dieses durch einen Heimatbund zu ersetzen, was jedoch in der Kampagne nicht als vorrangiges Ziel angegeben wird. Die neue Regierung in Saarbrücken soll dann, dafür gibt es keine konkreten Pläne, mit Paris und Bonn einen wie auch immer gearteten Übergang aushandeln.⁷⁴ Welche Risiken damit einhergehen, offenbart sich schon ab 1956, als sich herausstellt, daß die Heimatbund-Regierung im Prinzip zu einem gemeinsamen Regierungshandeln nur auf der Grundlage eines dürftigen Minimal-Konsenses in der Lage ist. Während der Verhandlungen erscheinen die saarländischen Teilnehmer, so weit sie zugelassen werden, als unzureichend informiert und überfordert.⁷⁵ Es ist ja kein Zufall, daß die lautesten Trommler der deutschen Sache, Heini Schneider⁷⁶ und Hubert Ney, sich schnell ins politische Abseits manövrieren und Kurt Conrad, gegen seinen Willen zur Opposition verurteilt, ab 1960 eine eher langweilige und blasse Figur abgibt.⁷⁷

Polemikern drängt sich die Frage nahezu auf, wie solch traurigen bis dubiosen Gestalten ein solch großer politischer Erfolg wie der vom 23.10.1955 gelingen kann. Ausgehend von dem, was bis hierhin über Politische Kultur seit dem Kaiserreich gestreift wurde, drängen sich, ungeachtet des wortreich an dieser Stelle beklagten Fehlens brauchbarer wissenschaftlicher Aufarbeitungen, schon bei oberflächlicher Betrachtung etliche Hinweise auf. Das fängt ganz simpel an mit dem Begriff „Heimatbund“ und seiner sicherlich gewollten Ähnlichkeit zur von der NSDAP in der Hauptsache getragenen „Deutschen Front“ als Mobilisierung der Volksgemeinschaft. Das erwähnte fanatische, bis zum Äußersten aufgeheizte nationalistische Trommelfeuer geht in der Rigorosität seines Entweder - Oder in Richtung des vorherigen Freund-Feind-Denkens; dazu gehört übrigens auch die vorübergehend verbreitete Verketzerung alles Französischen.

74 Hahn, Marcus, Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956 - 1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise, Saarbrücken 2003, S. 31 - 39.

75 So zum Beispiel Hubert Ney in einer vom Rundfunk ausgestrahlten Rede: Hahn, Strukturwandel, S. 55.

76 Hahn, Strukturwandel, S. 122 - 131.

77 Über Conrads taktische Begabung bei mangelnden Führungsqualitäten: Busemann, Eigener Weg, S. 129.

Ein politikwissenschaftlicher Versuch, der Heimatfront kategorisierend beizukommen, dürfte mit Sicherheit ohne Umwege zum Fundamentalismus führen als Politisierung des kulturellen Unterschiedes in verfeindender Absicht und zur Verunmöglichung jedweder friedlichen Verständigung.⁷⁸ Gewiß unterscheiden sich die verschiedenen Ansätze⁷⁹ der gegenwärtigen Fundamentalismus-Forschung in den Einzelheiten bisweilen sehr, aber alle bezeichnen fundamentalistische Bewegungen als antimodern, radikal, intolerant, antipluralistisch. Hinzuzufügen wären aggressive Selbstbehauptung, generalisierte Feindseligkeit und rechthaberische Selbstidealisation. Das sind mit anderen Worten die eben erst angerissenen Strukturmerkmale der autoritären Persönlichkeit nach Adorno und anderen. Diese Aussage trifft cum grano salis zu auf den Heimatbund, die Deutsche Front und ihre ideologischen Vorreiter im Kaiserreich.

Gerade weil der Fundamentalismus-Begriff in den letzten Jahren umgangssprachlich ziemlich heruntergekommen ist zur Kennzeichnung, auch Diffamierung extremer religiöser Bewegungen vorwiegend nicht-christlicher Provenienz, muß seine Übertragung zur Klassifizierung des Heimatbundes und ihrer Vorläufer besonders behutsam vorgenommen werden. Insbesondere die naheliegende Überlegung, das Gedankengut und Agitationsformen des Heimatbundes als säkularisierte Religion zu erfassen, kann schnell denuntiatorischen Charakter annehmen.

Für den Fall, Fundamentalismus wäre tragfähig für die Entwicklungen an der Saar nach 1945, müßte den Anhängern des Heimatbundes eine doppelte Unterlassung bescheinigt werden.

1. Daß sie nach dem Krieg jede ernsthafte, selbstkritische Art von Aufarbeitung der Geschichte, ihrer eigenen Verantwortung und Verstrickung in die unseligen Ereignisse vermieden haben, auf daß sie zur „Unbewältigten Vergangenheit“ wurde.
2. Beruhend auf 1., daß sie den Umschlag der berechtigten prodeutschen Opposition in eine fundamentalistische Bewegung nicht nur nicht verhindern, sondern zulassen und oft genug begeistert mittragen.

Zum Abschluß der bis zur Schmerzgrenze verkürzten Ausführungen soll wie angekündigt auf verschiedene wichtige Forschungsdefizite aufmerksam gemacht werden, deren Abarbeitung erst die dringend notwendigen Voraussetzungen schafft für die Erforschung der Politischen Kultur an der Saar zwischen 1870 und 1970.

78 Aus der inzwischen schier unübersichtlichen Literatur zum Beispiel: Meyer, Thomas, Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. 2. Aufl., Berlin 1998

79 Siehe z.B. die bei Meyer, Identitäts-Wahn, S. 105 - 109, angedeuteten Theorien.

Wie überall in der historischen Forschung muß auch hier der Quellen-Vorbehalt angebracht werden: Wenn keine Quellen aufzufinden sind, können Forschungslücken nicht gefüllt werden.⁸⁰

1. In den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts blüht in der deutschen Forschungslandschaft eine verhältnismäßig großzügig ausgestattete, in mehrfacher Hinsicht ertragreiche Bürgertumsforschung.⁸¹ Zur Geschichte des deutschen Bürgertums im „langen 19. Jahrhundert“, also bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, seltener bis 1945, brachten mehrere Recherche-Kampagnen und Theorie-Diskussionen eine Unmenge von Forschungsarbeiten hervor, aber kaum welche zur Geschichte des Bürgertums an der Saar. Eine erschöpfende, umfassende Darstellung auf der Ebene der Landesgeschichte bleibt weiterhin ein Desiderat der Forschung.
2. Besonders schmerzhaft vermißt wird, nicht nur für die hier thematisierten Erkenntnisziele, eine seriöse Historiographie zur Entwicklung des politischen Katholizismus an der Saar seit der Reichsgründung.⁸² So weit ersichtlich, dürfte eine Geschichte der regionalen Zentrumspartei möglich sein, denn an Quellen mangelt es wohl kaum; da ist mehr vorhanden als die Parteipresse- und allein deren Auswertung dürfte schon sehr aufschlußreich sein.
3. Wünschenswert wäre eine politische und Sozial-Geschichte des Vereinswesens an der Saar, Gesangs-, Sport-⁸³, Theater- und all die anderen Vereine, und hier ausdrücklich die Vereine des entschieden konservativen Spektrums:

80 Gegebenenfalls muß dann nach einer Ersatzüberlieferung gesucht werden.

81 Einer von mehreren Überblicks-Texten: Mergel, Thomas, Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 41, 2001, S. 515 - 538.

82 Hinter dem vielversprechenden Titel: Bauer, Gerhard, Vom Zentrum zur CDU. Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, Saarbrücken 1981, verbirgt sich eine erste kurze Aufarbeitung der Entwicklung der christlichen Parteien im Saarland von 1945 bis 1980. Die historischen Voraussetzungen vom Kulturkampf bis zur vom Autor so bezeichneten Machtergreifung werden gestreift auf Seite 19 - 30. Einen kurzen Überblick zu Literatur und Quellenlage gibt: Hüser, Judith, Quo vadis, Saarland. Die Haltung der Kirchen zum Sonderweg der Saar, in: Linsmayer, Ludwig, Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2006, S. 252 - 269, Anmerkungen: S. 410 - 412. Als erster Überblick zur Zentrumsgeschichte an der Saar nach 1918 brauchbar wegen der umfangreichen Anmerkungen, z.B. S. 23 - 28, und des Quellenanhangs, 149 Seiten: Gestier, Markus, Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955, St. Ingbert 1991.

83 Eine sehr unkonventionelle Idee bringt Schlundt, Rainer, „Man muß auch mal loslassen können“. Vom Hammerwerfen in der Pfalz, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 112, Speyer 2014, S. 401 - 417, hier: S. 404 - 408, der vorschlägt, die Ikonographie von Leichtathletik-Urkunden im Laufe des 20. Jahrhunderts zu vergleichen.

Krieger-Vereine, Flotten-Verein, Alldeutscher Verband, Kyffhäuser-Bund. Diese Geschichte sollte sich vorzugsweise konzentrieren auf eine ideologiekritische Inhaltsanalyse der Vereinstätigkeiten und -verlautbarungen, des offenen oder verdeckten politischen Gehalts der nur dem Anschein nach unpolitischen Geselligkeiten. Relativ viel Aufwand dürfte die Untersuchung des breiteren kulturellen Umfeldes der bürgerlichen Gruppen erfordern. Gemeint ist die historische Entwicklung der saarländischen Theaterlandschaften, der Leihbibliotheken oder des Buchhandels, um beispielsweise etwas zu erfahren über bürgerliches Leseverhalten außerhalb der täglichen Zeitungslektüre.

4. Zum bürgerlichen Antifeminismus an der Saar, gleichviel welcher Teilpoche, liegen bislang keine Ergebnisse vor. In diesem Forschungsfeld können erkleckliche Erkenntnisgewinne zusammengetragen werden, so weit ForscherInnen bereit sind, die sehr breit verstreute Quellenlage, eine geschlossene Überlieferung wird es kaum geben, in mühsamer Kleinarbeit zu erschliessen. So zum Beispiel die Frauen-Seiten und die Unterhaltungsteile in allen lokalen Tageszeitungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Auf ihre Weise besonders erbaulich dürften die frommen Episteln aus katholischen Federn anlässlich der Marien-Verehrung zu lesen sein. Das waren sie wenigstens noch in den 1960er und 1970er Jahren.

Das sind nur einige wenige Aspekte zur Vorbereitung der Politischen Kulturforschung an der Saar im Sinne einer Jahrhundertstudie 1870 bis 1970, noch weit mehr wird möglich sein. Eine letzte Frage dient nicht der Fundierung, vielmehr erschließt sie sich aus einer bereits fortgeschrittenen Forschungslage: Wann endet die geistige Vorherrschaft der konservativ-autoritären Politischen Kultur im Saarland - und vor allem: Warum? In den Feuilletons vornehmlich der überregionalen Tages- und Wochenzeitungen wird als Zeitraum pauschalisierend die Wiederaufbau-Phase von 1945 bis 1968 genannt. In der Soziologie redete man eine Zeitlang dieserhalb über die Verbürgerlichung ehemals proletarischer Schichten, über den Wertewandel und über die Amerikanisierung⁸⁴, auch über den fundamentalen Wandel der Medienlandschaft⁸⁵ seit dem flächendeckenden Einzug des Fernsehers in den deutschen Haushalten. Da ließen sich sicherlich noch ganz andere Ursachen aufzählen.

84 Zum Amerika-Leitbild der SPD Saar: Busemann, Eigener Weg, S. 212 - 233. Außerdem: Ders., Il était une fois dans l'ouest. Die USA als Modernisierungsleitbild der SPD Saar um 1960, in: Kremp, Werner; Schneider, Michael, Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA, Trier 2013, S. 167 - 182.

85 Sehr umfangreich, auf 1530 Seiten, kennzeichnet Zimmermann, Clemens; Hudemann, Rainer; Kuderna, Michael (Hrsg.), Medienlandschaft Saar von 1945 bis in die Gegenwart, 3 Bände, München 2010, die Monopolstellung von Saarbrücker Zeitung und Saarländischem Rundfunk seit den 1970er Jahren. Viel zu kurz kommt hingegen die vergleichsweise üppige Zeitungslandschaft in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Krieg. Merl, Andreas, Tagespresse im Saargebiet 1918 - 1945, ebd., Bd. 1, S. 37 - 59 erläutert knapp die Vorgeschichte. Auf die Darstellung der Medienlandschaft im Kaiserreich verzichtet das Werk.

Ausblick

Auf jeden Fall durchleben F.J. Röder und all die anderen Angehörigen seiner politischen Generation der „Sieger von 1955“ einen hoch komplexen, zeitlich langwährenden „Wandlungs-, Transformations-, Konversions-, Anpassungs- aber in vielen Fällen auch Lernprozess“⁸⁶, in dessen Fortgang sich Elemente der alten autoritären Politischen Kultur verflüchtigen, ihre Wertigkeiten verlieren, sich als überkommen erweisen usw. usf. Für die meisten Wortführer des prodeutschen „Heimatbundes“ von 1955 dürften diese Veränderungen mit mehr oder weniger heftigen Irritationen und Brüchen verbunden sein, immerhin haben sie – meist als junge Erwachsene – den Triumph der alten Werte 1935 noch bewußt erlebt. Schließlich scheitern beide Versuche der fundamentalistischen „konservativen Revolution“ 1935 und 195: Der eine in den monströsen Katastrophen von Holocaust und „totalem Krieg“; der andere in der inneren Leere der wirtschaftswunderlichen Übersättigung einer angeblich „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, dem als Wettkampf der Systeme ausgetragenen Kalten Krieg der Ost-West-Konfrontation – und dem anfangs von konservativen Kreisen fälschlich so genannten „Wertezwischenfall“, dem neuerlichen Untergang des Abendlandes.

Wie dem auch sei, es hat sich ganz ohne Zweifel in den letzten Jahrzehnten eine zeitgemäßere, tolerantere, pluralistische Politische Kultur in Deutschland etabliert – und dennoch werden wir auch heute noch immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob die alte tatsächlich obsolet ist, ob wir nicht mit Spätschäden, gar einer Renaissance konfrontiert sind.

86 Diese Auflistung findet sich in Kartmann, Hessische Landtagsabgeordnete, S. 119.

Die große und die kleine (Wieder-)vereinigung

I

Es waren die Historiker, die den Begriff „kleine Wiedervereinigung“ für die „Rückgliederung“ – so die offizielle Bezeichnung – des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland prägten.¹ Einer der einflussreichsten unter ihnen war der als Chronist der Ära Adenauer bekannt gewordene Kölner Historiker Hans-Peter Schwarz. Als er im Jahre 1981 bezogen auf das Saarland von der „Wiedervereinigung im kleinen“² sprach, war an die „große“ noch nicht zu denken. Ungeachtet dessen galt der Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik für mehr als drei Jahrzehnte „weithin als Modell für das Procedere der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“, wie es der Historiker Rudolf Morsey in seiner Geschichte der Bundesrepublik formulierte.³

Im Jahre 1990 waren die westdeutschen Politiker zweifellos über das Beispiel Saarland informiert, die ostdeutschen, soweit sie die Vereinigung beider deutscher Staaten anstrebten, holten diesbezüglich rasch nach. Zeichen dessen war, das der durch die Wahlen vom 18. März 1990 ins Amt gekommene Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, in seiner Regierungserklärung vom 19. April 1990 auf die Vereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik Bezug nahm. Er erklärte: „Bei der Übernahme des Wirtschafts- und Sozialrechtssystems der Bundesrepublik ist darauf zu achten, dass in Übergangszeiten die notwendigen Sonderregelungen getroffen werden. ... „Wir denken hierbei an das Saarland Modell“.⁴ Offensichtlich war de Maizière angetan von der zweieinhalb jährigen

-
- 1 Dabei handelte es sich um die Herstellung eines engen Zusammenhangs im Nachhinein. Den Saarländern ging es bei der Abstimmung am 23. Oktober 1955 nicht darum, ein positives Exempel für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands zu statuieren. Zu entscheiden hatten sie sich für oder gegen die Annahme des Saarstatuts, einen „Plan zur Europäisierung der Saar“. Den deutschnationalen Gegnern des Statuts gelang es in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ginge es am 23. Oktober nicht um die Frage des Statuts, sondern um eine Abstimmung für oder gegen Deutschland.
 - 2 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1982, S. 282.
 - 3 Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1990, S. 41.
 - 4 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in: Neues Deutschland, 2.4.1990, S. 20.

„Schonfrist“ für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung des Saarlandes nach der Anfang 1957 vollzogenen politischen Integration. De Maiziére dürfte auch zur Kenntnis genommen haben, dass der Saarländische Landtag sich im Januar 1956 in einer Grundsatzerklärung für eine „stufenweise Eingliederung der saarländischen Wirtschaft in die Wirtschaft der Bundesrepublik“ ausgesprochen hatte.⁵ Eine ähnliche Entscheidung des Parlaments der DDR, der Volkskammer, schien ihm wünschenswert.

Doch das *Procedere* des Vereinigungsprozesses wurde seit Anfang Februar 1990, als Kanzler Helmut Kohl per Kabinettsentscheid die rasche Wiedervereinigung mit Währungsunion und Wirtschaftsreform beschlossen hatte, nicht mehr anteilig in Ost-Berlin und Bonn, sondern nur noch in Bonn entschieden.

II

Nahm neben der ostdeutschen auch die Bundesregierung Bezug auf das Saarland-Modell? Wenn ja, auf welche Erfahrungen aus der zweiten Hälfte der 50er Jahre gedachte sie sich zu stützen?

Aus einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Inneren vom 27. Februar 1990 geht hervor, dass die Bundesregierung gedachte, sich hinsichtlich des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik an das im Falle des Saarlandes bereits erprobte Modell der Eingliederung nach Artikel 23 (und nicht an Artikel 146) des Grundgesetzes zu halten.⁶ Am 20. März bezeichnete der Chef des Bundeskanzleramtes und die rechte Hand Kohls in Fragen der „Wiedervereinigung“ Rudolf Seiters gegenüber den Botschaftern der drei Westmächte die „Eingliederung des Saarlandes“ als „historisches Beispiel“.⁷ Eine Aufzeichnung der Arbeitsgruppe Kabinettsausschuss Deutsche Einheit von Mitte Juni 1990 für Bundesinnenminister Schäuble, der für die Bundesrepublik die Vereinigungsverhandlungen führte, handelte vom *Procedere* der Eingliederung der ostdeutschen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag, wenn die Einheit gesetzlich vollzogen ist. In diesem Zusammenhang war explizit davon die Rede sich dabei auf das „Modell Beitritt Saarland“ stützen zu wollen.⁸

5 Zitiert aus der Grundsatzerklärung des Saarländischen Landtags, 31.1.1956. Archiv der Christlich-Demokratischen Politik, Sankt Augustin (im Folgenden ACDP), III-011-152/2, unpag.

6 Aufzeichnung des Bundesministeriums des Innern, 27. 2. 1990, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann (im Folgenden: Deutsche Einheit), München 1998, S. 882.

7 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 20. 3. 1990, in: Deutsche Einheit, S. 965.

8 Hanns Jürgen Küsters, Entscheidung für die Deutsche Einheit, in: Deutsche Einheit, S. 214.

Die genannten Beispiele der Berufung auf das „Modell Saarland“ beziehen sich auf das juristische und politische Procedere. Dabei handelt es sich nicht um eine willkürliche Auswahl. Anders als sich das der DDR-Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vorgestellt hatte, spielten Erfahrungen des Saarlandes beim Anschluss an die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet im von der Bundesregierung dominierten Vereinigungsprozess keine Rolle.

Bezüglich dieser Seiten des Vereinigungsprozesses Fragen in Bonn aufzuwerfen bzw. auf die Berücksichtigung von Erkenntnissen aus dem Prozess der Eingliederung des Saarlandes zu drängen, blieb in der Bundesrepublik der Opposition überlassen. Ich beschränke mich im folgenden auf deren stärkste politische Kraft, die SPD.

Drei Tage nach den Wahlen in der DDR am 18.3.1990, die eine Mehrheit für Kanzler Kohls Pläne einer raschen Vereinigung signalisierten – die CDU war mit 41 % die mit Abstand stärkste Kraft in der DDR geworden – erklärte Oskar Lafontaine, damals stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident des Saarlandes, im Landtag in Saarbrücken: Er halte es für „völlig verantwortungslos“ die Wirtschaft der DDR ohne ein soziales Sicherungssystem in die Marktwirtschaft zu überführen. Es war nicht das erste Mal, dass Lafontaine wie auch andere führende SPD-Politiker gegenüber der Bundesregierung deren Neigung, manche Erfahrungen des Anschlusses des Saarlandes an die Bundesrepublik zu negieren, gerügt hatten. Die Argumente der Opposition waren auch im Ausland zur Kenntnis genommen worden. Bereits am 24. Februar 1990 hatte sich der US-amerikanische Präsident George Bush anlässlich eines Treffens mit Helmut Kohl in Camp David bei Washington laut Protokoll für die Haltung der Bonner Opposition „insbesondere (die) Kritik von Vogel und Lafontaine an der Wiedervereinigungspolitik und der Behandlung der DDR“ interessiert.⁹

Die Kritik der SPD-Politiker betraf vor allem das Fehlen von Übergangsregelungen im Falle des Anschlusses der DDR an die BRD. Die Forderungen der bundesdeutschen Opposition waren auch dem britischen Außenminister Sir Douglas Hurd zu Ohren gekommen. Ihm gegenüber verteidigte sich Kanzler Kohl bei einem Gespräch anlässlich eines Besuchs von Hurd in Bonn: „Natürlich müsse man Übergangsregelungen ins Auge fassen. Diese würden sowohl die vorübergehende Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR betreffen als auch eine vorübergehende Regelung, die die Anwesenheit der Bundeswehr auf dem Territorium der DDR ausschließe“.¹⁰

9 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Camp David, 24.2.1990, in: Deutsche Einheit, S. 872.

10 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Hurd. Bonn, 12.3.1990, Deutsche Einheit, S. 933.

Übergangsregelungen auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet waren von Kanzler Kohl offenbar überhaupt nicht ins Auge gefasst worden.

Bush und Hurd waren in der Frage der Übergangsregelungen insofern besonders sensibilisiert, als die sowjetische Seite aus ihrer Ablehnung der raschen Vereinigung und ihren Sympathien für die Forderungen bundesdeutscher Oppositionspolitiker kein Hehl machte. Während eines Gesprächs, das Horst Teltschik, im Bundeskanzleramt Kohls wichtigster Mann für dessen Vereinigungspolitik, soweit sie die Außenbeziehungen betraf, führte, fragte Nikolaj Portugalow, einer von Gorbatschows Beratern für internationale Beziehungen Teltschik unmittelbar „was die Bundesregierung von der Strategie Lafontaines gegenüber der DDR“ hielte? Und er bekannte: „Dieses Konzept der SPD komme der Sowjetunion in stärkerem Maße entgegen als das der Bundesregierung“.¹¹

Kanzler Kohl geriet also hinsichtlich der Bedenken gegenüber bestimmten Seiten seiner Wiedervereinigungspolitik, die von der Opposition, aber auch den alliierten Siegermächten geäußert wurden, die weiterhin noch Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland besaßen, in eine gewisse Bedrängnis, blieb aber generell bei seiner ursprünglich eingenommenen Haltung. Außerhalb des militärischen und juristischen Bereichs wurden Übergangsregelungen von Seiten der Bundesregierung weiterhin nicht diskutiert. Die diesbezüglichen Einwürfe der SPD-Opposition blieben als Resultat der Ignoranz der Bundesregierung wirkungslos.

Die Auseinandersetzungen zwischen Regierungsparteien und Opposition in der Bundesrepublik bezüglich der Frage, wie die deutsche Einheit unter Berücksichtigung der konkreten Situation in Ostdeutschland am besten zu vollziehen sei, wurde z. T. heftig geführt. Arbeitsminister Blüm ließ sich z. B. unmittelbar vor den Wahlen in der DDR zu der Äußerung hinreißen: „Wenn die Saarländer 1957 so behandelt worden wären wie Lafontaine jetzt die DDR-Bürger behandelt, wäre das Saarland heute noch nicht Mitglied der Bundesrepublik“.¹²

Am Rande der offiziellen Wiedervereinigungspolitik Bonn versuchten dennoch einige Publizisten, Politiker und Wissenschaftler die „Wiedervereinigung im kleinen“ als Vorbild oder doch wenigstens als Erfahrungsschatz ins Gespräch zu bringen. Der Publizist Robert Leicht tat das in einem immerhin eine ganze Seite umfassenden Artikel „Königsweg zur Einheit“ in der „Zeit“ Anfang März 1990. In seinem Beitrag, der den Untertitel „Das Saarland als Beispiel: Wie ein abgestufter Beitritt zur Bundesrepublik gelang“ trug, trat der Autor für eine etappenweise Zusammenführung beider deutscher Staaten ein.

11 Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik mit dem Berater der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KPdSU, Portugalow. Bonn, 28. 3.1990, in : Deutsche Einheit, S. 981.

12 Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende 2, Berlin 1995, S. 172.

Als Leicht seine Gedanken aufschrieb, schien die Möglichkeit, Saar-Erfahrungen in das politische Einigungsmanagement einzubringen, noch gegeben zu sein.¹³

Wie zu erwarten, wurde man im Frühjahr 1990 auch an der Saar der Parallelen der eigenen mit der (bevorstehenden) Wiedervereinigung der Ostdeutschen mit der Bundesrepublik bewusst. Der saarländische Historiker Armin Heinen veröffentlichte in der Saarbrücker Zeitung Ende März 1990 einen Beitrag mit dem Titel „Ein saarländischer Blick in die deutsche Zukunft“.¹⁴

III

Hatten diese Publizisten, hatte die SPD-geführte Opposition recht mit ihren offensichtlich auf Erfahrungen der Rückgliederung der Saar zurückgehenden Gegenvorschlägen zum 1990 angelaufenen deutschen Vereinigungsprozess? Man kann diese Frage auch anders formulieren: Wie wäre die „große“ Wiedervereinigung von statten gegangen, wenn man, wie es die Opposition immer wieder annahmte, die Erfahrungen mit der „kleinen Wiedervereinigung“ komplex, d. h. auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet berücksichtigt hätte?

Die Frage so zu stellen, heißt, sich der Methode der kontrafaktischen Geschichtsschreibung (*contrafactual history*) zu bedienen – einer unter Historikern keineswegs unumstrittenen Methode. Deshalb seien zunächst einige Bemerkungen gestattet hinsichtlich der Seriosität der Anwendung der vornehmlich von US-amerikanischen Historikern entwickelten Forschungsmethode, die inzwischen aber auch prominente Anhänger wie Alexander Demandt unter den Historikern der Bundesrepublik gefunden hat. Letzterer hat Voraussetzungen für eine seriöse kontrafaktische Geschichtsschreibung benannt.¹⁵ Eine dieser Bedingungen lautet, dass die Berufung auf realgeschichtliche Analogien möglich ist.¹⁶ Die Verwendung dieses Kriteriums bietet sich nun im Falle der weiteren Analyse der deutschen Vereinigung von 1990 an, wird die „große Wiedervereinigung“ doch vielfach als Parallelfall zur „kleinen“ gesehen. Es ist der Frage nachzugehen, ob das tatsächlich so war oder ob es sich bei der engen Verknüpfung der kleinen mit der großen Wiedervereinigung um ein Konstrukt der Historiker bzw. Politiker handelt?

13 Robert Leicht, Königsweg zur Einheit. Das Saarland als Beispiel: Wie ein abgestufter Beitritt zur Bundesrepublik gelang, in: *Die Zeit* Nr. 10, 2.3.1990, S. 7.

14 Armin Heinen, Ein saarländischer Blick zurück in die deutsche Zukunft, in: *Saarbrücker Zeitung*, 31.3./1.4.1990.

15 Alexander Demandt, *Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?* Göttingen 2011, S. 63-64

16 Jörg Roesler, *Was wäre geschehen, wenn ... Nachdenken über Alternativen zum Verlauf der DDR-Geschichte*, Berlin 2013, S. 14-16.

Als erstes ist in diesem Zusammenhang die Frage der nach den Gemeinsamkeiten beider Beitrittsgebiete in der Ausgangssituation zu beantworten. Den Ereignissen, die letztlich zum Anschluss des Saarlandes und der DDR an die Bundesrepublik führten, ging eine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik ihrer jeweiligen Regierungen voraus, vor allem begründet durch ein Zurückbleiben ihres Lebensstandards gegenüber dem rasch steigenden in der BRD. Im Saarland wurde die Differenz in der Versorgung der Bevölkerung erst gegen Mitte der 50er Jahre ein immer mehr diskutiertes Thema, in der DDR bereits ein Jahrzehnt vor dem Anschluss.

Die Manifestationen der Bevölkerung gegen die herrschenden nunmehr als „separatistisch“ eingestuften Regime waren in beiden Fällen so eindrucksvoll, dass die bisherigen Partei- und Staatsführer – Johannes Hoffmann im Oktober 1955 und Erich Honecker in der DDR im Oktober 1989 – zum Rücktritt gezwungen wurden. Sie machten Übergangsregierungen Platz, die bis zu den ersten freien Wahlen amtierten, die im Saarland im Dezember 1955 und in der DDR im März 1990 stattfanden. In diesen Wahlen stritten Parteien nach Zuschnitt und Programm der bundesrepublikanischen Schwesterorganisationen (CDU, FDP, SPD) gegen die frühere Staatspartei (im Saarland die CVP, in der DDR die aus der SED hervorgegangene PDS). Mit deutlicher Mehrheit Sieger wurden jeweils die aus Bonn unterstützten¹⁷ Wahlkoalitionen, die für eine baldige Wiedervereinigung eintraten – im Saarland der aus CDU, DPS/FDP und SPD bestehende „Deutsche Heimatbund“, in der DDR die aus christdemokratischen und liberalen Parteien gebildete „Allianz für Deutschland“.

Die jeweiligen ausländischen „Schutzmächte“ der abgetrennten Gebiete (Frankreich bzw. die Sowjetunion) sahen sich angesichts der breiten Zustimmung der Bevölkerung für einen Anschluss an die Bundesrepublik veranlasst, ihre Ansprüche auf das jeweilige Beitrittsgebiet gegen gewisse finanzielle bzw. wirtschaftliche Gegenleistungen aufzugeben.¹⁸ Nach monatelangen Verhandlungen wurde am 27. Oktober 1956 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik der Luxemburger Saarvertrag beschlossen, der die politische Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik ab Januar 1957 und den wirtschaftlichen An-

17 Im Falle der DDR erfolgte diese Unterstützung materiell und personell ganz offen. Mit Rücksicht auf Frankreich und der offiziell ablehnenden Haltung Adenauers gegenüber einer „deutschen Saarlösung“, blieben dessen beträchtlichen Zahlungen an die radikalste Anschlusspartei, die DPS, geheim. Franz- Josef Strauß, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 272

18 Im Falle des Saarlandes war das wichtigste Kompensationsobjekt die Kanalisierung der Mosel, die der lothringischen Schwerindustrie die bundesdeutschen Absatzmärkte öffnete. (Helmut Kistler, *Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945-1983*, Bonn 1985, S. 199). Im Falle der DDR war das wichtigste Kompensationsobjekt ein Milliarden-Kredit der Bundesregierung für die Sowjetunion. (Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, Bonn 2010, S. 250-252).

schluss der Region bis spätestens Dezember 1959 vorsah. (Tatsächlich erfolgte er Anfang Juli 1959).¹⁹ Der die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik ermöglichende „Zwei plus Vier“-Vertrag kam im September 1990 zustande, nachdem bereits im Juni 1990 die „Schutzmacht“ der DDR, die Sowjetunion, auf jegliche Einmischung in das Procedere der Wiedervereinigung verzichtet hatte.²⁰

Viele Ähnlichkeiten gab es auch bei der – ich will es einmal so bezeichnen – „Anschlussbereitschaft“ der Mehrheit der Bevölkerung, die die politische Situation sowohl 1955 im Saarland als auch 1990 in der DDR prägte. Diese manifestierte sich im Saarland bei der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 in der Ablehnung des „Europäischen Statuts“ für das Saarland und damit für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik und 1990 in der DDR in einer Stimmabgabe für diejenigen Parteien, die eine rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik befürworteten. In beiden Fällen war im Abstimmungs- bzw. Wahlkampf eine rationale Diskussion um zukünftige politische und ökonomische Strukturen kaum mehr möglich, wurde die Wiedervereinigung schließlich zum alleinigen Gegenstand der Abstimmungen. Die Wahlbeteiligung war in beiden Fällen hoch, lag über 90 %, das Abstimmungs- bzw. Wahlergebnis fiel eindeutig aus. Zwei Drittel der Wähler stimmten im Saarland, drei Viertel von ihnen in der DDR für den Anschluss an die Bundesrepublik.²¹ Tatsächlich ergaben sich die eine Vereinigung mit der Bundesrepublik befürwortenden Stimmen wohl vor allem als Resultat materieller Erwägungen. In beiden Fälle wollte die Bevölkerung auf den bundesdeutschen Wirtschaftswunderzug aufspringen, ihm nicht länger hinter herlaufen müssen. Die für den Anschluss agierenden Politiker hatten – besonders ausgeprägt im Falle der DDR – auch offen mit diesem Argument geworben, als die „Allianz für Deutschland“ verkündete, dass im Falle ihrer Wahl „Startbedingungen geschaffen würden, die eine rasche Verbesserung des Lebensstandards der DDR ermöglichen“.²²

Ähnlichkeiten zwischen der Ausgangssituation des Saarlandes 1955 und der DDR 1990 auf dem Weg zum Beitritt gab es auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das mag nur auf den ersten Blick verwundern, handelte es sich doch bei der DDR um den Übergang von einer Planwirtschaft sowjetischer Prägung

19 Das Saarland - ein langer Weg nach Europa, in: Landtag des Saarlandes. 11. Wahlperiode, Saarbrücken 1995, S. 35f.

20 Vgl. Volker Gransow/ Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 194-197, 224-228.

21 Lieselotte Kugler, Saarländer, Deutsche und Franzosen, oder: Politische Geschichtsdarstellung als Identifikationsmuster in einer Grenzregion, in: Rainer Hudemann/Burkhard Jellonek/Bernd Rauls (Hrsg.), Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960, St. Ingbert 1997, S. 121-132, hier S. 125; Bahr/Links, Die deutsche Wiedervereinigung, S. 174.

22 Zeitung zur Wahl. Informationen zur Allianz für Deutschland, März 1990, S. 2.

in eine Marktwirtschaft bundesdeutscher Art, im Falle des Saarlandes „nur“ um den Übergang von einer Marktwirtschaft französischer in eine solche bundesdeutscher Prägung. Eine derartige ordnungspolitische Pauschalisierung führt jedoch zu einer Unterschätzung der notwendigen Veränderungen, die in der Realwirtschaft bei der Einpassung der Ökonomie der „Anschlussgebiete“ in das Wirtschaftsregime des „Anschließers“ notwendig waren.

Diejenigen Politiker, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an der Saar und am Rhein die Verantwortung trugen, verließen sich nicht auf die Weisheiten der Nationalökonomien, für die die Ökonomie des Saarlandes genauso eine marktwirtschaftlich geprägte war wie die der Bundesrepublik. Sie bemerkten die Unterschiede zwischen der saarländisch-französischen und der westdeutschen Wirtschaftsorganisation sehr wohl. „Die saarländische Wirtschaft muss von den zahlreichen Reglementierungen, denen sie jetzt im französischen Wirtschaftsraum unterliegt, befreit und in die Wettbewerbswirtschaft der Bundesrepublik möglichst vollständig eingegliedert werden“, hieß es in einem Memorandum des Bundeswirtschaftsministeriums drei Monate vor dem Tag X.²³ „Vom Übergang einer Wirtschaftsordnung zu einer anderen“ war in Bezugnahme auf die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes auch in einem Papier der Regierung in Saarbrücken die Rede.²⁴ Gegenüber Zweiflern an dieser These war man durchaus bereit, in Details zu gehen. Der Bevölkerung der Saar stehe der „Übergang von einer weichen und instabilen zu einer harten Währung“ (vom Franc zur DM) bevor. Das System der Gewerbezulassung sei durch das Prinzip der Gewerbefreiheit zu ersetzen. An die Stelle des Preisdirigismus nach französischem Recht werde die Preisfreiheit treten.²⁵

Diejenigen Politiker, welche den Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsordnungen betont hatten, fühlten sich im Nachhinein durch den Verlauf der Wirtschaftsintegration des Saarlandes in die Bundesrepublik bestätigt. „Die Anpassung war zweifellos nicht leicht“, hieß es 1962, die Erfahrungen von drei Jahren wirtschaftlicher Einordnung resümierend, „denn das System der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik wich von der stark protektionistisch aufgebauten saarländischen und französischen Wirtschaftsverfassung entschieden ab“.²⁶

23 Vermerk. Betr. Wirtschaftliche Rückgliederung. 13.3.1959, Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden BArchK), B 136, Nr. 935, Bl. 199.

24 Bundesarbeitsministerium antwortet Kritikern, 9.6.1959., BArchK, B 136, Nr. 951, Bl. 262.

25 Vermerk. Betr. Tätigkeitsbericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarlandes, 13.3.1959, BArchK, B 136, Nr. 951, Bl. 342.

26 Informationstagung zum Thema „Die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Saarlandes“, 23.11.1962, BArchK, B 136, Nr. 951, Bl.144.

Viele der hier zitierten Vokabeln zur Charakterisierung des damals durch die Planification charakterisierten im Saarland installierten französischen Wirtschaftssystems zur Zeit der Rückgliederung wie „protektionistisch“, „weiche Währung“, „zahlreiche Reglementierungen“ wurden auch 1990 zur Charakterisierung des bisherigen Wirtschaftssystems in der DDR verwendet. In diesem Sinne wurde die „Entstaatlichung“ der Wirtschaft in beiden Vereinigungsfällen als für die Eingliederung beider Gebiete in die Bundesrepublik notwendig betrachtet. In beiden Fällen handelte es sich, so auch eine zeitnahe Einschätzung von bundesdeutscher Seite, für die Rückgliederung des Saarlandes um den „Übergang von einer Wirtschaftsordnung zur anderen“.²⁷

Eine überraschende Ähnlichkeit der Probleme bei der Eingliederung des Saarlandes 1955 und der DDR 1990 gab es auch auf sozialem Gebiet. Während auf ökonomischen Gebiet das Leistungsniveau der Bundesrepublik eindeutig höher war als das der beiden Anschlussgebiete verhielt es sich im sozialen Bereich umgekehrt. Auf ökonomischen Gebiet ging es für das Saarland bzw. für die DDR darum, zum höheren Niveau der „sozialen Marktwirtschaft“ aufzuschließen. Im Bereich des Sozialen hatten sich die weiter gehenden Sicherungssysteme des Saarlandes bzw. der DDR dem niedrigeren bundesdeutschen Niveau anzupassen.²⁸

IV

Für das Saarland wurden von Seiten der Gewerkschaften besonders der durch die Anschlussverträge drohende Verzicht auf die mit dem Familienlohnsystem zusammenhängenden sozialen Errungenschaften wie die Kaufkraftzulagen, die laufende Zulage und die Familienzulage ebenso wie auch die Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfalle auf Dauer von 6 Monaten und die günstigere Urlaubsregelung beklagt. Die Nachricht, dass die Arbeiter des Saarlandes auf all dies nach der inzwischen auf den Juni 1959 festgelegten wirtschaftlichen Eingliederung zu verzichten hätten habe „helle Empörung in der Arbeiterschaft der Saar ausgelöst“ hieß es in einem Papier der Gewerkschaft der Eisenbahner. Doch die Bundesregierung blieb, ungeachtet der von den Gewerkschaften organisierten Proteste und Streiks gegen die bedingungslose Übernahme des bundesrepublikanischen Sozialrechts, hart. Das soziale Sicherungssystem des Saarlandes hatte sich dem niedrigeren bundesdeutschen Niveau anzupassen.²⁹

27 Das Bundesarbeitsministerium antwortet Kritikern, BAChK, B. 136, Nr. 951, Bl. 262.

28 Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bonn 1990, S. 84-89; Heinen, Ein saarländischer Blick zurück.

29 Heinen, Ein saarländischer Blick zurück.

Das galt ebenso für die DDR 1990. Zwar war es der Regierung de Maiziére gelungen in den Verhandlungen vom April und Mai 1990 den „Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ in einen „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ umzuwandeln. Substantiell änderte das an der totalen Übernahme des bundesdeutschen Sozialrechts nichts, was eindeutige Verschlechterungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und -förderung und der Krankenversicherung für die in der DDR Beschäftigten mit sich brachte.³⁰ Die sozialen Verschlechterungen in der DDR betrafen vor allem Frauen und Familien. Die Frauen verloren u.a. den „Haushaltstag“, einen freien Tag im Monat, sowie die großzügige Arbeitsplatzsicherung nach der Geburt von Kindern.³¹

Zum sozialen Hauptproblem entwickelte sich innerhalb weniger Wochen bzw. Monate nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990 die in der späten DDR unbekannte Arbeitslosigkeit. Gegen die Schließung von einzelnen Betrieben, die Konkurs anmeldeten war der Flächenstreik eine wenig geeignete Waffe. Größere Bedeutung erhielten Protestaktionen der Belegschaften der von der Schließung bedrohten Unternehmen z. B. vor dem Gebäude der mit der Privatisierung betrauten Treuhandzentrale in Berlin, Mahnwachen im Zentrum jener Städte, deren wichtigster Betrieb von der Schließung bedroht war wie im Falle des Bandstahlkombinats von Eisenhüttenstadt, die Sperrung von Fernverkehrsstraßen durch Betriebsbelegschaften wie im Falle der Jenaer Zeisswerke. Den größten Bekanntheitsgrad erreichte der Hungerstreik unter Tage der Bergleute in der Kaligrube des thüringischen Bischofferode 1992.³²

Gab es mehr Gemeinsamkeiten als auf den ersten Blick erkennbar bei der politischen und ökonomischen Ausgangssituation von Saarland und DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik, so gab es auch Gemeinsamkeiten im Anschlussverfahren auf juristischem Gebiet, allerdings auch deutliche Differenzen bei den für die wirtschaftliche Einpassung in die Bundesrepublik gewählten Verfahren.

Die Wiedervereinigung wurde in beiden Fällen auf Grundlage des Artikels 23 der Verfassung der Bundesrepublik, dem „Beitrittsartikel“ vollzogen. Die Rechtsordnung und die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, die soziale Marktwirtschaft, wurden übernommen. Zwischen beiden deutschen Regierungen wurde im Sommer 1990

30 Der Vertrag, S. 85-88, 192-130, 132.

31 Jenny Niederstadt, Vereinigung zu Lasten der ostdeutschen Frauen, in: Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995, S. 255-275.

32 Vgl. Plener, Ulla (Hrsg.), Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994), Berlin 2011.

für eine gewisse Zeit lang diskutiert, ob für die Herstellung der juristischen und politischen Einheit ein „Überleitungsvertrag“ analog zum „Eingliederungsgesetz“ für das Saarland genügen würde oder ob es einen förmlichen Einigungsvertrag geben sollte, zu dem man sich dann im August 1990 mit dem Abschluss eines zweiten Staatsvertrages – der erste war der über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der bereits im Mai 1990 unterzeichnet worden war – entschloss.³³

Bedeutsame Unterschiede zwischen der Eingliederung der Anschlussgebiete in die Bundesrepublik auf wirtschaftlichen Gebiet betrafen das Verfahren der Eingliederung und damit den Zeitraum, innerhalb dessen die Eingliederung in das bundesrepublikanische Wirtschaftssystem vollzogen werden sollte. Dem Saarland gewährte der Ende 1956 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vereinbarte Saarvertrag, vom Beginn der politischen Eingliederung ab Jahresanfang 1957 gerechnet, eine Übergangszeit für den Bereich der Wirtschaft von drei Jahren bis Ende 1959, (die dann später auf zweieinhalb Jahre, bis zum 6. Juli 1959 verkürzt wurde).³⁴ Die von den beiden Signatarmächten vereinbarte Übergangsphase beruhte nicht in erster Linie auf dem Willen der vertragsschließenden Parteien, sondern ging auf eine Initiative des Saarländischen Landtags zurück, der sich bereits im Januar 1956 für eine „stufenweise Eingliederung der saarländischen Wirtschaft in die Wirtschaft der Bundesrepublik“ nach Vollzug der politischen Einheit ausgesprochen hatte und zwar auf Initiative aller im Landtag vertretenen Parteien.³⁵ In der Grundsatzklärung der Parlamentsfraktionen zur wirtschaftlichen Eingliederung hieß es: „Dabei dürfen der Saarwirtschaft, ihren Betrieben und den schaffenden Menschen ... keine Nachteile erwachsen.“³⁶

In der DDR wurde das *Procedere* über die wirtschaftliche Einheit mittels eines Staatsvertrages festgeschrieben. Vertragsunterzeichner waren die Finanzminister der Bundesrepublik und der DDR in Anwesenheit der Regierungschefs Helmut Kohl und Lothar de Maizière am 18. Mai 1990. Der Staatsvertrag sah den Vollzug der wirtschaftlichen Einheit (noch vor der politischen) per 1.7.1990, d.h. unter Verzicht auf eine Übergangs- bzw. Anpassungsperiode für die ostdeutsche Wirtschaft vor.³⁷

33 Vorlage des Regierungsdirektors Lehnguth an den Chef des Bundeskanzleramtes Seitzers. Bonn, 17. 8. 1990, in: *Deutsche Einheit*, S.1472.

34 Der neue deutsch-französische Saarvertrag vom 27. Oktober 1956, in: Robert H. Schmidt, *Saarpolitik 1945-1957*, Bd. 3, Berlin 1962, S. 516-533.

35 Wortlaut der Grundsatzklärung des Saarländischen Landtags, angenommen in der Sitzung vom 31.1.1956, ACDP III-011.152/2, unpubl.

36 Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der CDU- und der CSU/CVP-Landtagsfraktion, ACDP III-011, S. 152/2, unpubl.

37 Der Vertrag, S. 78-80.

Die Bonner Politiker konnten für diese Entscheidung auf ein fast 100 Seiten umfassendes Gutachten „Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“ verweisen, das im März 1990 das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Köln herausgegeben hatte, in der Bonner Regierungsdruckerei vervielfältigt wurde und das fortan unter den CDU-Politikern in Bonn kursierte. In diesem Gutachten nahmen zwei Volkswirte und der Professor für Politikwissenschaften Hans Willgerodt dazu Stellung, wie in der DDR der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft am günstigsten vollzogen werden könne. „Das oft empfohlene allmähliche und schrittweise Vorgehen, mit dem die ordnungspolitische Wende schonender vollzogen werden soll“, argumentierten die Gutachter, „verkennt weitgehend das zu lösende Problem, für das es keine Zwischenlösungen geben kann“. Die Verfasser der Gutachtens wandten sich gegen „jede Art von ‚drittem Weg‘ zwischen Markt und Plan“ und plädierten für eine hundertprozentige Einführung der Marktwirtschaft vom ersten Tage an.³⁸

In der Volkskammerdebatte über den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion stimmten nach dreistündiger z. T. heftig geführter Debatte die Abgeordneten der regierenden Parteien CDU (163 Mandate) und SPD (88 Mandate) sowie die Abgeordneten der kleineren an der Regierung beteiligten Parteien (25 Mandate) dem Vertrag zu; die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Bündnis90/Grüne und kleine Oppositionsparteien (zusammen 96 Mandate) dagegen.³⁹ Unter den Abgeordneten der Regierungsparteien herrschte die Meinung vor, dass der nunmehr für die DDR-Wirtschaft beschlossene „Kopfsprung ins kalte Wasser“ besser sei als ein sich lange hinziehender Übergang. Auch bemühten die Abgeordneten der Regierungsparteien zum Vergleich gern den Straßenverkehr. „Dort könne man bei einer Umstellung vom Links- auf den Rechtsverkehr auch nicht erst einmal probeweise mit den Bussen anfangen“. ⁴⁰ Nach der Billigung des ersten Staatsvertrages durch die Volkskammer der DDR (sowie durch Bundestag und Bundesrat) stand der geplanten Einführung der Marktwirtschaft in der DDR rechtlich nichts mehr im Wege. Kanzler Kohl hatte anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erklärt: „Niemanden werden unbillige Härten zugemutet. Meinen Landsleuten in der DDR rufe ich zu: „Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft bietet ihnen alle Chancen, ja die Gewähr dafür, dass bald wieder blühende Landschaften

38 Hans Willgerodt/ Barbara Dluhosch/ Malte Krüger, Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Köln 1990, S. 4.

39 Zeno u. Sabine Zimmerling, Neue Chronik DDR, 4.-5. Folge, Berlin 1990, S. 246.

40 Christa Luft, Zwischen Wende und Ende. Reminiszenzen einer Zeitzeugin, Berlin 1999, S. 200.

in (Ost-)Deutschland sein werden, in denen es sich für jeden zu leben und zu arbeiten lohnt“.⁴¹

Das konnte nur so verstanden werden und wurde auch allgemein so interpretiert, dass die Bundesregierung ab 1. Juli 1990, dem Inkrafttreten der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“, alle Anstrengungen unternehmen würde, das Wohlstands- und das Wirtschaftsniveau im Osten Deutschlands dem des Westens anzupassen. Zeitliche Vorgaben für die Erreichung des Zieles wurden seitens der Bundesregierung offiziell nicht gemacht. Intern war eine gewisse Befristung aber offensichtlich vorgenommen worden. Gemäß dem Protokoll eines Gesprächs des Bundeskanzlers mit Senatoren des US-amerikanischen Kongresses, die sich als „Studiengruppe Deutschland“ am 29. Mai 1990 mit dem Bundeskanzler in Bonn zu einem anderthalbstündigen Gespräch trafen, erklärte Kohl: „In 3-4 Jahren (d. h. spätestens 1994- J. R.) werde die DDR ein blühendes Land sein“.⁴²

Dem Saarland hatte die Bundesregierung versprochen, innerhalb von drei Jahren, d. h. bis Ende 1990 das westdeutsche Wirtschaftsniveau zu erreichen. Die wirtschaftliche Übergangszeit sollte dazu genutzt werden, mit Unterstützung durch die Bundesregierung vor allem zwei Ziele zu verwirklichen: Die Modernisierung der Ausrüstung der Wirtschaftsunternehmen der Saar und den Aufbau einer vornehmlich auf die anderen Bundesländer ausgerichteten Absatzorganisation der saarländischen Unternehmen.⁴³

Konnte dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden? Im Jahre Drei nach der Rückgliederung, dem prognostizierten Einholjahr, betrug die für den Vergleich von Regionen bzw. Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer Wirtschaftsleistung am häufigsten bemühte Kennziffer, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, 88 % der bundesdeutschen Niveaus. Im Jahre 1960, dem ersten vollen Wirtschaftsjahr nach dem Tag X waren 93 % des Bundesdurchschnitts erreicht. Das Ziel war damit verfehlt, aber im Saarland konnte man sich damit trösten, dass man beim Einholen vorangekommen war und bereits drei „Alt-Bundesländer“ hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft hinter dem Saarland lagen: Das benachbarte Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein und Niedersachsen.⁴⁴

Die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an das Westniveau wurde – wie im Falle des Saarlandes – in den prognostizierten 3-4 Jahren nicht erreicht. Und doch bestand zwischen der Entwicklung der Wirtschaftsdaten für beide Regionen

41 Erklärung des Bundeskanzlers bei der Unterzeichnung, in: Der Vertrag, S. 7.

42 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern der Studiengruppen über Deutschland des amerikanischen Kongresses, Bonn 29. 5. 1990, in: Deutsche Einheit, S. 1156-1157.

43 Heinen, Ein saarländischer Blick zurück.

44 Josef Heinz Müller, Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes, Luxemburg 1967, S. 19.

ein qualitativer Unterschied: Während die Saarländische Wirtschaft in den ersten drei Jahren nach der politischen Rückgliederung wuchs, entwickelte sich die ostdeutsche Wirtschaft nach vollzogener Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion infolge der Auswirkungen der mit der Währungsunion eingeleiteten ökonomischen Schocktherapie rückläufig. Hatte das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Jahre 1989, dem letzten vollen Wirtschaftsjahr der DDR-Planwirtschaft 55 % des BRD-Wertes betragen, so sank es bis bis 1991 auf einen Wert von 30 % des Niveaus der „alten Bundesländer“ ab. Erst 1995 konnte der Wert von 1989 wieder erreicht und überschritten werden.⁴⁵ Alle fünf neuen Bundesländer im Osten lagen in jenem Jahr hinsichtlich der Wirtschaftskraft ihrer Industrie eindeutig hinter dem am wenigsten leistungsfähigen Land der „alten Bundesländer“, Schleswig Holstein.⁴⁶

Diese Entwicklung der relativen Wirtschaftskraft des Saarlands bzw. Ostdeutschlands in den ersten Jahren nach Rückgliederung bzw. Beitritt geben eine eindeutige, realgeschichtlich abgesicherte Antwort darauf, welcher der beiden unterschiedlichen Herangehensweisen – die mit mehrjähriger Übergangsperiode oder die bei prinzipiellem Verzicht darauf – für die ökonomische Eingliederung der Anschlussgebiete die deutlich ungeeigneter war: die gegenüber Ostdeutschland im Zuge der „großen Wiedervereinigung“ angewendete Schocktherapie.

V

Es erwies sich als verhängnisvoll, dass die Bundesregierung 1990 nicht bereit war, die Erfahrungen des Saarlandes bei der Eingliederung der Saarländischen Wirtschaft in die der Bundesrepublik zu berücksichtigen, dass von diesbezüglichen Erfahrungen der „kleinen Wiedervereinigung“ bei der „großen“ keinerlei Gebrauch gemacht wurde. Dabei waren die Ergebnisse der ökonomischen Transformation des Saarlands 1990 für denjenigen, der daran Interesse hatte, durchaus verfügbar. Es gab immerhin einige wenige Publikationen, die unmittelbar auf die Erfahrungen, die man bei der Transformation der Saarländischen Wirtschaft gewonnen hatte, Bezug nahmen.⁴⁷ Dazu gehörte auch die bereits erwähnte Veröffentlichung von Armin Heinen in der „Saarbrücker Zeitung“ Ende März 1990. Darin versuchte Heinen dem Leser zu einem Zeitpunkt, da sich die Regierungen der Bundesrepublik und

45 Vgl. Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Köln: Historische Sozialforschung, Bd. 38 (2013) 4, S. 29; Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Deutschland in Zahlen 2014, S. 129.

46 Zwischen 22 und 26 DM je Einwohner verglichen mit 40 DM im Falle Schleswig Holsteins. (Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996, Tab. 3).

47 Vgl. z. B. Bruno Thoss, Die Lösung der Saarfrage 1954/55, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1990), S. 225-288.

der DDR hinsichtlich des *Procedere* Vereinigung noch nicht endgültig festgelegt hatten, zu erklären, „warum die Geschichte des Saarlandes ein Lehrstück für die bevorstehende Vereinigung Deutschlands sein kann“. Heinen hatte in seinem Beitrag nüchtern die Probleme der wirtschaftlichen Transformation an der Saar, z. B. den Ablauf der Währungsunion mit der Bundesrepublik 1959, geschildert. Daraus konnte man entnehmen, dass eher eine längere als die zweieinhalbjährige Übergangszeit, die es beim Saarland gegeben hatte, für die Transformation der DDR-Wirtschaft angemessen gewesen wäre. Bezüglich des Geschehens an der Saar erinnerte er daran: „Der Tag X begann mit Freudentaumel und endete mit Ernüchterung.“⁴⁸ Gut begründete rechtzeitige Warnungen wie die von Armin Heinen wurden von den Verantwortlichen in der Bundesregierung schlichtweg ignoriert.

Letzte Zweifel daran, ob die Regierenden in Bonn im 1. Halbjahr 1990 bei ihrer folgenschweren Fehlentscheidung nicht doch entschuldbare Opfer eines Glaubens an die von neoliberalen Ideologen immer wieder behauptete Unfehlbarkeit der marktwirtschaftlichen Regulierung geworden sind, müssen getilgt werden, wenn man die Mahnungen führender bundesdeutscher Wirtschaftswissenschaftler an die Regierung Kohl berücksichtigt. Es waren dies Warnungen, die kurz vor bzw. unmittelbar nach jenem 7. Februar 1990 an die Bundesregierung gerichtet wurden, an dem sich das Kabinett Kohl für die rasche Wiedervereinigung, eingeleitet durch eine „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ entschied. Vor ökonomischen und sozialen Härten im Falle einer raschen Transformation der DDR-Ökonomie von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft hatten die im „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ vertretenen fünf „Wirtschaftsweisen“ der Bundesrepublik gewarnt. Diese Warnung lag der Bundesregierung am 20. Januar 1990 vor. Der Sachverständigenrat vertrat hinsichtlich der Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet die Auffassung, dass es einerseits darum gehe, rasch bei den DDR-Bürgern durch Unterstützung der Wirtschaftsreformen in Ostdeutschland Zuversicht zu schaffen. Sonst würde von ihnen das ganze von der Regierung Modrow begonnene Reformwerk in Frage gestellt. Andererseits müsse man sich aber Zeit lassen. Es gehe keineswegs um die rasche Überführung der DDR in eine staatsfreie Wirtschaft. „Für geraume Zeit kann es hingenommen werden, dass der Staat in manchen Bereichen unternehmerisch tätig bleibt“, argumentierten die Wirtschaftsweisen. Auf jeden Fall, erklärten sie, werde „die Übergangsphase sehr schwierig sein. Es gibt nirgendwo in der Welt abschließende Erfahrung mit einem Wechsel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft.“ Es sei daher „nicht möglich, alle sich hiermit verbindenden Probleme im voraus

48 Heinen, Ein saarländischer Blick zurück.

zu benennen und für sie Lösungen vorzudenken. Damit, dass Schwierigkeiten auftreten, muss daher gerechnet werden“.⁴⁹

Als die Sachverständigen im Januar ihre Vorstellungen von den ihrer Meinung nach zu verwirklichenden Zielen einer Wirtschaftsreform in der DDR entwickelten, gingen sie von ordnungspolitischen Veränderungen im Rahmen der von beiden Regierungschefs auf einem Treffen in Dresden im Dezember 1989 befürworteten Vertragsgemeinschaft aus – dementsprechend auch von zwei Währungen. Dem „richtigen“ Wechselkurs zwischen den beiden widmeten sie seinerzeit beträchtliche Aufmerksamkeit.⁵⁰ Zu Fragen der Art und Weise eines erwarteten Währungszusammenschlusses zwischen beiden deutschen Staaten hatten sich auch – bereits Anfang Januar 1990 – sachkundige Vertreter der größten bundesdeutschen Privatbank, der Deutschen Bank, geäußert. Auch die Mitarbeiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank waren zu dem Ergebnis gekommen: „Für die Herstellung voller Konvertibilität ist realistischere Weise ein großzügiger Zeithorizont zu veranschlagen. ... Ein schrittweises Vorgehen auf dem Weg zur vollen Konvertibilität ist – auch nach historischen Erfahrungen – eher zu empfehlen als ein ‚großer Wurf‘.“⁵¹

Wie die Volkswirte der Deutschen Bank und andere Bundesbürger erfuhren auch die Chefökonominnen der bundesdeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute einen Monat bzw. zweieinhalb Wochen nach der Veröffentlichung ihrer Denkschriften von der Sitzung des Bundeskabinetts am 7. Februar, auf der die „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ beschlossen worden war. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Professor Hans K. Schneider rief darauf hin unverzüglich die Wirtschaftsweisen erneut zusammen. Sie diskutierten die nunmehr entstandene Situation. Schneider setzte ein Schreiben an den Bundeskanzler auf, das am 9. Februar per Telefax ans Kanzleramt übermittelt wurde. Darin hieß es: „Mit Besorgnis verfolgt der Sachverständigenrat die jüngsten Überlegungen, die auf die baldige Einführung der Währungsunion mit der DDR hindrängen. Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen“. Und weiter hieß es in dem Brief: „Es ist wohl unvermeidlich, dass die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwecken muss, mit der Währungsunion sei auch der Anschluss an den Lebensstandard der Bundesrepublik

49 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990, Wiesbaden 1990, S. 7.

50 Ibid, S. 30.

51 Volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank AG: DDR-Wirtschaft: Lage – Wandel – Zukunft, Frankfurt/Main 1990, S. 39.

hergestellt. Davon kann jedoch keine Rede sein“.⁵² Darüber hinaus zeigten sich die Wirtschaftsweisen davon überzeugt, dass „das Argument, eine Währungsunion sei die Voraussetzung, um das Engagement privater Investitionen in der DDR in Gang zu setzen, auf schwachen Füßen steht.“ Vielmehr werden „mit einer raschen Währungsunion Anpassungsprozesse in Gang gesetzt, die die Produktion und Beschäftigung in der DDR beeinträchtigen können. ... Die Unternehmen der DDR werden schlagartig einer internationalen Konkurrenz ausgeliefert, der sie gegenwärtig nicht gewachsen sind. ... Abwanderungsbewegungen kommen wieder stärker in Gang“.⁵³

Zusammenfassend hieß es dann im Brief des Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen: „Was an Reformschritten in der DDR bislang unterblieben ist, kann nicht durch eine Währungsunion ausgeglichen werden. Eine Währungsunion, die sich nicht im Gleichschritt mit dem grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems der DDR vollzieht, verursacht lediglich Kosten, ohne die wirtschaftlichen Aussichten für die Menschen auf eine tragfähige, bessere Basis zu stellen“.⁵⁴

Die Warnungen der Experten wurden ignoriert. Die „große Wiedervereinigung“ hatte, wie es der Wirtschaftswissenschaftler Karl-Heinz Paqué, der zeitweise auch Wirtschaftsminister im „neuen Bundesland“ Sachsen-Anhalt war, rückblickend formulierte, für die ostdeutsche Wirtschaft katastrophale Folgen: „Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands keine einzige industrielle Strukturkrise, die in ihrer Wirkung auf die Beschäftigung auch nur annähernd die gleiche Wucht hatte“.⁵⁵ Bezüglich der Sorglosigkeit unter den Politikern beim Herangehen an die Transformationsprobleme ist die Vorgehensweise der Regierungen in Bonn und Ost-Berlin in Vorbereitung der „großen Wiedervereinigung“ schwer verständlich, insbesondere wenn man sie mit der Haltung der Regierungsverantwortlichen an der Saar in Vorbereitung der „kleinen Wiedervereinigung“ vergleicht. Auf dem 10. Landesparteitag der Christlichen Volkspartei konnte Matthias Görge, einer der führenden CVP-Politiker, was das Herangehen an die „kleine Wiedervereinigung“ betraf, nicht ohne Genugtuung mit Blick auf die politischen Gegner der Heimatbundparteien, feststellen: „Wahrung des sozialen Besitzstandes an der Saar ist der Schlachtruf aller saarländischen Parteien“.⁵⁶

52 Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Schneider, an Bundeskanzler Kohl, Wiesbaden, 9. 2. 1990, in: Deutsche Einheit, S. 779.

53 Ibid.

54 Ibid, S. 781.

55 Karl-Heinz Paqué, Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, München 2009, S. 67.

56 Grundsatzreferat von Prof. Dr. Görge, in: ACDP III-011, 156/3, unpubl.

Womit der wohl größte Unterschied zwischen der „kleinen“ und der „großen Wiedervereinigung“ deutlich gemacht ist. Sie war durch ein verantwortliches Herangehen der beteiligten Politiker an die ökonomische Eingliederung des saarländischen Anschlussgebietes, verglichen mit der ostdeutschen, die wirtschaftlich und damit letztlich auch die sozial verträglichere Vereinigung.

Archivalien und Literatur

A. Archivalien

a) ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Koblenz
B 136, Nr. 951

Landesarchiv Saarbrücken
NL Hector, P6, carton 82 - 86
Bestand Regierungspräsidium

Archiv der christlichen Demokratie, St. Augustin,
Bestand III-011-152/2; III-011-156/3

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
Bestand DGB-Bundesvorstand, Abteilung Organisation

b) gedruckte Quellen

Amtsblatt des Saarlandes 1955

Die Arbeit. Organ der Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten 1946 - 1955

Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, hrsg. von Eugen Kogon und Walter Dirks, 1950

Rheinische Zeitung, Köln 1914 - 1918

Ruffing, Hans (Hrsg.), Bericht über die erste ordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute am 17. und 18. Juni 1950 in Saarbrücken, Saarbrücken 1950

Saarbrücker Zeitung 2015

Saar-Echo 1956

Der Spiegel 1952

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.), Statistische Handbuch für das Saarland 1955, Saarbrücken 1956

B. Literatur

- Adorno, Theodor Wiesengrund, Studien zum autoritären Charakter, 3. Aufl., Frankfurt 1980
- Ames, Gerhard; Linsmayer, Ludwig (Hrsg.), JA und NEIN. Das Saarreferendum von 1955, Saarbrücken 2005
- Bahrman, Hannes; Links, Christoph, Chronik der Wende, Band 2, Berlin 1995
- Bauer, Gerhard, Vom Zentrum zur CDU. Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, Saarbrücken 1981
- Bies, Luitwin, Wegweiser durch das andere Völklingen und den Warndt, Völklingen 1992
- Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik, Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bonn 1990
- Busemann, Wilfried, Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945 (Arbeitskammer des Saarlandes, Beiträge 2/2005), Saarbrücken 2005
- Busemann, Wilfried, „Was geht vor in den Köpfen dieser Richter?“. Die Beurteilung der „Francophilie“ im Landesentschädigungsamt Saarbrücken, in: Heinen, Armin; Hüser, Dietmar (Hrsg.), Tour de France. Eine historische Rundreise. Festschrift für Rainer Hudemann, Stuttgart 2008, S. 57 - 63
- Busemann, Wilfried, Innerer Frieden. Demokratische Potentiale stärken. Der Beitrag der GdP Saar zur Stabilisierung des Inneren Friedens, in: Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (Hrsg.), GdP-Saarland wird 60 – Herzlichen Glückwunsch, Saarbrücken 2008, S. 17 - 24
- Busemann, Wilfried, Der konkrete Charme der verweigeren Anpassung. Beobachtungen zur saarländischen Polizeigeschichte 1947 - 1955. Eine Ehrenrettung, in: saarbrücker hefte, Nr. 100, Winter 2008, Saarbrücken 2008, S. 84 - 89
- Busemann, Wilfried, Il était une fois dans l'ouest. Die USA als Modernisierungsleitbild der SPD Saar um 1960, in: Kremp, Werner; Schneider, Michael, Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahr Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA, Trier 2013, S. 167 - 182
- Busemann, Wilfried, Den eigenen Weg gehen. Die Selbstfindung der Sozialdemokratie an der Saar 1945 - 1968, St. Ingbert 2013

- Busemann, Wilfried, „Wiedergutmachung“, Restauration und Wertewandel im Saarland nach 1945. Vorüberlegungen, in: Herrmann, Hans-Christian; Bauer, Ruth (Hrsg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 371 - 394
- Demandt, Alexander, Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?, Göttingen 2011
- Dirks, Walter, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, hrsg. von Eugen Kogon und Walter Dirks, 5. Jg., Heft 9 (1950), S. 942 - 954
- Dratwa, Hans, Das saarländische Betriebsverfassungsgesetz mit Erläuterungen für die betriebliche Praxis, Saarbrücken 1954
- Elzer, Herbert, Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der prodeutschen Opposition 1949 - 1955, St. Ingbert 2007
- Flender, Armin, Die Inszenierung der Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dillmann, Edwin; Dülmen, Richard van (Hrsg.), Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zu Alltagskultur 1945 - 1995, St. Ingbert 1996, S. 14 - 39
- Gestier, Markus, Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955, St. Ingbert 1991
- Glaser, Harald, Warndtkohle, Saarfrage und Grubensteuer. Die Verpachtung von Kohlefeldern im Warndt an lothringische Bergwerke und ihre politischen Folgen, in: saarbrücker hefte, Nr. 108, Winter 2013, S. 71 - 88
- Glaser, Harald, Die Erinnerung an die Saarabstimmung 1935 und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik im „autonomen“ Saarland (1945 - 1955), in: Berger, Stefan (Hrsg.), Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen 60) Essen 2015, S. 133 - 156
- Glaser, Hermann, Zur Mentalitätsgeschichte des Nationalsozialismus - Ein Weg, um den Erfolg von „Mein Kampf“ zu verstehen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 43 - 45, 2015, S. 25 - 31
- Gransow, Volker; Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991

- Hahn, Marcus, Das Saarland im doppelten Strukturwandel. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise, Saarbrücken 2003
- Heinen, Armin, Ein saarländischer Blick zurück in die deutsche Zukunft, in Saarbrücker Zeitung, 31.3./1.4.1990
- Heinen, Armin, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945 - 1955 (Historische Mitteilungen), Stuttgart 1996
- Heinz, Joachim, „Nie zu Hitler!“. Die antifaschistische Einheitsfront-Kundgebung 26. August 1934, Sulzbach/Saar. Begleitbuch zur Ausstellung der Stiftung Demokratie Saarland, Saarbrücken 2009
- Herrmann, Hans-Christian, Eine Sternstunde auf großer Bühne. Wie und warum der saarländische Ministerpräsident Franz-Josef Röder 1976 die Aussöhnung mit Polen rettete, in: saargeschichten, Ausgabe 2 - 2015, Saarbrücken 2015, S. 4 - 9
- Heske, Gerhard, Industrie Ostdeutschlands 1950 - 2000: Wertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Investitionen, in: Historische Sozialforschung, Band 38, Heft 4, Köln 2013, S. 7 - 254
- Hirsch, Frank, Die Einheitsgewerkschaft im Saarstaat 1945 - 1955/57. Demokratisierungsbeitrag, Krisenerfahrung und Sozialkonflikt (Schriftenreihe der Arbeitskammer des Saarlandes zur Arbeits- und Sozialgeschichte 1), Saarbrücken 2015
- Hudemann, Rainer; Poidevin, Raymond (Hrsg.), Die Saar 1945 - 1955. Ein Problem der europäischen Geschichte - La Sarre 1945 - 1955. Un problème de l'histoire européenne, 2. Aufl., München 1995
- Hudemann, Rainer; Jellonnek, Burkhard; Rauls, Bernd (Hrsg.), Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945 - 1960, St. Ingbert 1997
- Hudemann, Rainer; Heinen, Armin (Hrsg.), Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945 - 1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch, Saarbrücken 2007
- Hüser, Judith, Quo vadis, Saarland? Die Haltung der Kirchen zum Sonderweg der Saar, in: Linsmayer, Ludwig (Hrsg.), Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2006, S. 252 - 269
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen 2014, Köln 2014

- Kartmann, Norbert (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung. 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2014
- Kistler, Helmut, Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945 - 1983, Bonn 1985
- Klausch, Hans-Peter, Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischen Abgeordneter, hrsg. von Die Linke-Fraktion im Landtag des Saarlandes, Saarbrücken 2013
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Bonn 1982
- Küppers, Heinrich, Johannes Hoffmann (1890 - 1967). Biographie eines Deutschen, Düsseldorf 2008
- Küppers, Heinrich, Franz Josef Röder (1909 - 1979). Baumeister des Bundeslandes Saarland, St. Ingbert 2015
- Küsters, Hanns Jürgen; Hofmann, Daniel (Bearb.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/1990, München 1998
- Kugler, Lieselotte, Saarländer, Deutsche und Franzosen, oder: Politische Geschichtsdarstellung als Identifikationsanker in einer Grenzregion, in: Hudemann, Rainer; Jellonnek, Burckhard; Rauls, Bernd (Hrsg.), Grenzfall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945 - 1960, St. Ingbert 1997, S. 121 - 132
- Kunkel, Ernst, „Für Deutschland - gegen Hitler“. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933/1935, Saarbrücken o.J. (1968)
- Kunz, Ulrike, Geschichte der saarländischen Polizei 1945 - 1959, Merzig 2010
- Langer, Ulrich, Heinrich von Treitschke. Politische Biographie eines deutschen Nationalisten, Düsseldorf 1998
- Lattard, Alain, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945 - 1949, Mainz 1988
- Leicht, Robert, Königsweg zur Einheit. Das Saarland als Beispiel: Wie ein abgestufter Beitritt zur Bundesrepublik gelang, in: Die Zeit, Nr. 10,
- Linsmayer, Ludwig, Politische Kultur im Saargebiet. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992

- Linsmayer, Ludwig (Hrsg.), Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2006
- Luft, Christa, Zwischen Wende und Ende. Reminiszenzen einer Zeitzeugin, Berlin 1999
- Mallmann, Klaus-Michael; Steffens, Horst, Lohn der Mühlen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989
- Mallmann, Klaus-Michael; Paul, Gerhard, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935 - 1945, Band 1, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989
- Mallmann, Klaus-Michael; Paul, Gerhard, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935 - 1945, Band 2, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991
- Mallmann, Klaus-Michael; Paul, Gerhard, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935 - 1945, Band 3, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995
- Meiser, Johannes, „Auch dafür danke ich dem lieben Gott!“. Erlebnisse und Erinnerungen eines alten Bergmannes, herausgegeben und bearbeitet von Heidelinde Jünger-Kipper und Dr. Karl Ludwig Jüngst, Saarbrücken 2005
- Mergel, Thomas, Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren. Für Hans-Ulrich Wehler zum 70. Geburtstag, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 41, 2001, S. 515 - 538
- Merl, Andreas, Tagespresse im Saargebiet 1918 - 1945, in: Zimmermann, Clemens; Hudemann, Rainer; Kuderna, Michael (Hrsg.), Medienlandschaft Saar von 1945 bis in die Gegenwart, Band 1: Medien zwischen Demokratisierung und Kontrolle, München 2010, S. 37 - 59
- Meyer, Thomas, Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds, 2. Aufl., Berlin 1998
- Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1990
- Müller, Josef Heinz, Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes, Luxemburg 1967
- Münkler, Herfried, Der Große Krieg. Die Welt 1914 - 1918, Bonn 2014

- Niederstadt, Jenny, Vereinigung zu Lasten der ostdeutschen Frauen, in: Dümcke, Wolfgang; Vilmar, Fritz (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995, S. 255 - 275
- Ohler, Norman, Der totale Rausch. Drogen im Dritten Reich, 4. Aufl., Köln 2015
- Paquè, Karl-Heinz, Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, München 2009
- Plenner, Ulla (Hrsg.), Die Treuhand - der Widerstand in Betrieben der DDR - die Gewerkschaften (1990 - 1995), Berlin 2011
- Planert, Ute, Antifeminismus im Kaiserreich: Indikator einer Gesellschaft in Bewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 38, Bonn 1998, S. 93 - 118
- Planert, Ute, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998
- Rödter, Andreas, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010
- Roesler, Jörg, Was wäre geschehen, wenn ... Nachdenken über Alternativen zum Verlauf der DDR-Geschichte, Berlin 2013
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990, Wiesbaden 1990
- Schäfer, Johannes, Das autonome Saarland. Demokratie im Saarstaat 1945 - 1957, St. Ingbert 2012
- Schelsky, Helmut, Über das Restaurative in unserer Zeit, in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik, Taschenbuchausgabe München 1979, S. 405 - 415
- Schlundt, Rainer, „Man muß auch mal loslassen können.“ Vom Hammerwerfen in der Pfalz, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 112, Speyer 2014, S. 401 - 417.
- Schmidt, Robert H., Saarpolitik 1945 - 1957, Band 1, Politische Struktur, Berlin 1959
- Schmidt, Robert H., Saarpolitik 1945 - 1957, Band 3, Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung (1954 - 1957, Berlin 1962
- Schneider, Heinrich, Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart 1974

- Schneider, Marc Dieter, Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945 - 1955, in: Martens, Stefan (Hrsg.), Vom „Erbfeind“ zum „Erneuer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 201 - 243
- Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949 - 1957, Stuttgart/Wiesbaden 1982
- Später, Erich, Das Wort des Führers ist unser Befehl. Heinrich Schneider, einer deutscher Patriot, in: saarbrücker hefte, Nr. 89, Frühjahr 2003, Saarbrücken 2003, S. 95 - 103
- Später, Erich, Mord nach Paragraphen. Die NS-Vergangenheit des CDU-Politikers Dr. Erwin Albrecht, in: saarbrücker hefte, Nr. 91, Frühjahr 2004, Saarbrücken 2004, S. 13 - 18
- Später, Erich, Der Landesvater. Die NS-Vergangenheit Franz-Josef Röders, in: saarbrücker hefte, Nr. 110/111, Sommer 2014, Saarbrücken 2014, S. 7 - 14
- Strauß, Franz-Josef, Die Erinnerungen, Berlin 1989
- Tascher, Gisela, Staat, Macht und ärztliche Berufsausübung 1920 - 1956. Gesundheitswesen und Politik: Das Beispiel Saarland, Paderborn 2010
- Thimme, Annelise, Weltanschauung und Werte einer bürgerlichen Partei, in: Geiß, Immanuel; Ullrich, Volker (Hrsg.), 15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU?, 4. Aufl., Reinbek 1972, S. 40 - 51
- Thoss, Bruno, Die Lösung der Saarfrage 1954/55, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, München 1990, S. 225 - 288
- Trinkaus, Fabian, Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreiches, Trier 2013
- Trinkaus, Fabian, Arbeiterexistenzen und Arbeiterbewegung in den Hüttenstädten Neunkirchen/Saar und Düldeingen/Luxemburg (1880 - 1935/40). Ein historischer Vergleich, Saarbrücken 2014
- Volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Bank AG, DDR-Wirtschaft: Lage - Wandel - Zukunft, Frankfurt/M. 1990
- Voltmer, Erich, Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar, Dillingen 1979
- Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, 7. Aufl, Göttingen 1994

- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 - 1914, München 1995
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 - 1949, München 2003
- Wettmann-Jungblut, Peter, Rechtsanwälte an der Saar 1800 - 1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, Blieskastel 2004
- Wettmann-Jungblut, Peter, Im Schatten der Geschichte. Fakten und Überlegungen zu Franz Josef Röders Vergangenheit vor 1945, in: saargeschichten, Ausgabe 4 - 2013, Saarbrücken 2013, S. 4 - 13
- Willgerodt, Hans; Dluhosch, Barbara; Krüger, Malte, Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Köln 1990
- Zenner, Maria, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920 - 1935, Saarbrücken 1966
- Zimmerling, Zeno; Zimmerling, Sabine, Neue Chronik DDR, 4. - 5. Folge, Berlin 1990

Abkürzungen

ADCP	Archiv der Christlich-Demokratische Politik (Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin)
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn)
AG	Aktiengesellschaft
BArchK	Bundesarchiv Koblenz
BEG	Bundesentschädigungs-Gesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CVP	Christliche Volkspartei
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
dies.	dieselben
DPS	Demokratische Partei des Saarlandes
FDP	Freie Demokratische Partei
Fußn.	Fußnote
GdP	Gewerkschaft der Polizei
Hrsg.	Herausgeber
ibid.	ibidem, ebenda
Jg.	Jahrgang
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LASB	Landesarchiv Saarbrücken
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Odn	Opfer des Nationalsozialismus
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
S.	Seite
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei
„Tag X“	6. Juli 1959, Einführung der neuen Währung DM, Wirtschaftspolitische Eingliederung in die BRD
unp.	unpaginiert, ohne Seitenzählung
u.v.a.m.	und vieles andere mehr

Autoren

Wilfried Busemann, Studium der Geschichte und Politikwissenschaften an den Universitäten Bonn, Köln und Saarbrücken; Arbeitsschwerpunkte zu Geschichte rheinischer und saarländischer Arbeiterbewegungen, Entschädigung saarländischer NS-Opfer

Veröffentlichungen:

Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften an der Saar nach 1945 (Arbeitskammer des Saarlandes, Beiträge 2/2005), Saarbrücken 2005

Den eigenen Weg gehen. Die Selbstfindung der Sozialdemokratie an der Saar 1945 bis 1968 (Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung an der Saar von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert, Band 3), St. Ingbert 2013

Frank Hirsch, Studium der Neueren Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes und der University of Technology, Sydney; Arbeitsschwerpunkte zu jüdischem Leben im Nordsaarland des 19. Jahrhunderts, saarländische Gewerkschaftsgeschichte

Veröffentlichungen:

Die Einheitsgewerkschaft im Saarstaat 1945 - 1955/57. Demokratisierungsbeitrag, Krisenerfahrung und Sozialkonflikt (Schriftenreihe der Arbeitskammer des Saarlandes zur Arbeits- und Sozialgeschichte, Band 1), Saarbrücken 2015

Jörg Roesler, Studium der Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, ehemaliger Forschungsgruppenleiter für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR; Arbeitsschwerpunkte zur Wirtschaftsgeschichte der DDR und des Comecon

Veröffentlichungen:

Die wirtschaftliche Rückgliederung der Saar. Erwartungen, Enttäuschungen, Entwicklungen, in: Hudemann, Rainer; Jellonnek, Burkhard; Rauls, Bernd (Hrsg.), Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945 - 1960, St. Ingbert 1997, S. 445 - 464

Tag X. Als die D-Mark ins Saarland kam. Legenden - Fakten - Vergleiche, Saarbrücken 2009

Neue Sichtweisen braucht das alte Thema. Mit dem Abtreten der letzten Zeitzeugen verliert der bisherige, „prodeutsch“ dominierte geschichtspolitische Erinnerungskorsett an Bedeutung.

Es ist zum Beispiel an der Zeit, den wirtschaftshistorischen Vergleich der „kleinen“ (Saar) und „großen“ (DDR) Vereinigung auf seinen Erkenntnisertrag zu überprüfen. Ebenso nötig ist es, die Abstimmungen von 1935 und 1955 einzubetten in die spezifisch saarländische „Politische Kultur“ zwischen 1870 und ca. 1970 oder die sozialpolitischen Verwerfungen für die Arbeitnehmer zu betonen.

Das Buch dokumentiert die Vortragsreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, die im Herbst 2015 auf dem Campus der Universität des Saarlandes stattfand.